

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

213/214 · Juli/August 2008

Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung

aus dem Inhalt

Gastkolumne 581

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

MICHAEL WOLF

Die Reform der Hartz-IV-Reform:
Verfolgungsbetreuung plus

594

Interview

ERHARD SCHERNER

Die Fronten gingen durcheinander ...

Ein Interview zu den Auskünften Ludwig Kroeber-Keneths
aus Kronberg über seine und Alfred Kurellas Reise
1919 nach Sowjetrußland

662

Standorte

DETLEF KANNAPIN

Im Garten der Beliebigkeit.

Krise und Zerfall der spätimperialistischen Philosophie

708

Gastkolumne

Es ist Frühsommer und Zeit für den ersten Parteitag der LINKEN in Cottbus – Oskar Lafontaine heizt den Delegierten in seiner Rede ein. Er nimmt sich den finanzmarktgesteuerten Kapitalismus zur Brust und kritisiert aus dieser Perspektive die herrschende Gesellschaft. Und sagt sehr viel Wahres in rhetorisch ansprechender Form, zitiert Marx, Luxemburg, Benjamin, Adorno und Horkheimer. Der LINKEN, Lafontaine und vielen anderen, gebührt Respekt und Dank dafür, dass die herrschende Standortlogik in den Medien eben nicht mehr unwidersprochen bleibt. Ihretwegen dürfen die in Deutschland verarmenden Menschen auch in der öffentlichen Diskussion wahrnehmen, dass sie an ihrer Situation nicht selbst schuld sind, sondern der Kapitalismus. Rhetorik ist wichtig, denn sie erreicht die Menschen.

Es gilt aber weiterhin das zu erstreben, was Peter von Oertzen der WASG anlässlich der Parteinuugründung aufgab: eine gesellschaftlich verwurzelte, programmatisch seriöse und authentische linkssozialistische Partei zu werden. Eine zweite SPD, so von Oertzen, wäre kein Fortschritt.

Gesellschaftliche Verwurzelung erreichen bedeutet mehr als den erreichten Stamm an Mitgliedern sowie an Wählerinnen und Wählern zu pflegen oder sogar auszuweiten. Das nämlich geht mit Rhetorik, Medienpräsenz und parlamentarischen Initiativen, vor allem auch, indem man die SPD vorführt. Symptomatisch hierfür ist eine Argumentationsfigur aus der Rede Lafontaines: Wer die Demokratie retten will, muss die alleinige Verfügung der Unternehmenseigner und Finanzinvestoren über Gewinn, Investitionen und Kapital in Frage stellen. Richtig. Seine Waffe – die Bundestagsfraktion DIE LINKE präsentiert einen Gesetzentwurf zur paritätischen Mitbestimmung – ist allerdings stumpf.

Rhetorik wird erst dann zu Theorie und Parlamentarismus, erst dann zu politischer Praxis, wenn diese Forderungen in einer gesellschaftlichen Bewegung verwurzelt sind, wenn nicht Medienpräsenz sondern die Herausforderung neoliberaler gesellschaftlicher Hegeemonie wort- und handlungsleitend werden.

Echte Verwurzelung bedeutet, dass die Menschen zu Subjekten der Veränderung ihres gesellschaftlichen Kontextes werden, ihren Alltag verändernde, am Solidaritätsprinzip orientierte politische Ziele entwickeln und dazu die Partei als eine Institution der bürgerlichen Politik nutzen. Somit ist auch der Zusammenhang zur programmatischen Seriosität gegeben. Seriös ist die Programmatik der LINKEN

dann, wenn sie an realen gesellschaftlichen Widersprüchen und Kämpfen ansetzt und gesellschaftlich realisierbare Handlungsschritte formuliert, die auch die Menschen in ihrem Alltag handelnd einbeziehen. Das zusammen ergibt eine scharfe Waffe gegen Unternehmermacht.

Am Problem, dass sich in der Tarifpolitik strukturell kampfstärke Gruppen verselbständig und neben beziehungsweise gegen DGB-Gewerkschaften eigenständig Tarifkämpfe erfolgreich führen, möchte ich dieses Argument entfalten. Denn es fällt den DGB-Gewerkschaften ja schwer, diese Gruppen wieder für den »Solidarzusammenhang Einheitsgewerkschaft« zu begeistern. Das liegt zu einem großen Teil daran, dass die DGB-Gewerkschaften das Solidarprinzip selbst nicht überzeugend vorleben: Ihre eigene Tarifstruktur ist zusehends zersplittert und orientiert sich immer noch zu sehr an Regelarbeitsverhältnissen, die nicht mehr die Regel sind; die Arbeits(stellen)-losenarbeit führt ein Schattendasein. Der DGB wurde durch die Einzelgewerkschaften weiter geschwächt und hat sich als allgemeinpolitischer Akteur an vielen Orten weitestgehend zurückgezogen.

Hier zeigt sich die Bedeutung einer seriösen Analyse für die gesellschaftliche Verfassung der Linken. Solidarität bedarf der Begründung, Menschen aus verschiedenen Alltagsrealitäten müssen verstehen, warum sie zusammenhalten sollen und auch gegen wen sich dieser Zusammenhalt richtet.

Das muss nun die Linke überhaupt, nicht nur die Partei, leisten. Ansonsten verhartet die Politik in einer Form der paternalen Betreuung, in der die Granden in Partei und Gewerkschaften die Sache für die Menschen richten. Auf Dauer führt das bestenfalls zu einer zweiten Sozialdemokratie.

Ein Symptom in Cottbus: Die Reizthemen der vergangenen Wochen schienen keiner Diskussion mehr würdig. Sie lieber nicht auf die öffentliche Bühne bringen, schien der Konsens der Delegierten. Mehrere Stunden Zeit nahm sich der Parteitag für die Diskussion des Leitantrages. Etliche Änderungsanträge modifizierten hier ein Satzchen oder fügten dort etwas hinzu, so dass gegen Ende der Debatte keiner mehr so genau wusste, was eigentlich schon enthalten ist und was nicht. Als die Versammlung jedoch zu der Passage kam, in der das Zukunftsinvestitionsprogramm gefordert wurde, entbrannte keine Debatte. Dabei war das Programm im Vorfeld höchst kontrovers diskutiert worden. Die großen Debatten führt die Partei also außerhalb des Parteitages, in ihren Zirkeln und in den Medien. Das darf nicht so bleiben.

CLAUS-DIETER KÖNIG

MICHAEL WOLF

Reform der Hartz-IV-Reform: Verfolgungsbetreuung^{plus}

Michael Wolf – Prof. Dr. rer. pol., Sozialwissenschaftler, Hochschullehrer für Sozialpolitik und Sozialplanung am Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Koblenz; Arbeitsschwerpunkte: Arbeits(markt)- und Sozialpolitik, Befreiungspädagogik (Paulo Freire), Diskrepanzphilosophie (Günther Anders), Figurationssoziologie (Norbert Elias), Transformationsforschung. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Sozialpolitik und Soziale Arbeit jenseits des Wohlfahrtsstaats: Leben auf eigenes Risiko, Heft 206 (Dezember 2007). Kontakt: wolf@fh-koblenz.de

1 Im Hinblick auf die Entstehung und Entwicklung der Wohlfahrtsstaaten vgl. statt anderer Alber (1982) und Flora et al. (1977), hinsichtlich des Versuches, Gruppen ähnlicher nationaler Wohlfahrtsstaaten zu systematisieren, die einflußreiche Studie von Esping-Andersen (1990), ferner Kaufmann (2003), Schmidt (1998) sowie die Beiträge in Lessenich/Ostner (1998) zur Kritik und Weiterentwicklung der von Esping-Andersen entwickelten Typologie. – Trotz unterschiedlichen Bedeutungsgehaltes wird der Begriff ›Wohlfahrtsstaat‹ hier synonym für ›Sozialstaat‹ (vgl. statt anderer Alber et al.

»Die ökonomisch funktionierende Gesellschaft hat Mittel genug, den in der wirtschaftlichen Konkurrenz Unterlegenen und Erfolglosen oder gar einen ›Störer‹ außerhalb ihres Kreislaufs zu stellen und ihn auf eine nichtgewaltsame, ›friedliche‹ Art unschädlich zu machen, konkret gesprochen, ihn, wenn er sich nicht freiwillig fügt, verhungern zu lassen.«

(Carl Schmitt)

»Würde des Menschen. Nichts mehr davon, ich bitt euch.

Zu essen gebt ihm, zu wohnen.

Habt ihr die Blöße bedeckt, gibt sich die Würde von selbst.«

(Friedrich Schiller)

I

Wirft man einen Blick auf die Geschichte des Wohlfahrtsstaats, eigentlich wäre hier der Plural angezeigt, weil es wegen der nationalen Unterschiede in den politisch-sozialen Machtverhältnissen, den weltanschaulich-politischen Vorstellungen der zentralen Akteure und den jeweiligen institutionellen Arrangements ›den‹ Wohlfahrtsstaat nicht gibt¹, dann zeigt sich, daß dieser seit seinen Anfängen stets politisch umstritten war, sei es in seiner Entstehungsphase, sei es in seiner Expansionsphase. Den einen, seinen Gegnern, ging beziehungsweise geht er zu weit, den anderen, seinen Befürwortern, nicht weit genug. Kritik an ihm, die sich allerdings nicht nur auf die Frage seines Umfangs und die damit zusammenhängende Finanzierung konzentriert(e), sondern die sich auch um Fragen seiner Ausgestaltung oder der Effektivität und Effizienz dreht(e), ist also nichts Neues, sie gehört sozusagen naturgemäß zu seiner Entwicklung dazu.² Und doch kommt man nicht umhin, festzustellen, daß die erhobene Kritik sich seit einigen Jahren in einer Weise materialisiert hat, die es erlaubt, von einem Paradigmenwechsel zu reden, dem Wechsel vom keynesianischen Welfare State zum »schumpeterianischen Workfare State« (Jessop 1994). Dieser äußert sich in politisch-administrativen Maßnahmen der Entrechtung und Entsicherung der Arbeitskraftbesitzer, mit denen eine Rückkehr betrieben wird von der kollektiven materiellen Daseinsvorsorge zur eigenverantwortlichen persönlichen Selbstsorge und zum individuellen Risikomanagement. Damit nimmt Sozialpolitik Abstand von der Idee, daß die Gesellschaft für die Gefährdung der Existenz ihrer Mitglieder verantwortlich und demgemäß auch verpflichtet ist, die Siche-

rung der Existenz zu gewährleisten. Gewissermaßen von ihren ursprünglich solidarischen Füßen³ auf den sozialdarwinistischen neoliberalen Kopf gestellt, erhebt sie statt dessen nunmehr subjektive Unsicherheit und Verunsicherung zur Grundlage der von ihr im Einklang mit den Verfechtern der neoliberalen Heilslehre geforderten Eigenverantwortung, um so die Arbeitskraftbesitzer verstärkt zu marktkonformen Verhalten anzuhalten.

Mit den nachfolgenden Ausführungen soll gezeigt werden, in welcher Art und Weise und mit welchen Konsequenzen der genannte Paradigmenwechsel sich in der Bundesrepublik Deutschland vollzieht. In einem *ersten* Schritt (Kap. II) wird es hierbei um einen knappen Aufriß der ideologischen Grundlagen der bundesdeutschen Variante des Workfare State gehen, nämlich um das Konzept des »aktivierenden Sozialstaats« und dessen Zentralmaxime des »Fördern und Fordern«. Im *zweiten* Schritt (Kap. III) wird sodann an Hand der unter dem Etikett »Hartz IV« bekannt gewordenen Reform der Arbeits(markt)- und Sozialpolitik exemplarisch aufgezeigt werden, wie Politik und Verwaltung der Maxime des »Fördern und Fordern« organisatorisch-institutionell zu entsprechen suchen. Da die Reform, kaum ins Werk gesetzt, selbst einer Reform unterzogen wurde, sind die beiden nächsten Schritte diesem im SGB-II-Fortentwicklungsgesetz zum Ausdruck kommenden Anpassungsprozeß vorbehalten, wobei sich der *dritte* Schritt (Kap. IV) mit dem Fortentwicklungsgesetz allgemein und der *vierte* Schritt (Kap. V) sich mit einer spezifischen Regelung desselben, dem »Sofortangebot« (§ 15a SGB II), befassen wird. Im letzten und *fünften* Schritt (Kap. VI) werden schließlich Überlegungen anzustellen sein, die mit Rekurs auf das Theorem der »innerstaatlichen Feinderklärung« aufmerksam machen wollen auf eine mit dem sozialstaatlichen Paradigmenwechsel einhergehende unheilvolle Tendenz für eine ihrem Anspruch nach demokratisch verfaßte Gesellschaft.

II

In der Bundesrepublik Deutschland vollzieht sich der workfare-politische Formwandel des Staates auf der Grundlage des »aktivierender Staat« genannten Konzepts⁴, das mit dem Kabinettsbeschluß »Moderner Staat – Moderne Verwaltung« (vgl. Bundesregierung 1999) vom 1. Dezember 1999 der neoliberal gewendeten rot-grünen Bundesregierung unter der Ägide des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder erstmals als Politikprogramm formuliert und verabschiedet wurde. Sachlich-inhaltlich weist das politische Leitbild »aktivierender Staat« eine gewisse Nähe auf sowohl zu dem in den USA von den Demokraten unter Bill Clinton mit dem Versprechen »to end welfare as we know it« (Clinton, B.; zit. nach: Lessenich 2003: 215) in den 1990er Jahren initiierten und exekutierten wohlfahrtsstaatlichen Reformprogramm wie auch zu dem britischen Reformprogramm des »Dritten Weges«⁵ (Giddens 1999) von New Labour unter Tony Blair mit dem Motto »Keine Rechte ohne Verpflichtungen« (ebenda: 81). Seitens der Bundesregierung reklamierte man damit für sich, eine Alternative zu der von Konservativen und Neoliberalen vorgetragenen Wohlfahrtsstaatskritik etwa

1998: 622 f.; Wendt 1993) verwandt; soweit ausschließlich auf die bundesdeutschen Verhältnisse abgehoben wird, ist im folgenden die Rede von »Sozialstaat« als der deutschen Variante wohlfahrtsstaatlicher Programmatik, wie sie im Sozialstaatspostulat (Art. 20 I, 28 I) des Grundgesetzes ihren Niederschlag gefunden hat.

2 Eine synoptisch angelegte Analyse der von Gegnern wie Befürwortern vorgetragenen Argumente des Für und Wider des Wohlfahrtsstaats liefert Prisching (2000).

3 Vgl. hierzu etwa mit Bezug auf Léon Bourgeois, neben Charles Gide wichtigster Protagonist der Bewegung des Solidarismus, mit der sich in Frankreich der Wohlfahrtsstaat Bahn brach, Zoll (2000: 78 ff.) sowie ferner Ewald (1993: 462 ff.).

4 Zum Konzept des »aktivierenden Staates« vgl. allgemein Lamping et al. (2002), zu dessen Bedeutung als Ansatz zur Umgestaltung des Sozialstaats im besonderen die Beiträge in Dahme et al. (2003) sowie Mezger/West (2000).

5 Als geistiger Wegbereiter des »[j]enseits von Links und Rechts« (Giddens 1997) verstandenen britischen Reformprogramms des »Dritten Weges« – in der Bundesrepublik Deutschland auch etwas mehrdeutig als »Politik der Neuen Mitte« (Hombach 1998) adaptiert – kann Giddens (1999; 2001) gelten, der vorschlägt, »auf der Grundlage des Prinzips »keine Rechte ohne Verpflichtungen« einen neuen Gesellschaftsvertrag zu

schließen« und eine »umfassend angebotsorientierte Wirtschaftspolitik zu entwickeln, die marktwirtschaftliche Wachstumsfaktoren mit einer strukturellen Reform des Wohlfahrtsstaats erlaubt«, der »sich zu einem ›Sozialinvestor‹ entwickeln muß« (Giddens 2001: 62).

6 Zu dem aus den Diskussionen um lean management und lean production in der Privatwirtschaft entlehnten und auf eine Begrenzung der Staatsaufgaben und ausgaben zielenden, den Bereich der Inneren Sicherheit aber selbstredend aussparenden Begriff des schlanken Staates vgl. Lamping et al. (2002: 13 ff.).

7 Wessen Wohl auch immer das Gemeinwohl sein mag, so wäre ideologiekritisch zu fragen, zumal der Topos des Gemeinwohls eher der rechten denn der linken politischen Kritik geläufig ist; vgl. hierzu neuerdings Offe (2002).

8 Bei aller berechtigten Kritik an der Wirksamkeit von Staatstätigkeit wird hierbei allerdings nicht gesehen, daß in gleicher Weise auch von einem Marktversagen gesprochen werden muß, weil reale Märkte nicht so funktionieren, wie es die Axiomatik des neoklassischen »Modell-Platonismus« (Albert) fordert. Als eine empirisch-praktische Kritik am Staats- wie Marktversagen ließe sich etwa das erneute Erstarren der sozial(politisch)en Selbsthilfebewegung Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre interpretieren.

einer Margaret Thatcher formuliert zu haben. Das Programm sei, so jedenfalls die offiziellen Verlautbarungen, insofern eine Alternative, als es eben nicht wie die konservativ-neoliberalen Reformansätze, die sich allesamt der Idee des »schlanken Staates« verpflichtet sähen, eine Rücknahme politischer Gestaltungsansprüche intendiere, sondern vielmehr eine Konkretisierung und Neubestimmung staatlichen Handelns, mit der der staatliche Verwaltungsapparat, die wohlfahrtsstaatlichen Sicherungs- und Unterstützungssysteme und das Verhältnis zwischen Staat und Bürger neugestaltet werden solle. So heißt es seitens der damaligen rot-grünen Bundesregierung: »Der aktivierende Staat bedeutet eine neue Verantwortungsteilung zwischen Bürger und Staat. Eigeninitiative und Freiraum werden stärker gefördert. Natürlich bleibt der Staat weiter verpflichtet, für individuelle Freiheit und Sicherheit der Bürger zu sorgen. [...] Hier [das heißt in Dienstleistungsbereichen; M. W.] kann sich der Staat darauf beschränken, einen Rahmen festzulegen. Bei Konflikten tritt er als Moderator auf, mit dem Ziel, mehr Freiraum für gesellschaftliches Engagement zu schaffen. So aktiviert der Staat gesellschaftliche Verantwortung.« (Bundesregierung; zit. nach: Lindenberg 2002: 1) Worum es den Wortführern des »aktivierenden Staates« mithin nominell geht, ist, die Selbstregulierungskräfte der Gesellschaft zu stärken, die sozialmoralische Orientierung auf das Gemeinwohl⁷ zu fördern, des Einzelnen Eigenverantwortung zu steigern und ein neugestaltetes Prinzip der Verantwortungsteilung zwischen Staat und Gesellschaft zum Leitbild des Staates zu erheben, bei dem dieser als Moderator und Impulsgeber der gesellschaftlichen Entwicklung fungiert.

Begründet wird das Bestreben, Staat und Gesellschaft zu modernisieren, vor allem mit dem Argument, es sei zur Förderung der nationalen Konkurrenzfähigkeit erforderlich, hemmende Rahmenbedingungen der Produktion einheimischer Unternehmen abzubauen. Hierbei gehen die Verfechter der Idee des »aktivierenden Staates« davon aus, daß der Markt als Koordinationsmechanismus anderen sozialen Koordinationsmechanismen grundsätzlich überlegen sei.⁸ Der von ihnen diagnostizierten ineffektiven und ineffizienten Politik des Sozialstaats müsse deswegen mittels Markt- und Wettbewerbsinstrumenten entgegengetreten werden. Nur auf diesem Wege sei die verlorengegangene Handlungsfähigkeit des Staates, insbesondere zur Herstellung von Vollbeschäftigung, wieder rückzugewinnen. Ein Ziel, das allerdings ohne gemeinsame Anstrengung nicht zu erreichen sei, weswegen denn auch allen im Interesse des Gemeinwohls Anpassungsleistungen abzuverlangen sind. Erreicht werden solle dies insbesondere durch das Beachten des Handlungsgrundsatzes des »Fördern und Fordern«, das als Hauptkennzeichen des »aktivierenden Sozialstaats« gelten darf.

Der Grundgedanke der Maxime des »Fördern und Fordern« ist vielleicht am ehesten im Sinne einer staatlich herzustellenden Ausbalancierung von individuellen Rechten und Pflichten zu verstehen, bei der die Komponente des »Fördern« darauf zielt, Hemmnisse für die Entwicklung individueller Verantwortung und gesellschaftlichen Engagements abzubauen, während hingegen mit der Komponente des »Fordern« das Ansinnen des Staates deutlich gemacht wird, von

jedem als Gegenwert zur staatlichen Förderung einen Beitrag zur Gestaltung seines eigenen und des gesellschaftlichen Lebens einzufordern. Mit anderen Worten: Der Staat ist zur Förderung seiner Bürger nur bereit, wenn auch diese ihrerseits bereit sind, für ihre Förderung eine entsprechende Vor- oder zumindest Gegenleistung zu erbringen. Dahinter verbirgt sich die Vorstellung, auf seiten des hilfebedürftigen Bürgers bestünde eine Pflicht, die staatlich gewährte Existenzsicherung als Gegenleistung ›abzuarbeiten‹. Wenn man dieser Leistung-Gegenleistung-Konzeption anhängt, dann ist es nur konsequent, wie es Politik und Verwaltung in der Bundesrepublik Deutschland tun, die erwerbsfähigen hilfebedürftigen Arbeitslosen mit der »Hungerpeitsche« (Weber 1991: 240) zur Arbeit zu zwingen, sei diese nun regulär oder prekär, bezahlt oder unbezahlt, indem Verelendung als ein arbeits- und sozialpolitisches Regulativ inthronisiert wird.⁹

III

Exemplarisches Beispiel für das euphemistisch als »Aktivierung« beschriebene Aufzwingen von ›Arbeit um jeden Preis‹ ist das politisch initiierte und administrativ implementierte »Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt« (SGB II)¹⁰, das organisatorisch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und materiell die Existenz-, das heißt die »Grundsicherung für Arbeitsuchende« zum Gegenstand hat und das aus Sicht sowohl der seinerzeitigen rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder wie auch der derzeitigen schwarz-roten Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel eine konsequente Beachtung der Maxime des »Fördern und Fordern« darstelle. Vordringlichstes Ziel des am 1. Januar 2005 in Kraft getretenen SGB II, vulgo besser unter Hartz IV bekannt, ist nach § 1 I SGB II allerdings nicht, wie die Formulierung »Grundsicherung« nahelegt, die Absicherung des Lebensunterhalts, sondern die Stärkung der Eigenverantwortung der Betroffenen, was gemäß der Idee von der staatlich herzustellenden Ausbalancierung von individuellen Rechten und Pflichten in concreto bedeutet, daß den erwerbsfähigen hilfebedürftigen Arbeitslosen angesichts von Massenarbeitslosigkeit im Regelfall die Pflicht auferlegt wird, in einem rechtlich prekären Status eine Gegenleistung für den Erhalt der staatlichen Leistungen zur Existenzsicherung zu erbringen, sei es in Form von »Mini-Jobs«, »Midi-Jobs«¹¹ oder in Form der Arbeitssimulation in Praktika ohne Ausschichten auf Übernahme in reguläre Beschäftigung oder von Maßnahmen zur Überprüfung der Arbeitswilligkeit oder im Rahmen von öffentlichen Arbeitsprogrammen wie etwa den sogenannten »Ein-Euro-Jobs«.

Geht man der Frage nach, wie Politik und Verwaltung mit dem SGB II der Maxime des »Fördern und Fordern« organisatorisch-institutionell zu entsprechen suchen, so ist es sinnvoll, systematisch zwischen zwei Regulierungsarten zu unterscheiden: *zum einen* der substantiellen, mit der Standards gesetzt werden, die nicht unter beziehungsweise überschritten werden dürfen, und *zum anderen* der prozeduralen, mit der festgelegt wird, wer die Einhaltung der Standards beziehungsweise deren Abweichung auf welche Weise und

9 Wider die Versuche, Weber für die neoliberalen Apologeten des Marktes vereinnahmen zu wollen, gilt festzuhalten, daß nicht nur mit Marx (vgl. 1977: 183, 742), sondern auch mit Weber die »freie Arbeit« eine der zentralen Voraussetzungen für die Existenz und das Funktionieren des Kapitalismus ist, das heißt, »daß Personen vorhanden sind, die nicht nur rechtlich in der Lage, sondern auch wirtschaftlich genötigt sind, ihre Arbeitskraft frei auf dem Arbeitsmarkt zu verkaufen.« Mit der anderen Worten: daß Personen vorhanden sind, die ihre Arbeitskraft zwar »formal freiwillig, tatsächlich [aber; M. W.] durch die Hungerpeitsche getrieben« (Weber 1991: 240) auf dem Arbeitsmarkt anbieten.

10 »Erstes« und »Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt« (»Hartz I u. II«) sind am 1. Januar 2003 in Kraft getreten, »Hartz III« am 1. Januar 2004 und »Hartz IV« in Form des neu geschaffenen SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) am 1. Januar 2005. Zu Inhalt und Umsetzung der Hartz-Gesetze vgl. den immer noch informativen Aufsatz von Brütt (2003).

11 Eingeführt im Rahmen von Hartz II handelt es sich bei »Mini-Jobs« um Beschäftigungsverhältnisse bis zu 400 Euro Monatsentgelt, bei »Midi-Jobs« um solche zwischen 400 und 800 Euro Monatsentgelt.

12 Mit dem Rückgriff auf die Vokabel »Eigenverantwortung« (§ 1 I SGB II) unterstellt der Gesetzgeber den betroffenen hilfesuchenden und bedürftigen Arbeitslosen prinzipiell das Handlungsvermögen, eine Veränderung ihres Zustands der Arbeitslosigkeit in Richtung Beschäftigung selbst bewirken zu können. Hierbei wird jedoch geflissentlich übersehen, daß das von den Aktivierungsvertretern beständig beschworene eigene Können der Betroffenen in der realen Welt – anders als in der ideellen – an die Existenz spezifischer interner wie externer Handlungsvoraussetzungen gebunden ist, wozu kognitive Fähigkeiten, Kenntnisse, Fertigkeiten, Willensstärke und psychische Dispositionen wie Selbstkontrolle und Steuerung ebenso gehören wie die materiellen, zeitlichen, kulturellen und sozialen Faktoren, die aus einem konkreten Handelnden die Person gemacht haben, die sie ist. Vgl. hierzu die prägnanten Ausführungen von Günther (2002).

13 Was unter einem ›menschenswürdigem Leben‹ zu verstehen ist, läßt sich weder dem Grundgesetz noch einer diesbezüglichen einfachgesetzlichen Ausgestaltung desselben entnehmen. Hierzu ist es erforderlich, auf die ständige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zurückzugreifen. Dieses hat 1970 klargestellt, daß die Gewährleistung des bloßen physischen Existenzminimums für ein menschenwürdiges Leben nicht hinreicht, weil dem Hilfeempfänger gesellschaftliche Teilhabe möglich sein muß, also in der Umgebung von Nichthilfeempfängern ein Leben

gegebenenfalls mit der Verhängung welcher Sanktionen kontrollieren und sanktionieren darf.

Bezogen auf die *substantielle Regulierungsart* und mit Blick auf die hier vertretene These, daß Hartz IV eine »Hungerpeitsche« zur Arbeit ist, mit der hilfesuchende wie hilfeempfangende Arbeitslose genötigt werden, jedwedes Arbeits- und Eingliederungsangebot anzunehmen, sind zu nennen einmal die Höhe der dem erwerbsfähigen hilfebedürftigen Arbeitslosen (und die mit ihm in einer »Bedarfsgemeinschaft« lebenden Personen) staatlich gewährten Transferleistung (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld) selbst und zum anderen jene Regelungen, mit denen festgelegt wird, welche Arbeit aufzunehmen und zu verrichten Arbeitslosen nach Ansicht von Politik und Verwaltung zugemutet werden kann.

In bezug auf die Höhe der Transferleistungen muß folgendes festgestellt werden. Indem das SGB II die Eigenverantwortung¹² als inhaltlichen Kern der neuen Grundsicherung betont und diese damit gegenüber der Existenzsicherung priorisiert, nimmt es Abstand von der Idee, die das alte Gesetz zur Existenzsicherung, das seinerzeitige Bundessozialhilfegesetz (BSHG), noch explizit leitete. Dort hieß es nämlich in § 1 II BSHG, Aufgabe der Sozialhilfe sei es, »dem Empfänger der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht«. Mit seiner Distanzierung von dem Leitgedanken der Führung eines menschenwürdigen Lebens¹³ fällt das SGB II allerdings nicht nur wieder ideell auf den Stand vor dem BSHG zurück, als Fürsorge Hilfebedürftigen lediglich gewährt wurde aus Gründen der öffentlichen Ordnung, nicht aber um ihrer selbst willen. Auch materiell, das heißt bezüglich der gewährten Regelleistungen, liegt das Niveau des für erwerbsfähige Hilfebedürftige vorgesehenen Arbeitslosengeldes II nach §§ 19 ff. SGB II unter dem der früheren BSHG-Sozialhilfe, die selbst bereits seinerzeit schon als nicht armutsfest im Sinne von bedarfsdeckend kritisiert worden ist.¹⁴ Wie ein Blick in die neuesten Untersuchungen zu den Auswirkungen von Hartz IV auf die personelle Einkommensverteilung zeigt (vgl. Becker/Hauser 2006), ist das Ausmaß der Armut seit der mit dem SGB II vollzogenen organisatorischen Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe gestiegen, was nichts anderes bedeutet, als daß der auf der Ebene der Systemintegration installierte Zwang zur Aufnahme jedweder Arbeit als äußerliche Bedingung physischen Überlebens erhöht worden ist.

Gleiches gilt auch hinsichtlich der Frage, welche Arbeit zumutbar ist. Auch hier ist eine die Entgelthöhe, den Tätigkeitsstatus und die Mobilität betreffende Verschärfung der Definitionen zu konstatieren. So ist bereits nach einem halben Jahr Arbeitslosigkeit jede Beschäftigung zumutbar, wenn das daraus erzielbare Nettoeinkommen das Arbeitslosengeld II übersteigt und die Beschäftigung der »Arbeitsfähigkeit« des Arbeitslosen entspricht, was besagt, daß weder ein Qualifikations- noch ein Berufsschutz besteht. Weigert sich ein hilfebedürftiger Arbeitsloser, einer solchen Beschäftigung nachzugehen – und den Beweis, daß diese unzumutbar ist, hat nicht die Arbeitsverwaltung (seien es nun die Arbeitsagenturen selbst oder die AR-GEN oder die sogenannten Optionskommunen) zu führen, sondern der Arbeitslose –, führt dies je nach Fall beim ersten Mal zur Kür-

zung des Regelsatzes beziehungsweise der Unterkunftszahlungen um 30 Prozent, beim zweiten Mal um 60 Prozent und beim dritten Mal zur vollständigen Versagung der nach dem SGB II zu gewährenden Geldleistungen, wobei der Zeitraum der Sanktion wegen Ablehnung eines Vermittlungsangebotes auf zwölf Monate terminiert ist. Mit anderen Worten: Es wird erwartet, daß bei Strafe seines Untergangs »jeder die ihm gebotene Chance annimmt« (Schröder/Blair 1999: 9), ganz gleich, um welches Angebot es sich handelt.¹⁵

›Aktivierend‹ im Sinne einer »Hungerpeitsche« wirkt die Sozialpolitik des »aktivierenden Staates« jedoch nicht nur über das Was, indem sie den erwerbsfähigen hilfebedürftigen Arbeitslosen mit der Reduzierung oder gar dem vollständigen Entzug der Unterstützungsleistungen und damit mit deren Verelendung droht oder gegebenenfalls ihre Drohung auch wahrmacht. Eine ›Aktivierung‹ der Arbeitslosen wird auch über das Wie bewirkt, das heißt auf *prozeduralem Wege* vermittelt spezifischer ›Überzeugungsstrategien‹, die allesamt auf die erwünschte habituelle Eigenschaft zielen, sich willig überall und jederzeit in den eng gewordenen Arbeitsmarkt flexibel und mobil einzufügen, mit dem Ziel, die eigene Existenz durch Arbeit selbst sichern zu können. Ablesen läßt sich dies zum Beispiel an dem Institut a) der ›aktivierenden Beratung‹ und b) der Eingliederungsvereinbarung.

Für die ›aktivierende Beratung‹, wie das SGB II sie vorsieht, gilt in besonderer Weise, daß sie als ein strukturelles Gewaltverhältnis begriffen werden kann aufgrund der Asymmetrie, die zwischen dem Case-Manager und dem neuerdings als ›Kunden‹ bezeichneten Arbeitslosen besteht. Zum Ausdruck kommt dies generell darin, daß die Hartz-IV-Beratungsangebote‹ verpflichtende verbindliche ›Angebote‹ sind, womit sie das für eine gelingende Beratung zentrale Kriterium der Freiwilligkeit nicht erfüllen. Denn ihrem Anspruch nach hat Beratung Anregung und Unterstützung für selbstbestimmte Entscheidungen und eigenverantwortliche Problembewältigung durch den Ratsuchenden zu sein, was auf Seiten des Beratenden voraussetzt, sich als Haltung die Achtung vor der Autonomie des Ratsuchenden zu eigen zu machen. An dieser scheint es aber strukturell zu fehlen, da die ›aktivierende Beratung‹ des SGB II nicht intendiert, den arbeitslosen Hilfesuchenden Auskunft darüber zu geben, welche Leistungen sie von Rechts wegen beanspruchen können¹⁶, sondern sie sucht vielmehr Möglichkeiten aufzuzeigen, damit die Hilfesuchenden die ihnen zustehenden Transferleistungen nicht oder nur kurz in Anspruch nehmen, und verbindet aus diesem Grund die angebotene Hilfe mit Sanktionsdrohungen.

Dies wiederum läßt sich ablesen an der Eingliederungsvereinbarung‹, die der als ›Kunde‹ bezeichnete hilfebedürftige Arbeitslose nach § 2 I SGB II verpflichtet ist, mit seinem ›Case-Manager‹ abzuschließen, wenn er, so § 31 I 1a SGB II, den Anspruch auf Eingliederungs- und Existenzsicherungsleistungen nicht verlieren will. Damit wird gegenüber der früheren Sozialhilfe der Interventionspunkt der Sanktion zeitlich vorverlagert, da nicht erst die Verweigerung ›zumutbarer Arbeit‹, sondern bereits die fehlende Mitwirkung bei der Eingliederungsvereinbarung‹ – und was als eine solche zu werten ist, wird vom Case-Manager als ›Herr des Verfahrens‹ autoritativ

›ähnlich wie diese« (BVerwGE 36, 258) führen zu können, wobei auf die herrschenden Lebensgewohnheiten abzustellen ist (vgl. BVerwGE 35, 180 f.).

14 Nach einer Expertise des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes aus dem Jahr 2006 müßte der Regelsatz wenigstens 20 Prozent über dem liegen müßte, was den Arbeitslosengeld-II-Beziehern hoheitlich zugestanden wird, um ein Leben führen zu können, das gemessen an den Leitvorstellungen des Grundgesetzes als eines zu qualifizieren wäre, das der Würde des Menschen entspricht (vgl. Martens 2006).

15 Dies zeigt etwa der Fall einer Kellnerin in Berlin, der von einer der dortigen ARGEn das Angebot einer Stelle in einem Bordell zugewiesen worden war, das abzulehnen mit dem Risiko einer Leistungskürzung oder streichung verbunden war. (vgl. o. A. 2005) Da der Beruf der Prostituierten mit dem Inkrafttreten des Prostitutionsgesetzes (ProstG) am 1. Januar 2002 legalisiert worden ist und dieser nunmehr als einer gilt wie jeder andere Beruf auch, gibt es keinen rechtlichen Hinderungsgrund mehr, eine Bezieherin von Arbeitslosengeld II in den Bereich der sog. sexualbezogenen Dienstleistungen zu vermitteln, weil auf der Grundlage der Zumutbarkeitsregelung nach § 10 SGB II jede Arbeit anzunehmen ist, die nicht gesetzes- oder sittenwidrig ist. Und ob Prostitution sittenwidrig ist, darf füglich bezweifelt werden, zumindest wenn man der höchstrichterlichen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs in Strafsachen folgt, das die Auffas-

sung vertritt, seit Erlaß des ProstG sei ein Vertrag über sexuelle Dienstleistungen nicht von vornherein als sittenwidrig zu beurteilen (vgl. BGH – Az 1 StR 482/03). Auch wenn es sich hier um einen Einzelfall handeln mag, so kommt darin doch zum Ausdruck, daß Prostitution kein Antonym für ›Markt-Verkehr‹, sondern vielmehr Inbegriff für die auf dem Prinzip des Warentauschs beruhenden zwischenmenschlichen Beziehungen ist. Ein Sachverhalt, den Marx mit folgenden Worten unterstreicht: »Die Austauschbarkeit aller Produkte, Tätigkeiten, Verhältnisse gegen ein Drittes, Sachliches, was wieder gegen alles ohne Unterschied ausgetauscht werden kann – also die Entwicklung der Tauschwerte (und der Geldverhältnisse) ist identisch mit der allgemeinen Venalität, Korruption. Die generelle Prostitution erscheint als eine notwendige Phase der Entwicklung des gesellschaftlichen Charakters der persönlichen Anlagen, Vermögen, Fähigkeiten, Tätigkeiten.« (Marx 1974: 80)

16 »So ist Aufklärung und Beratung über zustehende Sozialleistungen für viele Träger nicht Praxis, wird sogar, wenn sie von dritter Seite erbracht wird, als Angriff auf die Gemeindekasse empfunden«, wie z. B. Spindler (2003: 226) mit Bezug auf die Sozialhilfeträger feststellt.

17 Sie trägt ihren Namen deswegen zu unrecht, weil der hilfeschuchende Arbeitslose mangels realer Wahlmöglichkeiten einem sanktionsbewehrten Kontrahierungszwang unterliegt, so daß von einer »›Vereinba-

festgelegt – zum Verlust von Ansprüchen führt. Festgehalten wird in der ihren Namen zu unrecht tragenden Eingliederungsvereinbarung« nach § 15 SGB II¹⁷, welche Bemühungen der hilfeschuchende Arbeitslose zur Beseitigung seiner Arbeitslosigkeit in welcher Häufigkeit unternehmen muß und wie er seine Bemühungen nachzuweisen hat, wobei eine Verletzung der ›vereinbarten‹ Mitwirkungspflichten die Arbeitsverwaltung berechtigt, die Existenzsicherungsleistungen zu mindern oder gar vollständig zu entziehen, wobei während dieser Zeit kein Anspruch auf ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII, der heutigen Sozialhilfe, besteht und auch eine umgehende Verhaltensänderung seitens der Betroffenen nicht zu einer Aufhebung der Sanktion führt. Außerdem kann – ganz nach dem Motto »Und bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt.« – bei Verweigerung des Abschlusses der Eingliederungsvereinbarung« diese hoheitlich qua Verwaltungsakt erfolgen, was zurecht als fachlich verfehlt kritisiert wird, weil damit ignoriert wird, daß eine einseitig gesetzte und/oder gegen den Willen des Hilfeschuchenden durchgesetzte Verhaltensanforderung auf dessen Widerstand stoßen und nur selten das erwünschte Verhalten nach sich ziehen wird. Es läßt sich jedoch begründet annehmen, daß ein Mißlingen der beabsichtigten Verhaltensänderung bewußt in Kauf genommen, wenn nicht sogar provoziert wird, weil es zum einen die Möglichkeit eröffnet, die betroffenen arbeitslosen Hilfeschuchenden als beratungsresistent und damit als arbeitsunwillig zu diskriminieren, und es damit zum anderen als Legitimation zur Ausgrenzung aus dem Leistungsbezug herangezogen werden kann, zumal der hiergegen einlegbare Widerspruch gemäß § 39 SGB II keine aufschiebende Wirkung hat.

IV

Entgegen den Erwartungen seitens der politisch Verantwortlichen, mit den sogenannten »Hartz I-IV«-Gesetzen – von Gerhard Schröder in seiner Regierungserklärung »Gerechtigkeit im Zeitalter der Globalisierung schaffen – für eine Partnerschaft in Verantwortung« vom 29. Oktober 2002 charakterisiert als »größte Arbeitsmarktreform seit Bestehen der Bundesrepublik« (BT-PlPr. 15/4: 5) – Milliarden einsparen zu können, zeigte sich nach der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe relativ rasch, daß die Ausgaben für Hartz IV wesentlich stärker als ursprünglich durch die Politik angenommen gestiegen waren. Allerdings handelte es sich bei dieser »Kostenexplosion« genannten Entwicklung nicht um eine, die ursprünglich durch die Einführung von Hartz IV bewirkt worden war¹⁸, sondern um eine lediglich »gefühlte« (Viering 2005). Und doch wurde die angebliche Explosion der Kosten in der öffentlichen Diskussion als Argument für die Notwendigkeit einer Reform der Reform, das heißt für eine »Optimierung« beziehungsweise »Fortentwicklung« des SGB II verwandt, die mit dem Inkrafttreten des SGB-II-Fortentwicklungsgesetzes am 1. August 2006 dann auch nicht lange auf sich warten lies, das von der jetzigen schwarz-roten Bundesregierung auf der Grundlage des Koalitionsvertrags »Gemeinsam für Deutschland. Mit Mut und Menschlichkeit« (vgl. Bundesregierung 2005: 34 ff.) vom 11. November 2005 initiiert worden

war. Motiv für das in den Medien zunächst als Hartz-IV-Optimierungsgesetz bekannt gewordene SGB-II-Fortentwicklungsgesetz war demzufolge eindeutig die Einsparung von Kosten, um damit, so die öffentliche Begründung, Ressourcen freizumachen für Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration und damit zur Überwindung der Hilfebedürftigkeit der Betroffenen. (vgl. BT-Drs. 16/1410: 1)

Zur Erreichung des vorgenannten Ziels, die mit dem SGB II verbundenen Kosten zu reduzieren (angestrebt werden Einsparungen für das Jahr 2007 folgende in Höhe von insgesamt 1,2 bis 1,4 Mrd. Euro jährlich), enthält das Fortentwicklungsgesetz neben diversen Regelungen zur Verbesserung der Verwaltungspraxis der Grundversicherungsträger vornehmlich Regelungen, die auf die Bekämpfung von Sozialleistungsmissbrauch abstellen. Damit wird seitens der schwarz-roten Bundesregierung zweierlei unterstellt: Angenommen wird erstens, es stünde im Vermögen der Arbeitsverwaltung, bei Massenarbeitslosigkeit Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt qua vermittlungsorientierter Dienstleistungen in Übereinstimmung zu bringen¹⁹, und zweitens, es fände Sozialleistungsmissbrauch in einem nennenswerten Umfange statt.

Weder die eine noch die andere Annahme trifft jedoch zu. So ist *zum einen* das Ziel der möglichst schnellen und quantitativ bedeutsamen Verringerung der Massenarbeitslosigkeit mit den im SGB II vorgesehenen Eingliederungsleistungen nicht zu realisieren, weil angesichts der de facto bestehenden enormen Arbeitsmarktlücke zwischen Arbeitskräftenachfrage (offene Stellen) und Arbeitskraftangebot (Stellensuchende) zuungunsten des letzteren jegliches Eingliederungsbemühen, sei es auch das bestgemeinte, über gelungene Einzelfälle hinaus ins Leere laufen muß. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die hier in Rede stehenden Eingliederungsleistungen Information, Beratung sowie umfassende Unterstützung durch den hierfür in den §§ 4 I 1, 14 SGB II vorgesehenen »persönlichen Ansprechpartner«²⁰ strukturell unzulänglich sind, da sie Ziele und Wirkungen anstreben, die außerhalb der Reichweite der Dienstleistungskette liegen, soll heißen, daß die Besetzung oder gar Schaffung von Arbeitsstellen durch die Dienstleister, auch wenn sie dies wollten, selbst nicht herbeigeführt werden kann. *Zum anderen* verfügt der seitens der Politik und der ihr willfährigen Journaille gepflegte Mythos vom Sozialleistungsmissbrauch über keinerlei empirische Basis. Das heißt nicht, daß es das Phänomen der mißbräuchlichen Inanspruchnahme von Sozialleistungen nicht gäbe. Allerdings ist, erstens, nicht alles Mißbrauch, was Mißbrauch genannt wird. Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang etwa an den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten und SPD-Vorsitzenden Kurt Beck, der das legale Ausschöpfen eines Rechtsanspruchs mit den tadelnswerten Worten »Man muß nicht alles rausholen, was geht.« (Beck 2006) kritisiert. Zudem ist, *zweitens*, zu vermerken, daß Sozialleistungsmissbrauch im juristischen Sinne einer rechtswidrigen Inanspruchnahme von Leistungen sowohl die Folge betrügerischen Handelns der Leistungsempfänger als auch Folge administrativen Fehlverhaltens sein kann, wobei Verwaltungsfehler nicht bloß Ausdruck fahrlässigen, sondern auch vorsätzlichen Handelns sein können, weswegen diese Form staatlich organisierten Mißbrauchs gegebenenfalls

»im Schatten der Macht« (Berlit 2003: 205) gesprochen werden muß, die zudem gegen das Grundgesetz verstößt, da sie »unverhältnismäßig in die durch Art. 2 Abs. 1 GG geschützte Vertragsfreiheit« (ebenda) eingreift.

18 Vgl. statt anderer Aust/Müller-Schoell (2007: 56 ff.), Martens (2005: 361 ff.), Wagner (o. J.).

19 Diese Annahme fußt auf der absurden Interpretation der Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit als eines Mismatch-Problems, also eines der fehlenden Übereinstimmung zwischen den Arbeitskraftverkäufern und käufern hinsichtlich Qualifikation, Entlohnung und Bedingungen des Arbeitskräfteeinsatzes. Zur wissenschaftlichen Fragwürdigkeit der These vom Mismatch als Ursache der Massenarbeitslosigkeit vgl. statt vieler Trube (2004: 64 ff.).

20 Da dieser, im Behördenjargon anzüglich als »Paps« bezeichnet, nicht nur über die materiellen Hilfen entscheidet, sondern auch über die Eingliederungsleistungen und über den Einbezug ins Case-Management, besteht die Gefahr, daß die Beziehung der hilfebedürftigen Arbeitslosen zu ihrem »Paps« in ein persönliches Abhängigkeitsverhältnis umschlagen kann, was es gerechtfertigt erscheinen läßt, von einer Refeudalisierung der beschäftigungsorientierten sozialen Dienstleistungserbringung zu reden. Zur Problematik der Vermischung von hoheitlichem Eingriff und Erbringung einer Beratungsdienstleistung für Hilfesuchende in prekären materiellen Lebenslagen wie Arbeitslosigkeit oder Armut

vgl. insbesondere Bartelheimer/Reis (2001).

dann auch als Amtspflichtverletzung beziehungsweise Rechtsbeugung nach § 339 StGB geahndet werden kann. Überdies zeigen, *drittens*, sowohl ältere international vergleichende wie auch neuere nationalstaatlich fokussierte empirische Untersuchungen, daß, hoch gegriffen, nur etwa fünf von 100 Transferleistungsempfängern Mißbrauch von Sozialleistungen begehen. (vgl. Henkel/Pawelka 1981; Martens 2005; Trube 2003: 195) Mit anderen Worten: Sozialleistungsmißbrauch kommt zwar vor, aber er ist verschwindend gering. Daß diese Wertung mehr als berechtigt ist, zeigt sich vor allen Dingen dann, wenn man den Sozialleistungsmißbrauch in Beziehung setzt *einerseits* zur Nichtinanspruchnahme von zustehenden Sozialleistungen in einem Volumen von bis zu 50 Prozent (vgl. Becker 1996: 6; Henkel/Pawelka 1981: 67; Becker/Hauser 2005: 16 ff.) aufgrund gesellschaftlicher und administrativer Schwellen, die erst überwunden werden müssen, bevor aus den Anspruchsberechtigten auch tatsächliche Leistungsbezieher werden (vgl. Leibfried 1976), und *andererseits* zu anderen Mißbrauchstatbeständen wie zum Beispiel Subventionsbetrug oder Steuerhinterziehung, die sich hinsichtlich des angerichteten monetären Schadens in einer dreistelligen Milliardengröße (Mark) bewegen, während Schätzungen den Mißbrauch in der Sozialhilfe mit höchstens 1,8 Milliarden Mark beziffern (vgl. Becker 1996: 8).²¹

21 Wie marginal der Sozialleistungsmißbrauch im Bereich der Arbeitsverwaltung im Vergleich zu anderen Mißbrauchstatbeständen ist, verdeutlicht eindringlich Oschmianskys Feststellung: »Selbst wenn alle Leistungsempfänger [von Arbeitslosengeld und Hilfe; M. W.] »Arbeitsverweigerer« wären, ihre Leistungen entsprechend missbräuchlich in Anspruch genommen hätten, betrüge der »Schaden« gerade 28 Prozent des Schadens durch Schwarzarbeit.« (Oschmiansky 2003: 15)

Wenn also weder die eine noch die andere Annahme zutrifft, ein Sachverhalt, der der Bundesregierung und den sie tragenden Parteien hinlänglich bekannt ist (vgl. etwa BT-Drs. 16/5009: 2), dann liegt es nahe, anzunehmen, daß die politisch Verantwortlichen mit dem Fortentwicklungsgesetz ein anderes Ziel als das öffentlich bekundete verfolgen. Im Grunde wird mit dem Gesetz, wie eine genauere Betrachtung der darin vorgesehenen Maßnahmen zeigt, die »Hungerpeitsche« zur Arbeit stärker geschwungen als zuvor, indem die mit dem SGB II eingeschlagene politisch-administrative Strategie der »Verfolgungsbetreuung« durch weitergehende Anforderungen an die Mitwirkungspflicht und entsprechende leistungsrechtliche Verschärfungen in gesteigerter Weise fortgeschrieben wird. Oder anders formuliert: Es wird gehandelt nach dem Motto »Wenn die neoliberale Medizin »Weniger Staat und mehr Markt« nicht wie erwartet gewirkt hat, muß man eben die Dosis erhöhen, also den workfare-politischen Formwandel des Staates beschleunigen und vertiefen.« Bevor darauf eingegangen wird, welche Maßnahmen das Fortentwicklungsgesetz zur Bekämpfung des vermeintlichen Sozialleistungsmißbrauchs vorsieht, ist jedoch eine kurze Zwischenbemerkung zur Vokabel »Verfolgungsbetreuung« angezeigt, da diese geeignet scheint, die Maßnahmen genauer nach der Art ihrer Wirkungsweise zu qualifizieren.

Die Vokabel »Verfolgungsbetreuung« ist eine Wortschöpfung von Mitarbeitern des Landesarbeitsamts Nordrhein-Westfalen und thematisiert selbstkritisch den Sachverhalt der Disziplinierung und gezielten und absichtsvollen Ausgrenzung erwerbsfähiger hilfebedürftiger Arbeitsloser aus dem potentiellen wie aktuellen Leistungsbezug. Allerdings ist Ziel dieser Selbstkritik weniger das individuelle Verhalten des Fachpersonals als vielmehr die von der Bundesagentur für Arbeit verfolgte Politik, mittels »massive[m]

Druck« ihre Mitarbeiter zu zwingen, »an der Grenze der gesetzlichen und moralischen Legalität, gegen Arbeitslose vorzugehen, allein mit dem Ziel, ihnen die finanzielle Lebensgrundlage zu kürzen oder zu sperren« (Küster et al. 2003: 3) beziehungsweise den Zugang dazu zu erschweren oder gar zu verwehren. Mit der Vokabel werden mithin Praktiken der Drangsalierung und Schikanierung der Betroffenen durch Anwendung von mehr oder minder subtilen Druck oder durch mißbräuchliche Ausübung eines Rechts angesprochen. Zu diesen Praktiken gehört etwa, Termine so kurzfristig anzuberaumen, daß die Betroffenen nur zu spät oder überhaupt nicht erscheinen können, mit der Folge einer Kürzung oder auch Versagung der Leistungen²²; oder akademisch gebildete Arbeitslose in eine Trainingsmaßnahme einzuweisen, in der sie lernen sollen, wie sie Bewerbungen zu verfassen haben, was sie zu Recht als nichts anderes als eine herabwürdigende Schikane begreifen können; oder Betroffene nicht über ihre Rechte im Sinne einer aktiven Information aufzuklären beziehungsweise ihnen die Wahrnehmung ihrer Rechte zu verwehren wie beispielsweise im Falle einer rechtswidrigen Zurückweisung eines Beistands nach § 13 IV SGB X; oder bei der Ermessensausübung das Ermessen zu über- oder zu unterschreiten oder fehlzugebrauchen, daß heißt stets restriktiv und nicht nach dem aus dem Strafrecht stammenden Grundsatz »in dubio pro reo« zu verfahren. Im Sprachgebrauch der Mitarbeiter der Arbeitsverwaltung ist die Vokabel »Verfolgungsbetreuung« mithin ein Kampfbegriff derjenigen, die aus der Binnenperspektive der Beschäftigten das System der mit dem SGB II institutionalisierten »aktivierenden Ausgrenzung« der hilfebedürftigen Arbeitslosen aus dem Leistungsbezug, des »Überfordern und Ausfordern«, wie es im Behördenjargon unverblümt heißt, kritisieren, weil es offensichtlich nicht nur gegen geltendes Recht, sondern auch gegen Fachlichkeitsstandards und berufsethische Prinzipien verstößt.

Eingang gefunden hat die Vokabel zwischenzeitlich auch in die sozial- und rechtswissenschaftliche Diskussion. Hierbei kommt ihr mit Bezug auf die Arbeitsverwaltung eine heuristisch-analytische Funktion zu, insofern mit dem Oxymoron auf das Problem der Unvereinbarkeit zweier Handlungslogiken aufmerksam gemacht wird, ein Problem, das in dem Diskurs der Sozialen Arbeit und auch der Sozialpolitik unter dem klassischen Topos des Widerspruchs von Hilfe und Kontrolle thematisch ist²³ und das im Bereich der Obdach- und Wohnungslosenhilfe²⁴ mit der Bezeichnung »vertreibende Hilfe« oder im angelsächsischen Workfare-Diskurs mit dem aus »threat« und »offer« gebildeten Amalgam »thoffer« für »wohlmeinende Drohung« (Lødemel/Trickey 2001: 139) sowie im Arbeitsfeld psychosoziale Dienste in dem Begriff »fürsorgliche Belagerung« (Rappaport 1985: passim) eine analoge Entsprechung hat. Mit dem Begriff bezeichnet Rappaport eine Haltung, die Klienten nicht betrachtet als »Bürger mit Rechten«, sondern als »Kinder in Not« (ebenda: 269), mit der Folge, diese denn auch in paternalistischer Manier als solche zu behandeln und »sie vor sich selbst [zu retten; M. W.], ob sie es wollen oder nicht« (ebenda: 267). Und daß Politik und Verwaltung ein Bild von den Betroffenen haben als Personen, die wie Kinder »noch nicht« (beziehungsweise wie Kriminelle oder andere Normab-

22 »Da ist es so, dass Hilfeempfänger zu Zeiten eingeladen werden, von denen man weiß, dass der Hilfeempfänger Probleme hat, zu diesen Zeiten zu erscheinen. Und darauf folgt dann in de Regel eine Sanktion. Das ist eine Möglichkeit, wie man Leistungen einsparen kann.« (anonym; zit. nach: Klein 2008), so das Bekenntnis eines ARGE-Mitarbeiters in leitender Position.

23 Vgl. hierzu statt anderer Matthes (1973), Rödel, Guldimann (1978).

24 In der Regel werden die Begriffe »Obdachlosigkeit« und »Wohnungslosigkeit« synonym verwendet. Gleichwohl existiert mit Bezug auf die amtliche Statistik ein Bedeutungsunterschied: Als »obdachlos« werden jene Personen bezeichnet, die vorübergehend in Notunterkünften untergebracht sind und aus diesem Grunde auch von der amtlichen Statistik erfaßt werden. Als »wohnungslos« gelten hingegen jene Personen, die weder Obdach noch Wohnung haben und insofern »auf der Straße« leben oder aber bei Dritten Unterschlupf gefunden haben.

25 Verfassungsrechtlich ließe sich die Frage stellen, ob der Staat überhaupt ein Mandat zur (Um)Erziehung seiner Bürger hat, verstoßen doch staatliche Maßnahmen zum Aufbau und Erhalt von Sozial- und Arbeitsmoral zumindest gegen das Allgemeine Persönlichkeitsrecht, wie es sich durch die höchstrichterliche Rechtsprechung zu Art. 2 I GG i.V.m. Art. 1 I GG entwickelt hat. Zur Problematik, jedoch mit Bezug auf die staatliche Förderung von Abfallmoral, vgl. Lüdemann (2002).

weichler ›nicht mehr‹ wissen, was sich gehört, und die man deswegen erziehen (beziehungsweise Mores lehren) muß, ist belegt. So wird zum Beispiel in dem »Bericht 2005 der Bundesregierung zur Wirksamkeit moderner Dienstleistungen am Arbeitsmarkt« festgestellt: »Die Bundesagentur für Arbeit ist im Rahmen ihrer Reform im Begriff, ihre Kundinnen und Kunden umzuerziehen. Dabei nimmt sie die Arbeitnehmerkundinnen und -kunden in die Pflicht, sich an vorgegebene Strukturen und Prozesse zu halten.« (BT-Drs. 16/505: 62).²⁵ Eine Sichtweise, die der ehemalige Leiter der Bundesagentur für Arbeit, Florian Gerster, offensichtlich teilt, der in einer Äußerung unmißverständlich zu erkennen gibt, welches Verhalten gegenüber den hilfebedürftigen Arbeitslosen er den Mitarbeitern der Arbeitsverwaltung abverlangt: »Nicht die Auszahlung von Transferzahlungen gehört in den Vordergrund, sondern die erstklassische Assistenz auf dem Weg in einen neuen Job. Dabei dürfen Arbeitslose nicht den Eindruck bekommen, ihr Rechtsanspruch auf die Gewährung von Arbeitslosenunterstützung resultiere allein aus den gezahlten Beitragszahlungen und gestatte ihnen für die Dauer der Bewilligung eine finanziell abgesicherte Auszeit vom Arbeitsleben. Um dieses Mißverständnis aufzuheben, muß eine Betreuung organisiert werden, die mit dem ironischen Begriffspaar ›Fürsorgliche Belagerung‹ treffend beschrieben ist.« (Gerster 2003: 19 f.)

In welcher Weise dies nun auch mit dem Fortentwicklungsgesetz Realität geworden ist, zeigt ein Blick auf einige jener Maßnahmen, von denen man sich eine verbesserte Bekämpfung des vermeintlichen Sozialleistungsmißbrauchs und erhebliche finanzielle Auswirkungen in Form von Einsparungen erhofft. Besondere Aufmerksamkeit wird hierbei dem Sofortangebot (§ 15a SGB II) zukommen, weil sich hinter diesem Instrument anderes verbirgt, als sein sprachlicher Ausdruck einen glauben machen will.

V

Von den Maßnahmen mit einer größeren finanziellen Bedeutung sieht das Fortentwicklungsgesetz unter anderem vor die flächendeckende Einführung von Außen- und Prüfdiensten (Sozialdetektive), eine ebensolche Durchführung automatisierter Datenabgleiche und Datenabfragen und eine regelmäßige telefonische Befragung von SGB-II-Leistungsbeziehern durch private Call-Center. Es wird davon ausgegangen, es seien hierdurch Einsparungen in Höhe von insgesamt rund 1,0 bis 1,3 Mrd. Euro zu erzielen. (vgl. BT-Drs. 16/1410: 36) Da die genannten Maßnahmen ihren repressiven Charakter nicht zu leugnen vermögen, verwundert es nicht, daß diese scharf kritisiert wurden, so zum Beispiel durch die Datenschutzbeauftragten von Bund und Ländern, die das Fortentwicklungsgesetz für datenschutzrechtlich bedenklich halten, weil ohne Zustimmung der Betroffenen die Tätigkeit der Sozialdetektive gegen das grundgesetzlich geschützte Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung nach Art. 13 GG verstoße und die Erweiterung des automatisierten Datenabgleichs einen massiven Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung darstelle (vgl. Datenschutzzentrum 2006). Mit einem geschätzten Betrag von rund 280 Mio. Euro nimmt hinsichtlich

der erwarteten finanziellen Einsparungen das Sofortangebot nicht eine außergewöhnliche Stellung ein. Und doch läßt eine etwas genauere Betrachtung erahnen, welche eminente Rolle dem Instrument im Rahmen der »Verfolgungsbetreuung« zuzukommen vermag, namentlich vor dem Hintergrund der nicht von der Hand zu weisenden Gefahr, seitens der Arbeitsverwaltung zur Unterbreitung von »sinnlosen, auf Abschreckung zielenden Angeboten missbraucht zu werden« (Berlit 2006: 36).

Die Regelung von § 15a SGB II sieht vor, daß jenen hilfesuchenden SGB-II-Neuantragstellern, die in den letzten zwei Jahren vor ihrer Antragstellung keine laufenden SGB-II- oder SGB-III-Geldleistungen bezogen haben, zum Zeitpunkt der Antragstellung unverzüglich, das heißt ohne schuldhaftes Zögern, Leistungen zur Eingliederung in Arbeit angeboten werden sollen. Angesichts der bestehenden Massenarbeitslosigkeit wird es sich hierbei zumeist um die sofortige Zuweisung in eine ein- bis vierwöchige Maßnahme zur Verbesserung der Eingliederungsaussichten nach § 48 ff. SGB III (z. B. Eignungsfeststellung, Bewerbertraining) oder in eine Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung nach § 16 III SGB II (»Ein-Euro-Job«) oder um eine sofortige Vermittlung zu einer Leihbeziehungsweise Zeitarbeitsfirma nach § 37c SGB III handeln. Zu dem von der Regelung betroffenen Personenkreis, er umfaßt schätzungsweise etwa 750 000 Antragsteller ohne vorherigen Leistungsbezug (vgl. BT-Drs. 16/1410: 36), dürften in der Regel Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten gehören wie etwa Asylbewerber, Haftentlassene, Obdachlose, psychisch Kranke und Drogenkranke nach stationärem Aufenthalt, aber auch Jugendliche, die von ihren Eltern der gemeinsamen Wohnung verwiesen wurden, frisch getrennte Partner, geschäftlich gescheiterte Selbständige oder Schul- und Hochschulabsolventen ohne Beschäftigungsverhältnis.

In das SGB II aufgenommen wurde § 15a, weil der Gesetzgeber die Ansicht vertritt, die frühzeitige Unterbreitung eines Eingliederungsangebots sei »ein geeignetes Mittel, Hilfebedürftigkeit zu vermeiden bzw. einer länger andauernden Zeit der Hilfebedürftigkeit vorzubeugen sowie die Bereitschaft der Hilfesuchenden zur Arbeitsaufnahme zu überprüfen« (BT-Drs. 16/1410: 21) und damit zur Verhinderung des Leistungsmissbrauchs, wobei er davon ausgeht, daß durch die Sofortangebote circa zehn Prozent des in Rede stehenden Personenkreises, also 75 000 hilfebedürftige Arbeitslose, davon abgehalten beziehungsweise, besser formuliert, abgeschreckt würden, Leistungen nach dem SGB II in Anspruch zu nehmen (vgl. ebd.: 36). Wie der Gesetzgeber zu dieser Ansicht kommt, bleibt allerdings unergründlich, zumal die Bundesregierung anlässlich der Beantwortung einer Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE selbst eingesteht, daß über die Wirkung von Sofortangeboten »kaum empirische Evidenz« (BT-Drs. 16/5192: 5) bestehe, womit sie unter anderem der im Gesetzgebungsverfahren geäußerten Kritik implizit beipflichtet, daß die Erreichung der mit dem Fortentwicklungsgesetz verfolgten fiskalischen Ziele »aus wissenschaftlicher Sicht unsicher« (BT-Ausschuß-Drs. 16(11)258: 46) sei. Auch sei ihr ebensowenig bekannt, wo jene hilfesuchenden Arbeitslosen verbleiben, die durch die Sofortangebote abgeschreckt worden sind (ebd.), was sie gleichwohl

nicht davon abhält, die Auffassung »entschieden zurück[zuweisen]«, daß die betroffenen Personen dadurch in eine »prekäre Lebenssituation« (ebd.: 7) geraten könnten. Eine Position, die angesichts der »Entschiedenheit«, mit der sie vertreten wird, bei einem außenstehenden Betrachter zumindest Verwunderung hervorrufen muß, da die Bundesregierung nach eigenem Bekunden über keinerlei wissenschaftliche Erkenntnisse über die sozialen Folgen der Sofortangebote verfügt. Was mit den betroffenen Personen »mit unbekanntem Verbleib« (ebd.: 5) geschieht, scheint der Bundesregierung offensichtlich gleichgültig zu sein, obwohl die Frage danach sie eigentlich, so sie sich denn diese ernsthaft genug stellen würde, beunruhigen müßten, sei es, weil die Betroffenen elendig dahinvegetieren, Opfer illegaler Arbeitsausbeutung werden oder auf illegale oder zumindest sozial geächtete Reproduktionsmöglichkeiten wie Bettel, Diebstahl, Raub oder Prostitution zurückgreifen. Die gesellschaftlichen Kosten, die derart entstehen, dürften erheblich sein. Denn sie schlagen sich auf lange Sicht nieder »in all den kleinen und großen Gewalttätigkeiten des Alltags« (Bourdieu 2004: 60): in steigender Armut, steigender Kriminalität, in einem allgemeinem Verfall gemeinschaftlich geteilter Werte, kurz in einem Prozeß sich verstärkender sozial desintegrativer und politisch involutiver²⁶ Tendenzen.

26 Als politik- und gesellschaftskritischer Begriff bezeichnet »Involution« die Rückentwicklung demokratischer Systeme, Strukturen und Formen in vor- oder antidemokratische; vgl. hierzu in pointierter Weise die luziden Ausführungen von Agnoli (1974).

Auch wenn das Instrument des Sofortangebots erst mit dem Fortentwicklungsgesetz Eingang in das SGB II gefunden hat, so ist es doch eines, das bereits zuvor praktiziert worden ist, freilich ohne eine entsprechende rechtliche Legitimation. So sah bereits § 3 II SGB II für unter 25jährige Antragsteller die unverzügliche Unterbreitung von Vermittlungsangeboten in Arbeit, Ausbildung oder Arbeitsgelegenheit vor, doch regelte dieser eindeutig, daß die Vermittlungsangebote nicht vor oder statt, sondern erst nach Antragstellung zu unterbreiten sind, was allerdings verschiedene Arbeitsverwaltungen wie beispielsweise die Kieler nicht davon abhielt, per Dienstweisung festzulegen, daß bei persönlicher Vorsprache von unter 25jährigen Antragstellern ohne Berufsausbildung und erwachsenen Hilfebedürftigen diesen »schriftlich das Angebot der Aktivierungsmaßnahme mit Rechtsfolgenbelehrung vor Aushändigung des Antrages unterbreitet« (Stöcken/Stremlau 2005: 2) wird und der Antrag den Betroffenen nur dann auszuhändigen ist, wenn diese das Vermittlungsangebot schriftlich akzeptiert haben. Hier offenbart sich eine Rechtsauffassung, die mit dem Rechtsstaatsprinzip wenig zu tun, und zwar insofern, als die An- oder Aufnahme eines Antrages auf Leistungen von der Annahme eines Vermittlungsangebots abhängig zu machen, »schlicht rechtswidrige Praxis« (Berlit 2006: 35) ist, da § 16 I SGB I i.V.m. § 20 III SGB X nicht nur die Arbeitsverwaltung, sondern generell jede Behörde zur Antragsentgegennahme verpflichtet. Offiziell angestoßen wurde diese rechtswidrige Verwaltungspraxis durch den damaligen Wirtschafts- und Arbeitsminister Wolfgang Clement, der mit einem Rundschreiben alle ARGE-Geschäftsführer aufforderte, dafür Sorge zu tragen, daß Antragstellern ohne vorherigen Leistungsbezug »bereits bei Antragstellung ein Stellenangebot unterbreitet« (Clement 2005: 3) wird. Daß es Clement hierbei nicht ernsthaft darum ging, »Arbeitslosigkeit bereits im Ansatz zu bekämpfen« (ebenda), verrät der dem Schreiben beige-

fügte und von der Bundesagentur für Arbeit verfaßte Anhang, der die aufschlußreiche Überschrift »Empfehlungen zur Vermeidung/Aufdeckung ungerechtfertigter Leistungszahlungen« trägt.

Mit dem Fortentwicklungsgesetz ist nun für diese rechtswidrige Verwaltungspraxis zumindest teilweise eine entsprechende Rechtsgrundlage geschaffen worden. Dies bedeutet jedoch mitnichten, wie etliche Beispiele belegen, daß sich die Arbeitsverwaltung seither bei der administrativen Umsetzung von § 15a SGB II an geltendes Recht halten würde. Im Gegenteil. So ist zum Beispiel dem »Geschäftsbericht 2007« der *ARGE für die Stadt Koblenz* zu entnehmen, daß sie rechtswidrigerweise »den Personenkreis des § 15a SGB erweitert [hat; M. W.]. Alle erwerbsfähigen Personen, die einen Neuantrag stellen, erhalten ein solches Sofortangebot ab Oktober 2006.« (*ARGE Koblenz 2008: 12*) Bei dem seit September 2007 laufenden Projekt »Sofortangebot plus« des *Stuttgarter Jobcenter* wird, auch hier wieder unrechtmäßigerweise, jeder Neuantragsteller bereits am darauffolgenden Tag zu einem sogenannten Sozialunternehmen geschickt, das ihn sofort in eine vierwöchige Arbeitsgelegenheit nebst Begleitangeboten wie etwa Bewerbertraining vermittelt. Hierzu ließ die Bundesagentur für Arbeit verlauten, daß sie sich bei erfolgreichem Projektverlauf durchaus eine bundesweite Einführung vorstellen könne. (vgl. *Otte 2008*) In Marburg wiederum startete im Januar 2008 das vom *KreisJobCenter Marburg-Biedenkopf* initiierte Projekt »Jobakademie«. Entgegen der Regelung von § 15a SGB II werden alle als erwerbsfähig eingestufte Neuantragsteller unverzüglich der Jobakademie zugewiesen, die über eine Dauer von zwei Monaten zu besuchen Pflicht ist, weswegen unentschuldigtes Fehlen auch mit Leistungskürzungen seitens der Arbeitsverwaltung sanktioniert wird. Während dieser Zeit müssen die Betroffenen an vier Tagen pro Woche jeweils dreieinhalb Stunden »arbeiten«, das heißt an Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Vermittlungschancen teilnehmen, was von dem niederländischen Konsulenten *Dick Vink*, der bei der Projektentwicklung beratend zu Seite stand, mit den Worten »Ihr Job ist es, einen Job zu finden« (*Vink, D.; zit. nach: Huttel 2007*) zynisch beschrieben wird.

Bekannt sind entsprechende Praxen auch aus anderen Kommunen, so zum Beispiel aus Braunschweig, Mainz, Minden, Wolfsburg und auch aus Neumünster, wobei dieser Kommune besondere Aufmerksamkeit zukam, da sie stellvertretend für andere Kommunen herhalten mußte für die von der Fraktion DIE LINKE an die schwarz-rote Bundesregierung gerichtete Kleine Anfrage, weil dort alle Neuantragsteller sofort und ohne Gespräch mit einem Case-Manager als Sofortangebot die Zuweisung zu einem »Ein-Euro-Job« erhalten. In ihrer Antwort kam die Bundesregierung nicht umhin, einzuräumen, daß die Umsetzungspraxis der *ARGE Neumünster* gegen geltendes Recht verstoßen habe, weil unbeachtet blieb, daß die Unterbreitung eines Sofortangebots erstens nur für den in § 15a SGB II genannten Personenkreis in Betracht komme und zweitens nur dann erfolgen könne, wenn zuvor »im Rahmen eines qualifizierten Erstkontaktes grundlegende Feststellungen zu den in § 3 Abs. 1 S. 2 SGB II genannten Leistungsgrundsätzen« (*BT-Drs. 16/5192: 4*) getroffen worden sind, die bei der Auswahl von geeigneten Sofortangeboten zu

27 Wird einem hilfesusuchenden Arbeitslosen nämlich ein Sofortangebot unterbreitet, muß mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit feststehen, daß dieser erwerbsfähig ist, das heißt, daß dieser die Fähigkeit besitzt, »unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig zu sein« (§ 8 I SGB II). Dies festzustellen, kann aber unter Umständen, insbesondere bei psychisch erkrankten oder behinderten Personen zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht möglich sein und ist erst im Rahmen des Feststellungsverfahrens nach § 44a SGB II auf der Grundlage einer gutachterlichen Beurteilung zu entscheiden.

berücksichtigen seien. § 3 I 2 SGB II sieht nämlich vor, daß bei den Leistungen zur Eingliederung in Arbeit insbesondere den folgenden Kriterien Rechnung zu tragen ist: der Eignung, der individuellen und familiären Situation, der voraussichtlichen Dauer der Hilfebedürftigkeit und der Dauerhaftigkeit der Eingliederung. Wenn mithin das Sofortangebot, wie die übrigen Maßnahmen zur Eingliederung in Arbeit auch, entsprechend der Leistungsgrundsätze nach § 3 SGB II geeignet sein muß, die zielgerichtete Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu befördern, dann resultiert daraus aber ein doppeltes Problem. Denn auf der einen Seite kann etwas Sinnvolles nur auf der Grundlage einer entsprechenden Analyse der Umstände des konkreten Einzelfalls angeboten werden, was, wie man weiß, allerdings Zeit erfordert und deswegen im Zeitpunkt der Antragstellung so gut wie nicht realisierbar ist.²⁷ Und auf der anderen Seite wird die Unterbreitung eines sinnvollen Angebotes in Zeiten von und namentlich in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit nicht der Regelfall sein können. Vor diesem Hintergrund verwundert denn auch nicht, daß den Betroffenen zumeist keine existenzsichernde Erwerbsarbeit angeboten wird, sondern daß ihnen statt dessen droht, an einem Bewerbertraining oder an Maßnahmen zur Überprüfung der Arbeitswilligkeit teilnehmen zu müssen oder in einen »Ein-Euro-Job« zugewiesen oder in prekäre Arbeitsverhältnisse wie Zeitarbeit vermittelt zu werden. Wie dem auch sei: Trotz des eklatanten Rechtsbruchs durch die ARGE Neumünster, den die Bundesregierung aufgrund der parlamentarischen Anfrage nicht mehr totschweigen konnte, spielte sie das Problem des durch die Arbeitsverwaltung begangenen Rechtsbruchs herunter, indem sie meint, feststellen zu müssen, sie gehe davon aus, »dass die dargestellte Umsetzungspraxis [...] nicht repräsentativ für die flächendeckende Nutzung dieses Eingliederungsinstrumentes« (BT-Drs. 16/5192: 2), des Sofortangebots, sei.

Von besonderer Anstößigkeit ist schließlich die Umsetzungspraxis der *Rhein-Main-Jobcenter GmbH* (RMJ) genannten ARGE der Stadt Frankfurt am Main, die anlässlich einer Anfrage des DGB Region Frankfurt-Rhein-Main in ihrer brieflichen Antwort vom 5. November 2007 mitteilt, seit Oktober 2006 ein Sofortprogramm für § 15a SGB II vorzuhalten, das eine »Angebotsstruktur« vorsehe, die »die Kunden ›sofort‹, schon bei der ersten Vorsprache, einem Betreuungs- und Integrationsprozess« zuführe »mit dem Ziel, Hilfsbedürftigkeit zu vermeiden, einem längeren Leistungsbezug vorzubeugen sowie die Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme zu prüfen« (Czernohorsky 2007: 1). Das Sofortangebot sieht unter anderem vor die »sofortige Vermittlung zu einer Zeitarbeitsfirma«, die »Zuweisung in ein assistiertes Jobcoaching« und die »Zuweisung in AGH« (ebd.), das heißt zu einem »Ein-Euro-Job«, wobei das Sofortangebot »geöffnet« worden sei »für alle Neukunden, die vom SGB III in das SGB II wechseln sowie einen Neu- oder Folgeantrag auf ALG II stellen« (ebd.). Inwiefern diese Praxis eine, wie die RMJ behauptet, »entsprechend der gesetzlichen Vorgabe« (ebd.) sei, vermag der etwas juristisch informierte Kopf sich allerdings nicht zu erschließen, wird doch sowohl verstoßen gegen das Kriterium ›Personenkreis‹ nach § 15a SGB II als auch gegen die Eingliederungskriterien gemäß § 3 I 2 SGB II. Dies wirft allerdings die Frage auf, ob auf

Seiten der RMJ ein qualifikatorisches Kompetenzdefizit besteht, das heißt, um es anders zu formulieren, ob man dort über nur unzulängliche Rechtskenntnisse verfügt. So dies der Fall wäre, wäre dies wegen der damit verbundenen Konsequenzen hinsichtlich der Lebenssituation der Betroffenen, aber auch im Hinblick auf das Prinzip der Rechtssicherheit jedoch nicht hinnehmbar. Denkbar wäre freilich auch, und dies scheint angesichts des strukturell gegebenen Wissensvorsprungs infolge der institutionellen Nähe der Arbeitsverwaltung zum Prozeß der parlamentarischen Rechtsbildung und richterlichen Rechtsfortbildung wahrscheinlicher, daß die Arbeitsverwaltung aufgrund ihres Wissens- und damit auch Herrschaftsvorsprungs glaubt, ihre Klienten beziehungsweise deren Interessenvertreter für dumm verkaufen zu können.

Zur Unterstützung ihrer Arbeit bedient sich die RMJ, begründet mit einer »Erhöhung der Kundenzahl« (ebd.) und mit Bezug auf § 37 SGB III, Dritter, in diesem Falle der Zeitarbeitsfirma Adecco, einer der größten Global Player der Leiharbeitsbranche, was Klarheit gesprochen bedeutet, daß auf der *einen Seite* immer mehr erwerbsfähige Arbeitslose hilfebedürftig werden und damit auf Existenzsicherungsleistungen nach dem SGB II angewiesen sind und daß auf der *anderen Seite* sich die Arbeitsverwaltung mit der Bearbeitung dieses Problems überfordert und deswegen aufgefordert sieht, Dritte einzuschalten, von denen sie annimmt, sie könnten einen Beitrag leisten zur Erreichung des oben genannten Ziels: »Hilfsbedürftigkeit zu vermeiden, einem längeren Leistungsbezug vorzubeugen sowie die Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme zu prüfen« (ebd.). Die RMJ nimmt hierbei von Adecco als Dienstleistung das »Anbieten eines konkreten Arbeitsplatzes« als auch die Zuweisung zu einem »assistierten Jobcoaching« (ebd.: 2) in Anspruch, wobei Adecco allein für das Jobcoaching die Zahlung einer Pauschale für 60 Personen pro Monat durch die RMJ garantiert wird. Ausdrücklich zu denken in diesem Zusammenhang gibt überdies, daß, *erstens*, die RMJ erwerbsfähige Hilfebedürftige per »Einladung« auffordert, sich bei Adecco vorzustellen und daß sie hierbei versucht, die Betroffenen gezielt irrezuführen, indem sie diese mit Verweis auf § 59 SGB II i.V.m. § 309 SGB III glauben machen will, daß das Nichtwahrnehmen der »Einladung« eine sanktionsbewehrte Verletzung der Meldepflicht darstelle. (Schriftliche Mitteilung eines Betroffenen vom 13. März 2008) Dies ist jedoch, wie der Spruchpraxis der Sozialgerichte zu entnehmen ist, nicht der Fall. So führt zum Beispiel das Sozialgericht Hamburg hierzu aus: »Rechtmäßig ist nur die Aufforderung, sich bei einer gesetzlich vorgesehenen Meldestelle (ARGE oder die zur Durchführung einer Untersuchung vorgesehenen Ärzte und Psychologen) zu melden. Ein versäumter Termin bei einem privaten Maßnahmeträger [...] ist keine Meldepflichtverletzung nach § 59 SGB II i.V.m. § 309 SGB III.« (SG Hamburg – S 17 AS 101/07 ER vom 29. Januar 2007) Nicht weniger bemerkenswert ist, *zweitens*, daß es sich bei Adecco um ein Unternehmen handelt, das nicht nur mit einem Büro in den Räumen der RMJ residiert, sondern daß auch den ehemaligen Wirtschafts- und Arbeitsminister Wolfgang Clement davor bewahrte, arbeitslos, wenn auch nicht hilfebedürftig zu werden, indem es ihn nach seinem Ausschei-

den aus der rot-grünen Bundesregierung zum Vorsitzenden des Adecco-Institute, einer von Adecco finanzierten Forschungseinrichtung zum Thema Arbeit, berief, um ihm, gewissermaßen wie auch den Hartz-IV-Betroffenen, eine »zweite Chance« zu geben, als »wissenschaftlicher Experte« und Lobbyist für Zeitarbeit seine Vorstellungen über die Zukunft der Zeitarbeit zu Nutz und Frommen von Adecco und den Neuantragstellern bei RMJ umzusetzen, nämlich den Anteil der Zeitarbeiter an allen Beschäftigten von 1,7 auf fünf Prozent nahezu zu verdreifachen. (vgl. Paetz 2006)

Auch wenn im Gegensatz zu der flächendeckenden Einführung von Sozialdetektiven, einer ebensolchen Durchführung automatisierter Datenabgleiche und abfragen und der regelmäßigen telephonischen Überprüfung der faktischen Verfügbarkeit der Hartz-IV-Betroffenen der repressive Charakter des Sofortangebots nicht auf den ersten Blick offen zutage tritt, so läßt die Beantwortung der Kleinen Anfrage durch die Bundesregierung trotz deren Klassifizierung der Neumünsteraner Praxis als Rechtsverstoß summa summarum erkennen, daß sie die mit dem § 15a SGB II geschaffenen Sofortangebote grundsätzlich als Instrument zur Abschreckung potentieller Leistungsberechtigter befürwortet. »Die Bundesregierung sieht keine Notwendigkeit, durch gesonderte Maßnahmen und Schritte auf die Umsetzung der Sofortangebote Einfluss zu nehmen.« (BT-Drs. 16/5192: 5) Und auch die vorgetragenen Beispiele zeigen deutlich, worauf das SGB-II-Fortentwicklungsgesetz setzt: fast ausschließlich auf Abschreckung und Sanktionen, kurz auf eine Fortentwicklung der Verfolgungsbetreuung, um den erwerbsfähigen hilfebedürftigen Arbeitslosen den erstmaligen oder fortgesetzten Zugang zu den Existenzsicherungsleistungen zu verwehren.

VI

Indem die meisten Regelungen des Fortentwicklungsgesetzes dem Ziel der (Wieder)Eingliederung in den Ersten Arbeitsmarkt so gut wie keine Aufmerksamkeit schenken, sondern statt dessen als Instrumente zum flächendeckenden Test der Arbeitsbereitschaft von einem nicht auf den Einzelfall bezogenen Generalverdacht auf Leistungsmissbrauch ausgehen, dem »energisch und konsequent entgegen[zu]treten« (Bundesregierung 2005: 35) sei, in eben diesem Sachverhalt kommt recht deutlich zum Ausdruck, daß es den politisch Verantwortlichen, aber auch ihren willigen und übereifrigen behördlichen Vollstreckern, nicht um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geht, sondern um die der Arbeitslosen. Dies hat einen zu beunruhigen, weil es in fataler Weise erinnert an das politische Denken des konservativen Staatsrechtlers *Carl Schmitt*, der den Normalfall des Staates als Ausnahmezustand zu erklären sucht und hierbei der spezifisch politischen »Unterscheidung von *Freund* und *Feind*« (Schmitt 1963: 26) eine existentielle Bedeutung zumißt.

Schmitts »bis zur Kenntlichkeit entstell[er]« (Preuß 1994: 129) und durch den »äußersten Intensitätsgrad einer [...] Dissoziation« (Schmitt 1963: 27) charakterisierter Begriff des Politischen beruht auf der Überlegung, daß es Aufgabe jedes normalen Staates sei, »innerhalb des Staates und seines Territoriums eine vollständige Be-

friedung herbeizuführen, ›Ruhe, Sicherheit und Ordnung‹ herzustellen«, was in »kritischen Situationen« dazu führe, daß der »Staat als politische Einheit von sich aus [...] auch den ›inneren Feind‹ bestimmt. In allen Staaten gibt es deshalb in irgendeiner Form [...] schärfere oder mildere, ipso facto eintretende oder auf Grund von Sondergesetzen justizförmig wirksame, offene oder in generellen Umschreibungen versteckte Arten der Ächtung, des Bannes, der Proskription, Friedloslegung, *hors-la-loi*-Setzung, mit einem Wort: der innerstaatlichen *Feinderklärung*.« (ebenda: 46 f.) Da der Ausnahmezustand jener Zustand sei, in dem die prinzipiell permanent vorhandene Gefahr abgewendet werden muß, wird folgerichtig der Ausnahmezustand zum Normalfall des Staates und die innerstaatliche Feinderklärung für den Staat schlechthin konstitutiv, wobei für *Schmitt* der politische Feind weder »moralisch böse« noch »ästhetisch häßlich« ist, sondern »der andere, der Fremde« (ebenda: 27), derjenige, »gegen den eine *Fehde* geführt« wird oder der einfach nur bestimmt ist »negativ [...] als *Nicht-Freund*« (ebenda: 104 f.).

Wenn, wie Kirchheimer feststellt, jedes politische Regime seine Feinde hat oder sie zu gegebener Zeit produziert (vgl. Kirchheimer 1985: 21), dann stellt sich die Frage, wer jeweils konkret die Feinde sind. Allgemein ließe sich formulieren: Minderheiten, ganz gleich, ob es sich um rassische, ethnische, kulturelle, religiöse, politische oder auch soziale handelt. So waren es in der Zeit des Nationalsozialismus vornehmlich die Juden, während der sogenannten Rekonstruktionsperiode nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hauptsächlich die Kommunisten und in der Phase der keynesianischen Globalsteuerung ab 1967 vor allem die ›Neue Linke‹. Und heute, das heißt seit dem Ende des »kurzen Traum[s] immerwährender Prosperität« (Lutz 1984) und der seit den 1980/90er Jahren immer durchgreifender sich vollziehenden neoliberalen Restrukturierung der Gesellschaft? Nicht die Juden, sind diese doch seit dem Holocaust als Israelis Freunde geworden. Die Kommunisten auch nicht, da diese nach dem Zerfall der staatssozialistischen Gesellschaften zu veritablen Geschäftspartnern avancierten. Und die Neue Linke erst recht nicht, seit sie nach dem »Marsch durch die Institutionen« (Dutschke) gesellschaftsfähig geworden in den Sesseln der Macht Platz genommen hat. Also sind es, wofür etliches zu sprechen scheint, jene, die sich »sozialschädlich« oder »gemeinschaftsgefährdend« verhalten: die auf sozialstaatliche Existenzsicherungsleistungen angewiesenen erwerbsfähigen Arbeitslosen, deren Makel nicht darin besteht, daß sie ohne Arbeit sind, sondern daß sie es sind oder (unterstelltermaßen) sein wollen, obwohl sie es sich nicht leisten können, da sie keine Einkünfte haben, die es ihnen erlauben, den Lebensunterhalt ohne Arbeit zu bestreiten. Damit schädigen sie die Gemeinschaft der Bürger, der »Anständigen« (BMWA 2005), die, weil sie Steuern und Sozialabgaben zahlen und Existenzsicherungsleistungen nicht benötigen, »Vorrang« (ebd.) genießen und ein Anrecht darauf haben, daß der Staat sie vor »Drückebergern«, »Faulenzern« und »Sozialschmarotzern« schützt. Mit anderen Worten: Heutzutage gilt derjenige als Feind, von dem angenommen wird, daß er sich seinem Erwerbsleben und der ihr korrespondierenden Haltung abwendend und durch seine Verweigerung zu arbeiten, sich außerhalb

der Gemeinschaft stelle. Denn er setze so an die Stelle der Wertordnung der anständigen Bürger seine eigene, ein Verhalten, das von diesen als verächtlich und nicht hinnehmbar angesehen wird, insbesondere dann, wenn man die Bürger im Rahmen einer psychologischen Kriegsführung ganz nach der Maxime »Es ist nicht wichtig, ob das, was behauptet wird, wahr ist, es ist nur wichtig, ob, was behauptet wird, wirkt.« von der vorgeblichen Sozialschädlichkeit zu überzeugen vermochte. Mithin kann die »innerstaatliche Feinderklärung [...] auf propagandistische Vorbereitung und Begleitung nicht verzichten« (Brückner/Krovoza 1976: 61).

Vor diesem Hintergrund wird begreiflich, warum es nicht zufälligerweise im Vorfeld der Verabschiedung der »Hartz I-IV-Gesetze« und des SGB-II-Fortentwicklungsgesetzes zu einer Mißbrauchsdebatte kam, die mit den Worten des seinerzeitigen Bundeskanzlers Gerhard Schröder »Wer arbeiten kann, aber nicht will [also der Feind; M. W.], der kann nicht mit Solidarität [der anständigen Bürger; M. W.] rechnen. Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft!« (Schröder 2001)²⁸ im April 2001 in Gang gesetzt wurde und ihren vorerst letzten traurigen Höhepunkt im Mai 2005 fand in der unsäglichen, vom vormaligen Wirtschafts- und Arbeitsminister Wolfgang Clement zu verantwortenden Mißbrauchskampagne, in der auf der Grundlage ausgewählter und entstellter Einzelfälle von Sozialleistungsmißbrauch, weil das Sensationelle und Unglaubliche beeindruckt und verfängt, Arbeitslose²⁹ pauschal der »Abzocke« (BMWA 2005: passim) bezichtigt und expressis verbis als »Parasiten« (ebd.: 10) bezeichnet wurden, eine Kategorisierung, die vorzunehmen in bezug auf Menschen sich vor allem wegen ihrer Nähe zur Propagandasprache des Nationalsozialismus (vgl. unübertroffen Klemperer 1969)³⁰ verbietet, die sich aber, wie ersichtlich, nichtsdestoweniger einer gewissen Beliebtheit erfreut, weil sie ein probates Mittel zu sein scheint, das Problem der »propagandistischen Präparierung der Feinderklärung« zu lösen: die Sichtbarmachung, Identifikation und insbesondere die »Versinnlichung der Teilpopulation, die ausgegrenzt und ausgebürgert werden soll« (Brückner/Krovoza 1976: 61).

Wenn der ehemalige Wirtschafts- und Arbeitsminister Wolfgang Clement von »Parasiten« spricht, so verdichten sich darin Vorstellungen, die weit über den Rahmen der Mißbrauchsdebatte hinausweisen, insofern sie nicht konsequenzlos an Carl Schmitts Freund-Feind-Metaphorik und an Alfred Rosenbergs Rassenideologie anknüpfen. Ermöglicht wird nämlich dadurch, im schlimmsten Falle, die unter Generalverdacht des Leistungsmißbrauchs gestellten Arbeitslosen zu biologisieren, womit man ihnen das Recht abspricht, wie Menschen behandelt zu werden. Denn Ungeziefer hat keine Rechte, weil auf dieses die Anwendung der für Menschen gemachten Rechte nicht möglich ist. Im minder schlimmen Falle werden die Arbeitslosen »bloß« kriminalisiert, was es erlaubt, sich mit ihren berechtigten Ansprüchen auf sozialstaatliche Unterstützung nicht ernsthaft auseinanderzusetzen zu müssen. In jedem Falle erlaubt es, gegen diese angeblich das Gemeinwohl schädigenden innerstaatlichen Feinde mit aller Härte und »Null-Toleranz« (vgl. Hansen 1999) vorzugehen, und zwar völlig legitim, wie meist fälschlicherweise aufgrund des poli-

28 Daß Gerhard Schröder sich hier nicht als ein kritischer Leser von Lafargues Streitschrift »Das Recht auf Faulheit« zu erkennen geben wollte, wird allein schon daran deutlich, daß Lafargue das Recht auf Faulheit nicht als ein absolutes konzipiert, sondern mit der Vorstellung der Verkürzung des Arbeitstags auf maximal drei Stunden verknüpft. (vgl. Lafargue 1978: 37 f.) Für Schröder taugt »Faulheit« bloß als Denunziationsvokabel, mit der ein Bild vom Arbeitslosen als fideler Müßiggänger gezeichnet werden soll, ein Bild, das spätestens seit der klassischen Studie von Jahoda et al. (1975) aus den 1930er Jahren über »Die Arbeitslosen von Marienthal« Lügen gestraft wird. Zwar werden, weil sozialpolitisch teilweise »abgefedert«, die psycho-sozialen Belastungen heutzutage als geringer eingestuft. Dies heißt aber nicht, daß sie gänzlich verschwunden wären. Auch heute leidet ein beträchtlicher Teil der Arbeitslosen unter Minderwertigkeitsgefühlen, Identitätsstörungen und verstärkten oder vermehrten psycho-somatischen Beschwerden. (vgl. hierzu etwa Brinkmann 1984)

tisch und massenmedial hergestellten gesellschaftlichen Klimas der Diffamierung von Arbeitslosen als »Sozialschmarotzer« oder »Parasit« unterstellt wird.

Sind infolge der Mißbrauchsdebatte der normative Grundkonsens in der Gesellschaft im Hinblick auf die Gewährung existenzsichernder sozialstaatlicher Leistungen unterminiert und die Arbeitslosen erst einmal als Sündenböcke markiert, denen als »Störer« all jenes angelastet werden kann, was von der Bevölkerung als Mißstand empfunden wird, so sinkt die Hemmschwelle, die Arbeitslosen als mit Rechten ausgestattete Personen wahrzunehmen und zu behandeln. Der seitens der Politik induzierte Abbau verfahrensrechtlicher Garantien wie die Abschaffung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs gemäß § 39 SGB II spricht hier eine ebenso eindeutige Sprache wie die in Angriff genommene Einführung von Sozialgerichtsgebühren und der Anwaltpflicht vor den Landessozialgerichten oder die geplante Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen zur Bewilligung der Prozeßkostenhilfe oder die beabsichtigte Abkehr vom Amtsermittlungsprinzip. (vgl. Jäger 2007) Und es wäre ein Wunder, wenn die Verwaltung von dieser Entwicklung ausgenommen bliebe. Im Gegenteil, aufgrund der fortgesetzten, zum Teil eklatanten Mißachtung von Recht und Gesetz durch die Arbeitsverwaltung, wofür die Klagewelle vor den Sozialgerichten nur ein Indiz ist (vgl. Kuhr 2008), kann man sich nicht des Eindrucks erwehren, deren Personal wähte sich im Besitz eines Freibriefs, der es ihnen erlaubt, Arbeitslose als »Menschen zweiter Klasse« zu behandeln.

Die gesellschaftspolitischen Auswirkungen dieser von Politik und Verwaltung auf der Grundlage der hoheitlich institutionalisierten Mißbrauchsvermutung und der offenkundigen Gleichgültigkeit gegenüber Rechtsverstößen zu verantwortenden Erniedrigung und Ausgrenzung der Arbeitslosen zeigen sich nicht nur in einer massiven Verletzung des Sozialstaatsgebots, die Würde des Menschen zu schützen, sondern auch in einer schleichenden Zersetzung der Demokratie. Denn solange die Grundwerte des Bürgerstatus für eine Kategorie von Menschen außer Kraft gesetzt werden, so daß diese nicht ein Leben frei von elementarer Not und Furcht leben können, bewirkt dies eine Untergrabung der Demokratie, weil erst durch die Gewährung sozialer Grundrechte das Wahrnehmen auch der bürgerlichen und politischen Grundrechte materiell abgesichert wird (vgl. Marshall 1982). Andernfalls »bleiben Verfassungsrechte«, so der Altliberale Ralf Dahrendorf, von dem man wahrlich nicht sagen kann, er sei ein Systemkritiker, »ein leeres Versprechen, ja schlimmer, sie werden zum zynischen Vorwand, hinter dem sich die Tatsache des Schutzes vor Privilegien verbirgt« (Dahrendorf 1994: 66). Vor diesem Hintergrund ist es durchaus statthaft, die für Hartz IV Verantwortlichen in Politik und Verwaltung zwar nicht unbedingt im verfassungsrechtlichen, aber doch im politischen Sinne als die wahren Staats- oder besser Verfassungsfeinde zu bezeichnen, weil sie aktiv dazu beitragen, den Weg in eine andere Republik zu ebnen, eine Republik, der das Prädikat »sozialer Rechtsstaat« fürderhin kaum noch ernsthaft zugesprochen werden kann. Hiergegen Widerstand zu leisten, ist nicht nur legitim, sondern geradezu geboten, weil die in Art. 20 I GG niedergelegten grundlegenden Prinzipien

29 Des Mißbrauchs bezichtigt werden jedoch nicht nur die Arbeitslosen, sondern auch die als »Helfershelfer« und »windige Ratgeber« (BMW A 2005: 19, 22) titulierten Berater, die, wie z. B. Roth, Thomé (2005), es sich zur Aufgabe gemacht haben, Hilfesuchenden in prekären materiellen Lebenslagen wie Arbeitslosigkeit oder Armut durch Information und Beratung zu ihrem Recht zu verhelfen.

30 »Aber Sprache dichtet und denkt nicht nur für mich, sie lenkt auch mein Gefühl, sie steuert mein ganzes seelisches Wesen, je selbstverständlicher, je unbewußter ich mich ihr überlasse. [...] Worte können sein wie winzige Arsendosen: sie werden unbemerkt verschluckt, sie scheinen keine Wirkung zu tun, und nach einiger Zeit ist die Giftwirkung doch da.« (Klemperer 1969: 23)

für die rechtliche und organisatorische Gestaltung des bundesrepublikanischen Staates aufgrund ihrer »Ewigkeitsgarantie« nach Art. 79 III GG in ihrem Wesensgehalt unabänderbar und damit auch nicht politisch disponibel sind.

Literatur

- Agnoli (1974) – Johannes Agnoli: Die Transformation der Demokratie, in: ders./Brückner, P. Die Transformation der Demokratie, Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt, S. 5-87
- Alber (1982) – Jens Alber: Vom Armenhaus zum Wohlfahrtsstaat. Analysen zur Entwicklung der Sozialversicherung in Westeuropa, Frankfurt/New York: Campus
- Alber et al. (1998) – Jens Alber/Christina Nübel/Martin Schölkopf: Sozialstaat/Soziale Sicherheit, in: Schäfers, B./Zapf, W. (Hrsg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Opladen: Leske + Budrich, S. 622-632
- ARGE Koblenz (2008) – Arbeitsgemeinschaft für die Stadt Koblenz: Geschäftsbericht 2007, Koblenz: Mimeo, 2008
- Aust/Müller-Schoell (2007) – Judith Aust/Till Müller-Schoell: Vom Mißbrauch einer Debatte, in: Rudolph, C./Nieckant, R. (Hrsg.), Hartz IV – Zwischenbilanz und Perspektiven, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 46-65
- Bartelheimer/Reis (2001) – Peter Bartelheimer/Claus Reis: Beratung als Dienstleistung in der Sozialhilfe: das »Modellprojekt Sozialbüros«, in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, H. 4, S. 122-128
- Beck (2006) – Kurt Beck: »Man muß nicht alles raussholen«. Interview mit Gisela Kirschstein und Nikolaus Blome, in: Die Welt vom 08.06.2006, online unter URL (15.04.2008)
<http://www.welt.de/print-welt/article221925/Man_muß_nicht_alles_rausholen.html>
- Becker (1996) – Thomas Becker: Armut in Deutschland: Das Märchen vom Sozialmißbrauch, in: Sozialcourage, H. 2, S. 4-8
- Becker/Hauser (2005) – Irene Becker/Richard Hauser: Dunkelziffer der Armut. Ausmaß und Ursachen der Nicht-Inanspruchnahme zustehender Sozialhilfeleistungen, Berlin: edition sigma
- Berlit (2003) – Uwe Berlit: Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Bemerkungen zu den Gesetzesentwürfen von Bundesregierung und hessischer Landesregierung für ein neues SGB II und SGB XII, in: info also, H. 5, S. 195-208
- Berlit (2006) – Uwe Berlit: Sanktionen – sozialrechtliche Vorgaben, in: Siemon, H. (Red.), Fachtagungen Netzwerk SGB II. Fachtagung 1: Erfahrungen aus der lokalen Umsetzung des SGB II – Strukturen, Leistungsprozesse, Handlungsbedarfe, 3.-4. Mai 2006 Leipzig, Offenbach: Verein Beschäftigungspolitik:kommunal e.V., 2006, S. 25-38
- Bourdieu (2004) – Pierre Bourdieu: Gegenfeuer, Konstanz: UVK
- BMWA (2005) – Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit: Vorrang für die Anständigen – gegen Mißbrauch, »Abzocke« und Selbstbedienung im Sozialstaat. Ein Report vom Arbeitsmarkt im Sommer 2005, online unter URL (21.12.2005)
<http://www.harald-thome.de/media/files/Gesetzestexte%20SGB%20II%20+VVO/Gesetzestexte%20SGB%20XII%20+VVO/Seminare/Clement/Sozialmißbrauch_Bericht_BMWA.pdf>
- Brinkmann (1976) – Christian Brinkmann: Finanzielle und psycho-soziale Belastungen während der Arbeitslosigkeit, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, H. 4, S. 397-413
- Brückner/Krovoza (1976) – Peter Brückner/Alfred Krovoza: Innerstaatliche Feinderklärung in der BRD, 2. Aufl., Berlin (BRD): Wagenbach
- Bundesregierung (1999) – Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland: Moderner Staat – Moderne Verwaltung. Leitbild und Programm der Bundesregierung, online unter URL (05.10.2004)
<<http://www.staat-modern.de/static/archiv/programm/index.html>>
- Bundesregierung (2005) – Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland: Gemeinsam für Deutschland. Mit Mut und Menschlichkeit. Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD, online unter URL (10.05.2006)
<<http://www.cducsu.de/upload/koavertrag0509.pdf>>
- Clement (2005) – Wolfgang Clement: Schreiben an die Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaften vom 03.06.2005, Berlin, online unter URL (16.03.2008)
<http://www.tacheles-sozialhilfe.de/aktuelles/2005/Brief_ARGEN.pdf>
- Czernohorsky (2007) – Claudia Czernohorsky: Schreiben an Harald Fiedler, Vorsitzender DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main vom 05.11.2007
- Dahme et al. (2003) – Heinz-Jürgen Dahme/Hans-Uwe Otto/Achim Trube/Norbert Wohlfahrt (Hrsg.): Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat, Opladen: Leske + Budrich
- Dahrendorf (1994) – Ralf Dahrendorf: Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit, München: dtv
- Datenschutzzentrum (2006) – Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein: Arbeitssuchende unter Generalverdacht. Pressemitteilung vom 26.05.2006, online unter URL (04.03.2008)
<<http://www.datenschutzzentrum.de/presse/20060526-arbeitssuchende.htm>>
- Esping-Andersen (1990) – Gösta Esping-Andersen: The Three Worlds of Welfare Capitalism, Cambridge: Polity Press
- Ewald (1993) – François Ewald: Der Vorsorgestaat, Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Flora et al. (1977) – Peter Flora/Jens Alber/Jürgen Kohl: Zur Entwicklung der westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten, in: Politische Vierteljahresschrift, H. 4, S. 702-772
- Gerster (2003) – Florian Gerster: Arbeit ist für alle da. Neue Wege in die Vollbeschäftigung, München: Propyläen
- Giddens (1997) – Anthony Giddens: Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie, Frankfurt/M.: Suhrkamp

- Giddens (1999) – Anthony Giddens: Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, 2. Aufl., Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Giddens (2001) – Anthony Giddens: Die Frage der sozialen Ungleichheit, Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Günther (2002) – Klaus Günther: Zwischen Ermächtigung und Disziplinierung. Verantwortung im gegenwärtigen Kapitalismus, in: Honneth, A. (Hrsg.), Befreiung aus der Mündigkeit. Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus, Frankfurt/New York: Campus, S. 117-139
- Hansen (1999) – Ralf Hansen: Eine Wiederkehr des ›Leviathan‹? Starker Staat und neue Sicherheitsgesellschaft. ›Zero Tolerance‹ als Paradigma ›Innerer Sicherheit‹?, in: Kritische Justiz, H. 2, S. 231-253
- Henkel/Pavelka (1981) – Heiner Henkel/Franz Pavelka: Nur 97 Prozent sind anständig – Zur Mißbrauchsdebatte sozialer Leistungen, in: Soziale Sicherheit, H. 3, S. 65-70
- Hombach (1998) – Bodo Hombach: Aufbruch. Die Politik der Neuen Mitte, München/Düsseldorf: Econ
- Huttel (2007) – Katrin Huttel: »Ihr Job ist es, einen Job zu finden.« Langzeitarbeitslose müssen künftig an vier Tagen pro Woche halbtags die Jobakademie besuchen, in: Oberhessische Presse vom 08.12.2007
- Jäger (2007) – Frank Jäger: Arme als Bürger zweiter Klasse? Werden Bezieherinnen und Bezieher von staatlichen Fürsorgeleistungen künftig ihre Rechte noch verfolgen und wirksam durchsetzen können?, online unter URL (28.02.2008) <http://www.tacheles-sozialhilfe.de/aktuelles/2007/buerger_zweiter_klasse.aspx>
- Jahoda et al. (1975) – Marie Jahoda/Paul F. Lazarsfeld/Hans Zeisel: Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit. Mit einem Anhang zur Geschichte der Soziographie, Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Jessop (1994) – Bob Jessop: Veränderte Staatlichkeit. Veränderungen von Staatlichkeit und Staatsprojekten, in: Grimm, K. (Hrsg.), Staatsaufgaben, Baden-Baden: Nomos, S. 43-73
- Kaufmann (2003) – Franz-Xaver Kaufmann: Varianten des Wohlfahrtsstaats. Der deutsche Sozialstaat im internationalen Vergleich, Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Kirchheimer (1985) – Otto Kirchheimer: Politische Justiz. Verwendung juristischer Verfahrensmöglichkeiten zu politischen Zwecken, Frankfurt/M.: Fischer
- Klein (2008) – Beate Klein: Willkürliche Schikanen: Wie Behörden Hartz IV-Empfänger um ihre Ansprüche bringen, in: Report Mainz, Sendung vom 25.05.2008, 21.45 Uhr, online unter URL (29.05.2008) <<http://www.swr.de/report###>>
- Klemperer (1969) – Victor Klemperer: »LTI«. Die unbewältigte Sprache. Aus dem Notizbuch eines Philologen, München: dtv
- Küster et al. (2003) – Gerhard Küster/Brigitte Fuchs/Franz Mevenkamp (Red.): InTeam. Mitteilungen der ver.di-Fraktionen im BRP und der BJA im Landesarbeitsamt Nordrhein-Westfalen; sowie der ver.di Landesfachgruppe Arbeitsverwaltung, März 2003, online unter URL (03.04.2005) <<http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/zwang/inteam.pdf>>
- Kuhr (2008) – Daniela Kuhr: Klagen gegen Hartz IV. »Die Kurve geht langsam auf den Zenit zu«. Drei Jahre nach dem Start von Hartz IV erreicht die Klageflut gegen die Arbeitsmarktreflexion das Bundessozialgericht, in: Süddeutsche Zeitung vom 29.01.2008, online unter URL (27.04.2008) <<http://www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/256/154853/print>>
- Lafargue (1978) – Paul Lafargue: Das Recht auf Faulheit. Widerlegung des »Rechts auf Arbeit« von 1848, o.O.: Edition Sonne & Faulheit
- Lamping et al. (2002) – Wolfram Lamping/Henning Schridde/Stefan Plaß/Bernhard Blanke: Der Aktivierende Staat. Positionen, Begriffe, Strategien, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, online unter URL (22.07.2004) <<http://www.fesportal.fes.de/pls/portal30/docs/FOLDER/BUERGERGESELLSCHAFT/038.pdf>>
- Leibfried (1976) – Stephan Leibfried: Armutspotential und Sozialhilfe in der Bundesrepublik. Zum Prozeß des Filterns von Ansprüchen auf Sozialhilfe, in: Kritische Justiz, H. 4, S. 377-393
- Lessenich (2003) – Stephan Lessenich: Der Arme in der Aktivgesellschaft – zum sozialen Sinn des »Förderns und Förderns«, in: WSI-Mitteilungen, H. 4, S. 214-220
- Lessenich/Ostner (1998) – Stephan Lessenich/Iloana Ostner (Hrsg.): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive, Frankfurt/New York: Campus
- Lindenberg (2002) – Michael Lindenberg: Aufgeklärte Herrschaft im aktivierenden Staat. Anmerkungen zu den Thesen der Hamburger Sozialsenatorin »zur Zukunft der Sozialen Arbeit in Hamburg«, in: Widersprüche, H. 84, online unter URL (07.06.2004) <<http://www.lichter-der-grossstadt.de/html-Dokumente/Lindenberg-Herrschaft.htm>>
- Lödemel/Trickey (2001) – Ivar Lödemel/Heather Trickey: Ein neuer Vertrag für Sozialhilfe, in: Stelzer-Orthofer, C. (Hrsg.), Zwischen Welfare und Workfare. Soziale Leistungen in der Diskussion, Linz: Sozialwissenschaftliche Vereinigung, S. 123-165
- Lüdemann (2002) – Jörn Lüdemann: Edukatorisches Staatshandeln. Steuerungstheorie und Verfassungsrecht am Beispiel der staatlichen Förderung von Abfallmoral, Baden-Baden: Nomos
- Lutz (1984) – Burkart Lutz: Der kurze Traum immerwährender Prosperität, Frankfurt/New York: Campus
- Marshall (1992) – Thomas H. Marshall: Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates, Frankfurt/New York: Campus
- Martens (2005) – Rudolph Martens: Vermuteter Sozialmissbrauch und gefühlte Kostenexplosion beim Arbeitslosengeld II. Ein Vergleich mit empirischen Befunden zum Missbrauch von Sozialhilfe, in: Soziale Sicherheit, H. 11, S. 358-363
- Martens (2006) – Rudolph Martens: »Zum Leben zu wenig ...«. Für eine offene Diskussion über das Existenzminimum beim Arbeitslosengeld II und in der Sozialhilfe. Neue Regelsatzberechnung 2006, Berlin: Der Paritätische Gesamtverband, online unter URL (14.11.2007) <http://www.der-paritaetische.de/uploads/tx_pdforder/regelsatz-neuberechnung-2006.pdf>
- Marx (1974) – Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, 2. Aufl., Berlin (DDR): Dietz
- Marx (1977) – Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, 1. Band, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 23, 12. Aufl., Berlin (DDR): Dietz
- Matthes (1975) – Joachim Matthes: Sozialarbeit als soziale Kontrolle? (Anmerkungen zu einem umstrittenen Thema), in: Otto, H.-U./Schneider, S. (Hrsg.), Gesellschaftliche Perspektiven

- der Sozialarbeit. Erster Halbband, 3. Aufl., Neuwied/Darmstadt: Luchterhand, S. 107-128
- Mezger/West (2000) – Erika Mezger/Klaus-W. West (Hrsg.): Aktivierender Sozialstaat und politisches Handeln, 2. Aufl., Marburg: Schüren o. A. (2005) - Ohne Autorengabe: Arbeitsamt vermittelt Prostituierte!, in: EMMA, H. Mai/Juni, online unter URL (17.03.2008) <<http://www.emma.de/html>>
- Offe (2002) – Claus Offe: Wessen Wohl ist das Gemeinwohl?, in: Münkler, H./Fischer, K. (Hrsg.), Gemeinwohl und Gemeinsinn. Rhetoriken und Perspektiven sozialmoralischer Orientierungen, Berlin: Akademie Verlag, S. 55-76
- Oschmiansky (2003) – Frank Oschmiansky: Faule Arbeitslose? Zur Debatte über Arbeitsunwilligkeit und Leistungsmissbrauch, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 6/7, S. 10-16
- Otte (2008) – Petra Otte: Hartz-IV-Bezieher auf dem Prüfstand. Stuttgarter Arbeitslose müssen vier Wochen Job-Motivation zeigen – Kritik von Betriebsseelsorger, in: Stuttgarter Nachrichten vom 26.01.2008
- Paetz (2006) – Bertold Paetz: Mehr Leiharbeit wagen, in: Freitag, Nr. 43 vom 27.10.2006, online unter URL (17.03.2008) <<http://www.freitag.de/2006/43/06430503.php>>
- Preuß (1994) – Ulrich K. Preuß: Revolution, Fortschritt und Verfassung. Zu einem neuen Verfassungsverständnis, Frankfurt/M.: Fischer
- Prisching (2000) – Manfred Prisching: Wohlfahrtsstaatliche Ideologien. Über Ideen und Argumente beim Rückbau des Sozialstaates, in: ders. (Hrsg.), Ethik im Sozialstaat, Wien: Passagen, S. 37-130
- Rappaport (1985) – Julian Rappaport: Ein sozialpolitisches Konzept des »empowerment« anstelle präventiver Ansätze, in: Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis, H. 2, S. 257-278
- Rödel/Guldimann (1978) – Ulrich Rödel/Tim Guldimann: Sozialpolitik als soziale Kontrolle, in: Guldimann, T. et al., Starnberger Studien 2. Sozialpolitik als soziale Kontrolle, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 11-55
- Schmidt (1998) – Manfred G. Schmidt: Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich, 2. Aufl., Opladen: Leske + Budrich
- Schmitt (1963) – Carl Schmitt: Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien, Berlin: Duncker & Humblot
- Schröder (2001) – Gerhard Schröder: »Es gibt kein Recht auf Faulheit!«, Interview, in: Bild vom 06.04.2001, online unter URL (21.04.2008) <http://www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/_2001/23/15a.htm>
- Schröder/Blair (1999) – Gerhard Schröder/Tony Blair: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 7, S. 887-896, online unter URL (09.10.2004) <<http://www.blaetter.de/kommenta/dok30799.htm>>
- Spindler (2003) – Helga Spindler: Aktivierende Ansätze in der Sozialhilfe, in: Dahme, H.-J. et al. (Hrsg.), Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat, Opladen: Leske + Budrich, S. 225-246
- Stöcken/Stremlau (2005) – Gerwin Stöcken/Michael Stremlau: Dienstanweisung zur Aktivierungsmaßnahme für Neuantragsteller vom 06.07.2005 des Jobcenter.Kiel, online unter URL (16.03.2008) <http://www.tacheles-sozialhilfe.de/aktuelles/2005/jobcenter_kiel.pdf>
- Trube (2003) – Achim Trube: Vom Wohlfahrtsstaat zum Workfarestaat – Sozialpolitik zwischen Neujustierung und Umstrukturierung, in: Dahme, H.-J. et al. (Hrsg.), Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat, Opladen: Leske + Budrich, S. 177-203
- Trube (2004) – Achim Trube: Die neue deutsche Arbeitsmarktpolitik und der Wandel des Sozialstaats, in: Sozialer Fortschritt, H. 3, S. 62-68
- Viering (2005) – Jonas Viering: Die gefühlte Kostenexplosion, in: Süddeutsche Zeitung vom 27.10.2005, online unter URL (08.04.2008) <<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/artikel/265/63202/print.html>>
- Wagner (o.J.) – Alexandra Wagner: Zur angeblichen Kostenexplosion durch Hartz IV. Die Fakten sagen Anderes, online unter URL (08.04.2008) <<http://www.monapoli.de/Kostenexplosion.pdf>>
- Weber (1991) – Max Weber: Wirtschaftsgeschichte. Abriß der universalen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 5. Aufl., Berlin: Duncker & Humblot
- Wendt (1993) – Bernd Jürgen Wendt: »Sozialstaat« und »Welfare State« – Unterschiedliche Traditionen im Vergleich, in: Lottes, G. (Hrsg.), Soziale Sicherheit in Europa. Renten- und Sozialversicherungssysteme im Vergleich, Regensburg: Physica, S. 29-55
- Zoll (2000) – Rainer Zoll: Was ist heute Solidarität?, Frankfurt/M.: Suhrkamp

ERHARD SCHERNER

Die Fronten gingen durcheinander ...

Ein Interview zu den Auskünften Ludwig
Kroeber-Keneths aus Kronberg über seine
und Alfred Kurellas Reise 1919 nach Sowjetrußland

Ludwig Kröber-Keneth (1899-1980) reiste 1919 aus dem München der bayerischen Räterepublik nach Sowjetrußland, nach Moskau – an der Seite Alfred Kurellas (1895-1975). Von 1975 bis 1980 leitete ich das Alfred-Kurella-Archiv der Akademie der Künste der DDR. Herr Ludwig Kroeber-Keneth entsprach meiner Bitte, ihn aufsuchen zu dürfen, um ihn zu Alfred Kurella und ihrer gemeinsamen Reise nach Räterußland 1919 zu befragen. Mit seinem Einverständnis wurde das Gespräch mit Tonband aufgezeichnet, was die Dokumentation des Textes ermöglichte

Meine Skrupel, den renommierten Psychologen und Unternehmensberater zu dem weit zurückliegenden, von ihm als Jugendirrtum verbuchten Abenteuer, zu interviewen, waren nicht gering.

Für das angebahnte Treffen hatte ich neben Alfred Kurellas Buch »Unterwegs zu Lenin« (1967) und die in Berliner Bibliotheken erreichbaren Schriften Kroeber-Keneths zur Kenntnis genommen, hatte ebenfalls in Leipzigs Deutscher Bücherei die aufschlußreiche autobiographische Schrift »Fetzen aus meinen Tagebüchern« (1976) gelesen. Vorbereitend hatte ich auch ein Gespräch mit dem Regisseur des DEFA-Films »Unterwegs zu Lenin« nach dem gleichnamigen Buch Alfred Kurellas. Günter Reisch übergab mir Szenenfotos, so von Drehplätzen in der Sowjetunion, um sie Herrn Kroeber zu zeigen. Meine Überlegung war: keine Zeit verlieren – der letzte Zeuge, der über die legendäre Reise zu W. I. Lenin Auskunft zu geben vermochte, ist betagt. Womöglich ist er souverän und unabhängig, vielleicht sogar interessiert, die Anfragen »aus Ostdeutschland« zu beantworten. Damals keine Selbstverständlichkeit, als die Bundesrepublik im »Deutschen Herbst« durch die Anschläge der RAF in Atem gehalten wurde. Die Entführung und Ermordung des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hans-Martin Schleyer, lag erst kurze Zeit zurück. Und doch stand die Reise unter einem guten Stern. Der Bitte um einen Gesprächstermin folgte prompt Kroeber-Keneths Einladung in seinen Wohnsitz in Kronberg-Schönberg, Am Eichbühl 5. Das Gespräch fand am 10. und 11. Januar 1978 statt.

Von der Akademie mit dem Notwendigen (Visum, Tagegeld) ausgestattet, traf ich in Frankfurt am Main auf Frau Tilla Kroeber und ihren Gatten, Ludwig Kroeber, der es sich nicht nehmen ließ, seinen fremden Gast abzuholen. Trotz seiner fast 80 Jahre ein hellwacher, ansehnlicher, wiewohl schon etwas leidender Mann. Frau Kroeber, sichtlich jünger als ihr Gatte, bleibt mir als kleine, freundliche, sehr

Erhard Scherner – Jg. 1929, Dr. phil., Germanist, Autor, Lyriker; lebt in Schöneiche bei Berlin. Zuletzt in UTOPIE kreativ: »Junger Etrusker erteilt Unterricht«. Eine Erinnerung an Alfred Kurella (1895-1975), Heft 201/202 (Juli/August 2007).

agile Dame in Erinnerung (und als waghalsige Fahrerin ihres Mercedes). Der Einladung der Familie, erst einmal Frankfurts Goethehaus zu besichtigen, folgte ich gern. Dann ging es zu der vergleichsweise bescheidenen Villa der Kroebers in Kronberg und wenig später zu einem kleinen Auto-Ausflug. Im Tal war schon ein Hauch Frühling, in den Bergen flimmerte Schnee. Zu meiner Verwunderung offerierte mir der Hausherr aus einem im Flur stehenden Schirmständer Spazierstock oder Wanderstab zur Auswahl, zog, als ich zögerte, den erstbesten heraus und, klick!, seine Hand umspannte den Griff einer Stahlklinge. Sichtlich genoß er meine Überraschung, faßte nun ebenso einen zweiten der unverfänglich aussehenden Wanderstöcke. Der gebrechliche ältere Herr wurde plötzlich zum Haudegen.

Bei wem war ich da zu Gast?

Bei dem, der im November 1918 mit einem bayrischen Eliteregiment von der Westfront abgezogen wurde, um zu helfen, in München die Revolution zu ersticken – und der dort noch am Tage der Ankunft in den Soldatenrat gewählt wurde.

Bei dem, den sich Alfred Kurella, der vier Jahre Ältere, auswählte, um mit ihm von der KPD-Zentrale in Berlin über Königsberg, grüne Grenzen zweier baltischer Länder kreuzend, Nachrichten zu den Bolschewiken in Moskau zu bringen.

Bei dem, der als internationalistischer Wachsoldat Dienst im Kreml aufnimmt und von W. I. Lenin als womöglich Kundiger für bayrische Angelegenheiten, aber auch zum nächtlichen Plausch herbeikommandiert wird (wo sonst trifft man einen deutschen Revolutionär aus München, der kein Wort von Marx gelesen hat).

Bei dem, der auf Moskaus Rotem Platz, in Ermangelung eines *echten* Delegierten aus Bayern, nach der Ansprache Lenins am 1. Mai 1919 unter dem Parteinamen Keneth »im Namen der Bayrischen Räterepublik« die Maifeier begrüßt (die »Izvestija« berichtete) – Nikolai I. Bucharin als Übersetzer.

Bei dem, der, von Lenin mit Begleitbrief versehen, sich auf Leo Trotzki's Panzerzug vor Petrograd meldet und in dessen Dienste tritt.

Bei dem, der bei der Rückkehr nach Deutschland in Riga nur knapp der standrechtlichen Erschießung entgeht, am 8. August 1919 wieder in München eintrifft, bald aber auf zwei Jahre hinter bayrischen Gittern weggeschlossen wird. »Schutzhaft« ohne Anklage und Prozeß, um den Vetter nicht zu kompromittieren: den rechtslastigen Diktator im Freistaat, Gustav Ritter von Kahr, der Bayern, vorbildhaft für das übrige Reich, als »Ordnungszelle im Staat« betrachtet.

Ja, bei dem, der im Gefängnis Psychologie studiert und später große Konzernchefs berät, so den Zigarettenkönig Philip F. Reemtsma (1893-1959), den Flugzeugkonstrukteur und Unternehmer Professor Willy Messerschmitt (1898-1978).

Bei diesem Mann, erwartungsvoll, war ich nun Gast.

Die Gespräche waren freimütig, längere Zeit ohne Tonband. Während des Interviews bat Kroeber-Keneth manchmal, das Band abzustellen. Ein einsamer Mensch wollte sich aussprechen. Er schilderte sein ungeselliges Kronberg, in dem man sich in seinem Haus vor Einbrechern barrikadiert und hofft, nicht überfallen zu werden. »Gut ist, stets Licht im Haus zu brennen, besonders wenn man fort-

geht.« Das kannte ich von zu Haus nicht, noch nicht. Er sprach von seinen sportlichen Ambitionen wie von Begegnungen bei einem Besuch in Israel, das sich atomar rüste.

Er erläuterte auch seine Arbeit als Unternehmensberater, die er inzwischen auf eigene Rechnung von Haus aus betreibt. Zwischenherin schrillte das Telefon: Teils erlebte ich, wie er seine Vermittlung herausragender Industriekader organisiert – den Firmen, die eine bestimmte Leitungsfunktion besetzen möchten, sei's Manager, sei's Chefingenieur, entlockt er (durch gezielte Nachfrage) telefonisch Details, wen sie *wirklich* brauchten. Entsprechend verfasste er die Annonce, die Ungeeignete, Glücksritter usw. von vornherein abzuwehren suche. Die ausgefeilte Offerte plaziert er selber für einen bestimmten Tag, eine bestimmte Seite und genaue Stelle, z. B. in der *FAZ*, in entsprechender Aufmachung und Größe, versteht sich. Ich erlebte, sie begleitend, wie die Ehefrau dem telefonisch durchgesagten Text wenige Stunden später mit ihrem Wagen bis nach Frankfurt hinterher fuhr, um noch an der Maschine in der Druckerei die Details zu beaufsichtigen. Das sei schon ungewöhnlich, aber die Redaktion (und der Setzer) hätten sich daran gewöhnt. Er bekomme, sagte Kroeber, trotz eingebauter »Abschreckung« meist über hundert Bewerbungsschreiben. Routine (die Art der Selbstdarstellung, Schrift etc.) ermögliche es ihm, das Gros der Ungeeigneten bei rascher Durchsicht auszulesen. Mit 10 bis 20 Briefen befasse er sich genauer. Bis zu fünf Kandidaten lade er zum persönlichen Gespräch. Mit den aussichtsreichen Zwei fahre er zum Firmensitz und mache seinen Vorschlag. Für den dann Eingestellten – dafür werde er gelöhnt.

Während wir über Alfred Kurella und die junge Sowjetunion sprachen, niemand habe ihn solches bislang gefragt, gewann ich den Eindruck, daß ihn Jugenderinnerung überwältigt. »Es ist gut, daß Sie gekommen sind«, sagte Kroeber-Keneth.

Zum historischen Hintergrund. Kleine Chronik

In der Novemberrevolution, die bereits am *7./8. November 1918* zur Abdankung des ersten Fürstenhauses im deutschen Reichsgebiet, des bayrischen, führte, sind beide, Alfred Kurella, Mitbegründer der Freien Sozialistischen Jugend in München und der jüngere Ludwig Kroeber, involviert.

Am *20. März 1919* begeben sich der in Brieg geborene, im Rheinischen aufgewachsene Alfred Kurella und der Münchener, aus Donau-Wöhrth stammende Ludwig Kroeber, begleitet von einem russischen Ingenieur (als Dolmetscher), auf den Weg nach Moskau, wo sie nach genau einem Monat am *20. April* im Kreml eintreffen. So entgehen sie den aktuellen Münchener Ereignissen, die sie aber, plötzlich fragte Kenner der bayrischen Szene, auf andere Weise wieder einholen.

Am *7./8. November 1918* ruft Kurt Eisner (USPD) in Bayern die Republik aus und verkündet den Freien Volksstaat Bayern. Der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat wählt ihn zum Ministerpräsidenten Bayerns.

12. November 1918: Unterzeichnung des Waffenstillstands mit der Entente, der das Ende des Weltkriegs bedeutet.

Am 12. Januar 1919 muß die USPD bei der Wahl zu einem verfassungsgebenden Landtag gegenüber der SPD eine empfindliche Niederlage hinnehmen. KPD und Anarchisten boykottierten die Wahl.

Kurz vor seiner geplanten Rücktrittserklärung wird Kurt Eisner am 21. Februar 1919 von dem rechtsextremen Anton Graf von Arco auf Valley, auf offener Straße ermordet.

17. März 1919: Johannes Hoffmann (SPD) wird vom bayrischen Landtag zum Ministerpräsidenten gewählt. Der Streit um »Räterepublik oder Parlamentarismus« verschärft sich.

21./22. März 1919: Die Nachricht von der Ausrufung einer sozialistischen Räterepublik in Ungarn unter Béla Kun gibt der Rätebewegung in Bayern neuen Auftrieb.

7.-13. April 1919: »Erste Münchner Räterepublik« (von der KPD negiert und als »Scheinräterepublik« bezeichnet) unter Führung eines von linken Intellektuellen und Anarchisten dominierten »Zentralrats«. Prägend beteiligt sind Schriftsteller wie der Pazifist Ernst Toller (USPD), die parteilosen Anarchisten Gustav Landauer und Erich Mühsam. Das Kabinett Hoffmann flieht aus München nach Bamberg. Die USPD tritt aus der Regierungskoalition aus.

13. April 1919: Ein mit Billigung der »Bamberger Regierung« angezettelter Putschversuch von Militärs gegen die Räterepublik wird von Rotgardisten unter Rudolf Eglhofer niedergeschlagen. Kommunisten setzen den Zentralrat ab und übertragen die Regierung einem »Vollzugsrat« unter Eugen Leviné und Max Levien. Gustav Landauer und Ernst Toller erkennen den Vollzugsrat an und beteiligen sich zunächst an der von den Kommunisten dominierten »zweiten Räterepublik«.

16. April 1919: Gustav Landauer, enttäuscht von der Ablehnung seines Kulturprogramms, zieht sich von der Räteregierung zurück. Einheiten der »Roten Armee« unter Ernst Toller schlagen die in Dachau stehenden Freikorpsverbände und zwingen sie zunächst zum Rückzug.

17. April 1919: Angefordert von der Regierung Hoffmann, der »Bamberger Regierung«, verfügt Reichswehrminister Gustav Noske den Einsatz von Reichswehrverbänden gegen München.

25. April 1919: Die »Bamberger Regierung« verhängt über München das Standrecht.

27. April 1919: Nach Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten um Eugen Leviné und anderen linken Revolutionären um Ernst Toller (u. a. darüber, ob man mit der Regierung Hoffmann Verhandlungen aufnehmen solle) tritt der Aktionsausschuß unter Leviné zurück und wird provisorisch unter Toller neu konstituiert. Die »Bamberger Regierung« verweigert sich ernsthaften Verhandlungen und verlangt die bedingungslose Kapitulation.

28. April 1919: Neuwahl eines Aktionsausschusses ohne Kommunisten und ohne Ernst Toller.

30. April 1919: In den Vororten Münchens kommt es zu grausamen Massakern der Freikorps an Angehörigen der »Roten Armee« und unbeteiligten Zivilisten. Rotgardisten töten daraufhin zehn im Münchner Luitpold-Gymnasium gefangen gehaltene Geiseln, vor allem Mitglieder der rechtsextremistischen »Thule-Gesellschaft«.

1. Mai 1919: Gustav Landauer wird von Freikorps verhaftet und tags darauf auf dem Transport ins Gefängnis von München-Stadelheim von Soldaten mißhandelt und ermordet.

Am 5. August 1919 kehrt Ludwig Kroeber-Keneth aus Sowjetrußland nach München zurück.

Erst am 1. Dezember 1919 wird der Kriegszustand über München aufgehoben. Inzwischen wurden die meisten führenden Mitglieder der Münchner Räterepublik von Standgerichten nach Hochverratsprozessen zu langen Haftstrafen verurteilt, so Ernst Toller zu fünf Jahren, Erich Mühsam zu fünfzehn Jahren Zuchthaus (nach fünf Jahren amnestiert). Rudolf Eglhofer wurde am 3. Mai 1919 standrechtlich erschossen, Eugen Leviné zum Tode verurteilt und am 5. Juni 1919 hingerichtet. Max Levien gelingt die Flucht, ebenso Ret Marut (B. Traven), Mitglied der Pressekommission des Zentralrates. Über 2 000 (darunter auch vermeintliche) Anhänger der Räterepublik wurden erschossen oder zu Haftstrafen verurteilt. Graf Arco, der ursprünglich zum Tode verurteilte Mörder Kurt Eisners, wird zu einer Haftstrafe begnadigt und 1924 aus dem Gefängnis entlassen.

Das Gespräch und die Nachfragen haben zwei Bücher zur Grundlage: Alfred Kurella: Unterwegs zu Lenin, Verlag Neues Leben Berlin 1967 und Ludwig Kroeber-Keneth: Fetzen aus meinen Tagebüchern, Frankfurt/M. 1976. Der Text folgt der Tonbandaufnahme. Die Fragen sind kursiv gesetzt.

Mit Ludwig Kroeber-Keneth im Gespräch

Es ist Dienstag, der 10. Januar 1978, wir sitzen im Wohnzimmer von Herrn Kroeber-Keneth in Kronberg. Herr Kröber-Keneth, Sie haben einmal sehr amüsan darüber geschrieben, es komme stets auf die richtige Fragestellung an ... Eigentlich wollte ich Sie einfach bitten zu erzählen. Vielleicht bietet es sich an, drei Bereiche im Auge zu behalten:

- die Münchener Ereignisse von 1918/19, erste Begegnungen mit Alfred Kurella, die Entstehung der Spartacus-Jugend in München, die Träume von damals;

- die Delegation nach Moskau und der gefährvolle Weg dorthin;

- als junger Bayer bei Lenin im werdenden Sowjetrußland und wie Sie dabei Alfred Kurella erinnern, auch jene Arbeitsteilung: Sie mußten sprechen – er durfte singen.

Aber ich bin sicher, alles was Sie zu berichten wünschen, auch scheinbar geringfügige Details, werden von Interesse sein.

Eben haben Sie einige Abzeichen der Roten Armee vor sich ausgebreitet, auch einen roten Stern mit Hammer und Sichel, mit goldenem Rand eingefast ...

LUDWIG KROEBER-KENETH: Es ist ein Offiziersabzeichen. Und jenes andere ist das Soldatenabzeichen. Und das hier ist eine der frühesten, eine der bescheidensten Auszeichnungen, die die Rote Armee zu vergeben hatte. Ursprünglich war sie darauf ausgerichtet, keinerlei Rangabzeichen zu dulden, was sich aber sehr rasch unter dem Einfluß von Trotzki in Petrograd verändert hat.

Für mich mit das stärkste Erlebnis von Petrograd – Sie können das selbstverständlich gerne löschen – ist die Begegnung mit Trotzki. Und wenn Sie erlauben, lese ich Ihnen kurz meine Tagesbuchaufzeichnung über diese Begegnung vor: Sie ist datiert vom 14. 6. 1919 und lautet: »zum 1. mal Trotzky gesehen, der heute nacht gekommen ist (das heißt nach Petrograd) und mit Sinowjew bei uns oben ist (das ist im ›Astoria‹). am abend in einem feinen zweispänner, ›des allerheiligsten Synods‹ zum Zug Trotzky's, aber leider (ihn)

nicht mehr (an)getroffen. Abends sehe ich ihn in seinem gelben gummimantel, mit schirmmütze aus dem astoria gehen. er ist mittelgroß mit langem fast schwarzen haar, spitzbart. Das gesicht hat etwas gespannt nervöses hauptsächlich wohl durch den etwas unheimlichen blick.«¹

Ich habe die Tagebücher zerrissen, aber dieses Blatt habe ich mir aufgehoben. Für mich als Psychologen

... , *der Sie damals nicht waren, noch daran dachten, es zu werden ...*

LUDWIG KROEBER-KENETH: Vollkommen richtig! Die Front um Petrograd war vollkommen eingedrückt – die Weißen standen bei Gatschina, beinahe bis in die Vororte, etwa 20 bis 25 Kilometer vor Petrograd – und wich zurück. Der Zug von Trotzki war ein primitives Wunder, mit Flakgeschützen auf offenem Plattenwagen von zwar primitiver, aber glänzend organisierter Art. Der Kraft dieses Mannes mit einigen wenigen Mitarbeitern ist es gelungen, die bereits weichende eingedrückte Front wieder hinauszuschieben und Petrograd zu entlasten. Das ist eine historische Tatsache, ganz gleichgültig, wie man sich sonst zu dieser Persönlichkeit stellen mag.

Das galt als Hauptfront damals?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Das war die Hauptfront. Im Süden stand Denikin. Hier im Norden standen die Weißen vor Gatschina.

Gehörten Sie zu diesem Panzerzug?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich bin allein hinaufgefahren und später zu ihm gestoßen. Und dort beginnt meine, ich möchte sagen, schicksalhafte Bekanntschaft mit Trotzki, der mich als Übersetzer schätzte und von mir seine Schriften übersetzt wünschte. Was ich Ihnen jetzt hier zeige, ist wahrscheinlich eine bibliophile Kostbarkeit: »Trotzki über Lenin, Material für einen Biographen«, erschienen 1924 im Neuen Deutschen Verlag in Berlin, ein Verlag Münzenbergs, »Übersetzt von Keneth«. Ich vermute, daß dieses Buch überhaupt nie zur Auslieferung gelangte, denn mit diesem Buch beginnt Trotzki's Kampfansage gegen Stalin. Sie wissen ja, 1924 ist Lenin gestorben, und das hier ist die vorweggenommene Kampfansage an die sich neu formierenden Fronten.

Wie waren Sie auf das Pseudonym Keneth gekommen? War das Ihr Parteiname?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Das war mein Parteiname. Die Geschichte ist drollig. Einer der stellvertretenden Volkskommissare von Tschitscherin², Karachan³, hat ihn mir angehängt. Er war Armenier, mit einem wunderschönen Bart. Man hat mir einen sowjetischen Paß ausgestellt, um meine Rückreise zu decken, und man sagte mir, da müßte ich auch einen anderen Namen tragen.

Er klingt englisch.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Keneth heißt eigentlich nur »Kenn nicht«.

Sowas wie »Kann nit verstan«, ja?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Genau. Ich sollte auch einen Vornamen bekommen und habe mich Hans genannt. So heiße ich in dem längst verschollenen Ausweis: Gans Kenet. Das heißt einfach: »Hans Kenn-ihn-nicht«.

Und der hat Ihnen so gefallen ...

1 In Rechtschreibung und Zeichensetzung nach dem Original. Mündlich vorgelegte Ergänzungen Kroebers stehen in Klammern.

2 Georgi Wassiljewitsch Tschitscherin (1872-1936), Sohn eines Gutsbesitzers. 1905 Mitglied der SDAPR, schloß sich nach Rückkehr aus der Emigration den Bolschewiki an. 1918-1930 Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten.

3 Lewon Michailowitsch Karachan aus Tbilissi (1889 geboren, 1937 erschossen), seit 1917 im diplomatischen Dienst (auch Sekretär der Verhandlungsdelegation in Brest-Litowsk).

LUDWIG KROEBER-KENETH: ..., daß ich ihn an meinen Namen angehängt habe. Jetzt komme ich nicht mehr von ihm weg, schon aus dem einfachen Grund, daß ich wie mein Vater Ludwig heiße. Mein Vater war seinerzeit ein bekannter Pharmakologe und Botaniker. Viele seiner Schriften sind Standardlehrbücher geworden. So gab es fatale Verwechslungen, weil wir beide Ludwig Kroeber hießen. So ist Keneth ein Unterscheidungsname.

In Leipzigs Deutscher Bücherei sah ich in der Kartei beide Ludwig Kroebers und fand es gut, daß einer davon zusätzlich Keneth heißt.

In Ihrer autobiographischen Schrift schildern Sie, wie Sie, fast durch Zufall, in die Novemberrevolution von 1918 geraten sind. Die Szene, wo Sie, vor dem Tisch des Soldatenrats nach einem Entlassungsstempel anstehend, zum Stempler werden, ist eines Schelmenromans würdig.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Eine Groteske.

Filmstoff oder Roman-Vorwurf, wie ein Mensch in etwas hineingerät. Aber so ganz zufällig war es wohl auch wieder nicht, denke ich an Ihre Familientradition: Adolf Kroeber, Ihr Großvater, beteiligte sich sechszehnjährig am Badenser Aufstand von 1849 wie der junge Friedrich Engels, der Adjutant Willichs. Und Sie, immerhin, hatten im März 1918 mit zerbrochener Brille eine Absatzbewegung von der Front hinter sich ...

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich hatte bei meiner Rückkehr nach München im November 1918 durchaus nicht die Absicht, aktiv in die Revolution einzusteigen. Ich bin in sie hineingeschlittert. Aber richtig ist, was Sie sagen: In der Familie gab es eine rebellische Tradition seit dem Jahre 1848. Als Psychologe spreche ich überhaupt nicht von Zufall, sondern von der »Beziehung des Bezüglichen«. Das spielte hier fraglos mit, oder, wie es Hegel sagt: »Der Zufall ist die Summe der uns nicht bekannten Ursachen«. Ich kann nur sagen, ich bin nicht mit Absicht in diesen Fürstensalon des Münchener Bahnhofs gegangen, wo die Abfertigung der Heimkehrer erfolgte. Hier bin ich tatsächlich hineingerutscht. Ich wollte nur einen Entlassungsschein haben.

Drinnen das Büro wollte wegen Erschöpfung der Beteiligten schließen, und Sie verlangten mit dem Ruf »Aufmachen, sonst schmeißen wir eine Handgranate hinein« die Fortsetzung ...

LUDWIG KROEBER-KENETH: der Entlassungszeremonie.

Dann sind Sie durch die Tischreihe gekrochen, haben einen völlig entkräfteten Mann zur Seite gezogen und ersetzt, um ihr eigenes Formular auszufüllen und abzusegnen. Und haben nun weitermachen müssen. Wie lange haben Sie diesen Tag abgeüßt?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Vom späten Vormittag an. Am späten Nachmittag fand die Wahl zum Bayrischen Arbeiter- und Soldatenrat statt.

Hunderte oder mehr hatten Sie kennen gelernt – Sie hatten den wohlthätigen Stempel verabreicht ...

LUDWIG KROEBER-KENETH: Genau.

Was hatten Sie dabei mit dem jeweiligen Soldaten zu verhandeln?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Belanglose Dinge: Truppenteil – wohin der Betreffende heimfahren wolle usw. Gegen Abend zu wurde

ambulant die Wahl zum Bayrischen Arbeiter- und Soldatenrat durchgeführt. Und da deutete man einfach auf mich. Das war das Bequemste.

»Den haben wir gesehen!«

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ja. Abends war ich gewählt, war Mitglied des Soldatenrats, ohne etwas anderes getan zu haben, als Stempel auf Entlassungspapiere zu drücken und ein wenig Büroorganisation gemacht zu haben – eine Spezialität von mir –, wodurch es etwas flotter ging ... Ich habe dort nur wenige Sitzungen mitgemacht. Mein Rededuell mit Gustav Landauer im Gebäude des Landtags habe ich in meinen Aufzeichnungen beschrieben.⁴

Haben Sie einmal nach dem Protokoll dieser Rätetagung geforscht?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Nein. Ich weiß auch nicht, ob eins geführt wurde. Sehr formell war man damals noch nicht. Es war ein ziemlich wilder und ungefügiger Haufe.

Für Sie tat sich in Ihrer Entwicklung eine neue Dimension auf, als Sie zu jenen ersten stießen, die in München die Spartacus-Jugend bildeten. Wie kamen Sie zu dieser Gruppe?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich gehörte seit 1910 dem Wandervogel e.V. an. Es gab mannigfache Beziehungen zwischen Jugendbewegung und Spartacus-Jugend. Ich bin kein besonderer Anhänger oder Lobredner der bürgerlichen Jugendbewegung. Es gibt eine glatte Leitlinie von der bürgerlichen Jugendbewegung zum Hitlerismus ...

... über die Bündische ...

LUDWIG KROEBER-KENETH: Über die Bündische Jugend. Nur ein ganz kleiner Teil, unter Führung von Kurella und im Gefolge, weit im Gefolge von mir, ging zur linken Seite.

*Sich scharf abgrenzend von Blüher?*⁵

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ja. Eines Tages fand ich mich im überfüllten Saal des Deutschen Theaters in München in einer Gründungsversammlung der Spartacus-Jugend, etwa Januar, Februar 1919, oder aber im Dezember 1918, ich weiß es nicht mehr.

Unlängst habe ich mein handschriftliches Manuskript voller jugendlicher Torheiten gefunden. Der Satz darin ist mir erinnerlich, wo ich als Vertreter der bürgerlichen Jugend der Arbeiterjugend zurief: »Euch hat man unterdrückt – uns hat man geistig kastriert«. Das war der Coup. Ich hatte großen Beifall, der mir sehr geschadet hat, denn er hat mich zu bleiben bewegt. Ich glaube, ich hatte die Mitgliedsnummer 6 der Parteijugend.

Ist Ihnen damals in der Münchener Gruppe der Spartacus-Jugend ein Otto Braun⁶ bekannt geworden?

Irgendwie ist mir der Name bekannt. Ich müßte ihn zwangsläufig kennen.

Und wie waren die Jugendzusammenkünfte?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Für Geselligkeit war überhaupt keine Zeit da. Ich kann mich auch nicht erinnern, ob dort gesungen wurde. Es war eine brodelnde, und es war eine un gute Zeit. Hier muß ich etwas sehr Heikles anschnitten: Die Führer der Münchener Räterepublik waren, wie wir in Bayern sagen, »Zuagroaste«, die keinen echten Kontakt zur Bevölkerung hatten. Es waren ausschließlich

4 Zu Landauers Antrag, die Soldatenräte sollten entsprechend der Würde und der Idee der Revolution, künftig unbewaffnet zu den Tagungen kommen, stellte Ludwig Kroeber den Gegenantrag: »Sämtliche Räteabgeordnete sollten verpflichtet sein, mit Waffen zur Sitzung zu kommen, nur das entspreche der Revolution.« Siehe Ludwig Kroeber-Keneth: Fetzen aus meinen Tagebüchern, Frankfurt/M. 1976, S. 55/56.

5 Hans Blüher (1888-1955), Schriftsteller, Philosoph (Ursprünglich preußischer Monarchist). Bietet mit seinem Buch »Wandervogel« (1912) die erste Geschichte dieser Bewegung. Mit seinen Schriften »Die Rolle der Erotik in der männlichen Gesellschaft« (Bd. 1, 1917; Bd. 2, 1919), »Werke und Tage« (1920; 1953) u. a. einflußreicher Theoretiker und Stichwortgeber in der bürgerlichen Jugendbewegung.

6 Otto Braun (1900-1974), in Ismaning b. München geboren, im Dezember 1918 Mitglied der Freien Sozialistischen Jugend, aktiver Teilnehmer an der Bayrischen Räterepublik. Wegen Hochverrats 1926 angeklagt, 1928 aus dem Zuchthaus befreit, Emigration in die Sowjetunion, 1932 Absolvent der Frunse-Militärakademie, 1932-39 militärischer Berater beim Vertreter des Exekutivkomitees der Komintern in China und beim ZK der KP Chinas, unter dem Namen Li De Teilnahme am »Langen Marsch« der chinesischen »Roten Armee«; in der DDR, nach Rückkehr aus der Emigration, Redakteur, Schriftsteller und Übersetzer.

7 Felix Fechenbach, Sekretär Eisners. 1929-1933 Redakteur des sozialdemokratischen »Volksblattes«. 1933 Opfer eines faschistischen Mordanschlags.

8 Siehe Gustav Regler: Das Ohr des Malchus. Eine Lebensgeschichte, Köln/Berlin (West) 1958, S. 103/04.

9 Eugen Leviné (geb. am 9. Mai 1883 in St. Petersburg; ermordet am 5. Juni 1919 in München), Sohn einer Großkaufmannsfamilie mit glänzender Universitätsausbildung in Heidelberg und Berlin, beteiligte sich als Mitglied der Sozialrevolutionären Partei an der russischen Revolution von 1904/05. Nach zaristischer Verfolgung wieder in Deutschland. Beteiligt an Antikriegspropaganda vor 1914; über USPD, Spartakusbund zum Gründungskongreß der KPD; übernimmt am 15. März 1919 die »Münchener Rote Fahne«. Unter seiner Leitung wenden sich die bayrischen Kommunisten gegen die Ausrufung der »bayrischen Schein-Räterepublik« (7.-13. April 1919). Geht nach Niederschlagung der Bayrischen Räterepublik (13. April-3. Mai 1919) in die Illegalität. Nach seiner Ergreifung (Haft in München-Stadelheim) verurteilt ihn ein Münchner Sondergericht zum Tode, das unter Ägide der Regierung Hoffmann (SPD) vollstreckt wird.

10 Dr. Max Levien war Mitbegründer der Ortsgruppe des Spartakusbundes und der KPD in München, auch Mitglied der Regierung der kommunistischen Räterepublik.

Landfremde – Eisner, Fechenbach⁷, Toller, Landauer. Der einzige Einheimische in der revolutionären Bewegung war der Leiter oder Kommandeur der Roten Garde, Eglhofer, ein Kieler Matrose und mit ein treibender Keil.

Später habe ich auch Lenin gesagt, daß diese Revolution bestimmt zum Scheitern verurteilt sei, denn die ganze Spitze habe keinerlei echten Kontakt mit der Masse. Die führende Kraft in der Bayrischen Revolution waren die Arbeiter der nach München-Schwabing verlagerten Kruppwerke in Milbertshofen. Das war eigentlich der revolutionäre Kern Münchens.

In München sind Sie Alfred Kurella das erste Mal begegnet. In welchem Umkreis? Wie sah er aus?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich habe ihn auffallend blond, blaß, mit scharf geschnittenem Profil in Erinnerung. Ebenso erinnerlich ist mir sein anfänglicher Sprachfehler, der häufig dazu geführt hat, daß ich das Wort nehmen mußte.

Diesen Sprachfehler hat Alfred Kurella immer erst überwinden müssen, ehe er dann doch, auch vor vielen Menschen, das Wort nahm, so in München auf dem Stachus, wo er zur Bildung von Räten aufgerufen hat, wie Gustav Regler bezeugt.⁸

LUDWIG KROEBER-KENETH: Kurella war politisch der Berufene – ich war in die Revolution hineingeschlittert.

Er hatte darüber zu befinden, schreibt Kurella in seiner Schrift »Unterwegs zu Lenin«, ob bei den Demonstrationen der KP München die Kanonen mitgeführt werden oder nicht. (...) Er war gut vier Jahre älter als Sie, machte das was für Sie aus?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Aber selbstverständlich. In dem Alter ist das ein enormer Abstand. Eigentlich wurde damals relativ wenig demonstriert. Ich erinnere mich einer sehr großen Demonstration unter Leitung von Kurt Eisner. Aber ich habe keine Kanone gesehen. Man war auch viel zu hungrig oder zu müd, solch ein Vehikel mitzuschleppen. Das schließt überhaupt nicht aus, daß er darüber zu befinden hatte.

Sagen Sie bitte, wie kam ein Münchener zu dieser Delegation nach Sowjetrußland?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Den stärksten Eindruck hat mir Leviné⁹ gemacht, Max Levien¹⁰ gar keinen – ihn hielt ich für einen großen Hansnarren. Leviné, eine starke, eindrucksvolle, sehr ernsthafte Persönlichkeit hat sich in Deutschland voll für den Spartakusbund eingesetzt. In Rußland war er nicht so geschätzt, weil er, soviel ich weiß, aus dem sozialrevolutionären Flügel herüberkam.

Hatte Leviné in jener Zeit in München eine bestimmte Funktion?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Die Funktionen liefen durcheinander. Man konnte nicht sagen, wer heute eine Funktion hatte, hatte sie morgen noch. Ein Ressort hatte er nicht. Der Einzige, der sich ein Ressort erkämpft hatte, war wohl Toller.

Wurde er als Kommunist angesehen?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Das wußte niemand. Er war, was wir in Schwabing einen »aufmüpfigen Schönredner« nennen.

Ein Dichter – und eigentlich kein Revolutionär. Nein. Nein.

Eugen Leviné hat mit Ihnen gesprochen und sie nach Berlin entsandt. Wollte er Sie schützen?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Nein. Nein. Am 21. Februar wurde Eisner auf offener Straße erschossen. Ich kam ganz zufällig eine Viertelstunde später an dieser Stelle vorüber, sah noch die große Blutlache und die ersten Blumen in der Blutlache schwimmen, ging dann zum Soldatenrat hinüber, der in der nächsten Nähe lag. Die Ermordung Eisners durch den jungen Arco-Valley, der übrigens noch lebt, war ohnehin ein tragischer Irrtum. Denn Eisner trug in seiner Tasche das Redemanuskript für seine Demission als Ministerpräsident. Mit dem Tode Eisners war die Bahn frei für die damalige äußerste Linke, die kommunistische. Die erste Räterepublik zog herauf. Sie hatte ein Vorspiel, deren Träger oder Darsteller wohl USPD-Leute waren. Das ging ineinander über.

Ich hatte zu dieser Münchener Räterepublik gar keine Lust und gar kein Vertrauen, was ich später Lenin so und so oft gesagt habe, weil die gesamte führende Gruppe, Eglhofer ausgenommen, Leute waren, die keine Berührung mit der Basis hatten, weder mit der Arbeiterschaft, noch mit den Bauern, die sowieso nicht revolutionär waren. Ich habe gern die Gelegenheit genutzt, dem anbrechenden Wirrwar zu entgehen.

Wie erlebten Sie Alfred Kurella während dieser turbulenten Ereignisse? Oder sind Sie erst durch den Auftrag näher miteinander bekannt geworden?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Wir kannten uns selbstverständlich.

Wußten Sie, daß Alfred Kurella nach seinem Abitur im Frühjahr 1914 in Bonn einige Zeit, mindestens bis zum Kriegsausbruch, eine Malerausbildung an der Kunstgewerbeschule in München hatte?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Wenn Sie es jetzt so sagen, erinnere ich mich. Jedenfalls hat Kurella hervorragende Bleistiftskizzen gemacht. Von denen hatte ich lange Zeit welche – aber ich finde sie nicht mehr. Es waren Gelegenheitsskizzen ...

... von Menschen?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Mehr von Landschaften, kleine Schaustücke, Bleistiftzeichnungen. Was ich in Erinnerung habe war gegenständlich: solid handwerklich-gegenständlich.

Dieser Auftrag (gemeint ist die Rußlandreise, E. S.) machte uns näher bekannt.

Hier muß ich einschalten, daß in Moskau geplant war, der Gründung der Kommunistischen Internationale eine Kommunistische Jugendinternationale¹¹ nachzuschieben, um den Einfluß auf die jüngere Generation zu sichern. Delegierter der Kommunistischen Partei Deutschlands (zur Gründung der KI, E. S.) war Hugo Eberlein¹², wohl der erste Deutsche überhaupt, der drüben war.

Von München nach Berlin kamen Sie von einer unruhigen Situation in die nächste. In Berlin gab es Straßenkämpfe. Die KPD war verboten. Wo gingen Sie hin?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Den Treffpunkt weiß ich nicht mehr. Die Besprechung mit Paul Levi¹³ fand merkwürdigerweise in einem obskuren Café statt. Levi war damals der Generalsekretär.

War er allein?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich glaube ja. Bei dieser tragisch-komischen Begegnung sagte uns Paul Levi zum Abschied: »Wenn die Delegierten der Bayerischen Räteregierung nicht rechtzeitig nach

11 Die Gründung der Kommunistischen Jugendinternationale (KJI) erfolgte 1919 in Berlin.

12 Hugo Eberlein (1887-1941), Mitbegründer der KPD. Unter dem Decknamen Max Albert vertrat er die KPD auf dem Gründungskongreß der Kommunistischen Internationale (KI) 1919 und war einer der Vorsitzenden des Kongresses.

13 Paul Levi (1883-1930), ursprünglich Sozialdemokrat, Rechtsanwalt, der im Februar 1914 Rosa Luxemburg verteidigte; Mitwirkung in der »Zimmerwalder Linken« in der Schweiz; Mitbegründer der KPD, seit Frühjahr 1919 ihr Vorsitzender. Ab 1922 SPD.

Moskau kommen, dann müßt Ihr die Bayrische Räterepublik vertreten.« Die »echten« Delegierten sind nie gekommen, weil die Räteregierung am 2. Mai gestürzt wurde.

Ahnten Sie, was mit dieser Reise nach Moskau bezweckt war?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich nehme an, Kurella hatte ein Mandat bei sich als Beauftragter der Münchener Spartacus-Jugend. Ob hier Vorverhandlungen geführt wurden? – Ich möchte es annehmen. Ich war hier nur »Mitläufer«, der einen gewissen Anhang hatte als Münchener. Das mag dazu beigetragen haben, in diese Rolle zu kommen: der einzige Bayer in der wortführenden Schicht.

Gern vergewissere ich mich, Herr Kroeber: War tatsächlich bereits damals in München von einer geplanten Gründung einer »Jugend-Internationale« die Rede? Sind Sie sicher?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich glaube sicher zu sein. Aber das alles war 1919 – und wir haben jetzt 1978. Also würde ich Erinnerungstäuschung für durchaus möglich halten.

Wie waren Sie ausgerüstet für die weite Fahrt? Was trugen Sie?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Wir trugen unsere keineswegs brandneuen Uniformen vom Militär und, wie aus der Wandervogelzeit gewohnt, Rucksäcke.

Alfred Kurella schreibt von deutschen Zeitungen der verschiedenen Parteien, die sie mit sich führten, damit sich die Moskauer Adressaten ein eigenes Bild von der verworrenen Situation in Deutschland machen könnten.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ja, es waren schwere Packen von Zeitungen, die wir eine Zeitlang mitschleppten, aber irgendwie gingen sie dann unterwegs flöten ...

Jede Nachricht von dieser Reise ist kostbar. Bitte achten Sie kein Detail, dessen Sie sich erinnern, für zu gering.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich muß offen sagen, für mich war diese Reise in der Erinnerung mehr oder weniger ausgelöscht. Den Bericht Alfred Kurellas, den ich erst vor wenigen Wochen zu Gesicht bekommen habe, möchte ich unterschreiben. Er deckt sich mit meinen schattenhaften Erinnerungen. Ich habe keinen Zweifel an seiner Richtigkeit. Ich weiß noch, wir fuhren gelegentlich auch auf Pferdewagen. Die Einzigsten, auf die man sich verlassen konnte, waren die Juden im »Ansiedlungsgebiet«¹⁴, die als Händler und Fuhrleute sowieso in dieser Gegend die Transporte besorgten. Wenn ein Jude sagte, um neun holen wir euch ab, dann war er um neun Uhr da.

Ihrer Autobiographie war zu entnehmen, daß auf dem Wege nach Moskau eine große Organisation spürbar war, eine Kette, die das Trio von Station zu Station weiterreichte. Wie sah das denn aus?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Eigentlich sah man sie nicht. Wir begegneten plötzlich Leuten, die uns unterwegs ansprachen: Sie wollen doch dort und dort hin (...)? Dort wiederum traf man auf jemanden, der ungefähr die gleiche Frage stellte. Die Organisation als solche wurde mir nicht sichtbar – ich glaube auch, daß Kurella sie nicht gesehen hat. Sie bestand eben, zog sich durch die aufgewählten Gebiete Ostpreußens und Litauens.

Wie war er denn auf dem Marsch? Hatten Sie Streit, oder war man sehr einig miteinander?

14 Russisch: »tscherta osedlosti«.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Wir waren eigentlich nie einig. Die Differenzen waren wohl wesensartig. Kurella war wohl Mitteldeutscher¹⁵, und ich war eben Bayer. Wir lagen häufig auf verschiedenen Wellenlängen. Selbstverständlich war Kurella der Überlegene, eindeutig.

Woran denken Sie da?

LUDWIG KROEBER-KENETH: In der Führung der überlegene Kopf. Auch der bessere Kartenleser, zum Beispiel.

Sie besaßen Landkarten?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Wir hatten welche, bekamen aber unterwegs auch primitive Wegekarten zugesteckt.

Sind Sie unterwegs auf Punkte gestoßen, wo Sie sich in großer Gefahr glaubten?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Mehrfach, ja. Mehrfach piffen Kugeln ziemlich scharf über uns hinweg, und wir haben uns auf den Boden geworfen. Wir wateten knietief und tiefer noch durch sumpfiges Gewässer. Aber für mich ist diese Zeit viel stärker ausgelöscht als für Kurella. Ich vermute, daß er sich in Moskau Aufzeichnungen gemacht hat, sonst wäre es fast nicht denkbar.

Sie waren sich jedenfalls immer bewußt, daß Sie viel riskieren.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Aber selbstverständlich. Die Fronten gingen durcheinander. Es gab sowohl nationalistische wie kommunistische Letten, zwischendurch Reste zurückströmender Freischärler. Es war ja alles da.

Und mit allen hatten Sie Begegnungen?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Wir haben Begegnungen tunlichst vermieden. Aber man hat sich gestreift. Wir gingen ja in die »falsche« Richtung, nämlich nach Osten, während die uns Begegnenden mehr in den Westen wollten. Also waren wir durchaus verdächtig.

Gab es unterwegs auch Auseinandersetzungen?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Wir waren nicht bewaffnet. Das wäre bei dieser Unterlegenheit hoffnungslos und nur eine zusätzliche Gefährdung gewesen.

Schildern Sie doch bitte, wie Sie, Ihrem Ziel nahe, der Roten Armee zum ersten Mal begegneten.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Plötzlich waren wir von Soldaten der Roten Armee umgeben. Es muß an einer Hauptstraße gewesen sein. Ich kann mich erinnern, daß dort ein roh gezimmertes, mit verdorrten Tannenzweigen geschmücktes Tor stand. Es muß dort schon eine Art feststehender Grenze bestanden haben. Eine Grenzpostenstelle ohne Schlagbaum, auf dem Lattentor eine Art Willkommensgruß. Ich muß hier etwas erzählen, was vielleicht den Überschwang dieser Jahre charakterisiert. Ich weiß, daß ich, als wir diese Grenze überschritten hatten und die Verhandlungen mit den beiden anderen liefen, in den Wald ging und den Boden küßte. Das klingt heute merkwürdig, aber es war damals der Rote Osten, die große Hoffnung.

In Ihrem Buch berichten Sie, daß Sie ziemlich abgerissen ankamen. Ihre alten Soldatenkleidungsstücke hatten sehr gelitten. Jetzt also wurden Sie, als erste Maßnahme des Roten Ostens, erst einmal neu uniformiert.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Man hat uns irgendwelche alten Klammotten, von denen ich vermute, daß sie aus einem Lazarett stamm-

15 Eine irrtümliche Annahme Kroebers. Kurella stammt aus dem oberschlesischen Brieg (heute das polnische Brzeg), verbrachte wesentliche Jugendjahre im Rheinländischen (Bonn).

ten, verpaßt, besser als das Zeug, mit dem wir durch die Sümpfe geschlichen sind.

Waren Sie nun richtig eingetünchte Rotarmisten?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Es waren »gymnastjorka«, große Stiefel, »schinelj«, Schirmmütze und so weiter, die einfachen Bestandteile der damaligen Uniform. Man wollte uns nicht lange im Grenzgebiet behalten und beförderte uns rasch weiter nach Osten.

Sie hatten sich also legitimiert.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ja. Wobei ich vermute, daß Kurella die gewichtigeren Propuski hatte, »bumashki«.

Und Ihr dritter Mann, der russische Adlige?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Der kam mit.

Und wurde auch eingekleidet?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich vermute, ja.

Ein guter Geselle auf dem Weg?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich habe mich mit ihm besser als mit Kurella verstanden.

Sagen Sie doch bitte noch etwas über Ihren dritten Mann.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich weiß furchtbar wenig über ihn. Es war ein vollbärtiger Russe, der meines Wissens in Leipzig lebte, etwa Mitte oder Ende dreißig Jahre alt, der fließendes Deutsch und fließendes Russisch sprach.

Der einzige von Ihnen?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich hatte Anfangsgründe im Russischen. Ob Kurella sie hatte, weiß ich nicht. Ich hatte Russischstunden.

Das war ungewöhnlich.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Bei einem russisch-deutschen Studenten hatte ich vielleicht 10, 12 russische Stunden genommen, als Soldatenratsmitglied. Ich war allein, und es hat mich nicht sehr beansprucht.

Was hat Sie bewogen, den Russen mit auf die Reise zu nehmen?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Das weiß ich nicht, das war Kurellas Idee.

Aber er wurde als nicht ganz dazugehörig empfunden?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ja, genau. Soviel ich weiß, hat Kurella sich von ihm in Moskau rasch getrennt. Ich habe ihn jedenfalls nicht mehr gesehen. Weiter hinten führen wir dann mit einem Zug.

Was änderte sich, als Sie angekommen waren?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Es war ein enormes Triumphgefühl. Moskau war von einem mythischen Glanz umgeben, den man sich heute kaum mehr vorstellen kann.

Wir landeten ziemlich ohne Verzug im Kreml. Von Kurella weiß ich dann sehr wenig, denn unsere Wege trennten sich bald. Anfangs, noch im Kreml, waren wir im *Kavalerski Korpus* untergebracht. Wir hatten, ohne es beschwören zu wollen, zwei ineinandergehende Zimmer. Er ist dann in die Stadt gezogen – ich glaube, in das Hotel »Lux« –, während ich im Kreml sitzen blieb, mit der Aufgabe, die aus München eintreffenden Nachrichten nach Möglichkeit auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen und vor allem die Persönlichkeiten, die dort erwähnt wurden, zu schildern.

Kurella ist ziemlich rasch in den Süden gegangen. Die Schlüsselperson dafür war offenbar Manuilski¹⁶, der ukrainische Parteivorsit-

16 Dimitri Sacharowitsch Manuilski (1883-1959), über Jahrzehnte, ab 1924, in verschiedenen Leitungsgremien der Komintern.

zende, der uns beiden gewogen war, um nicht zu sagen, der ein wenig einen Narren an uns gefressen hatte. Er hatte auch mich eingeladen, ich konnte aber nicht, weil ich in dieser Nachrichtenstelle gelandet war.

Warum ist Ihnen diese Aufgabe zugefallen? Als dem besser mit München vertrauten?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Genau. Außerdem verfolgte Kurella ein ganz bestimmtes politisches Ziel. Er arbeitete bereits intensiv in der Stadt. Einfachheitshalber war er im Hotel untergebracht und war mir verschwunden. Er war in der Jugendbewegung aufgegangen. Ich blieb »oben«. Der Grund war, daß ich München unvergleichlich besser kannte als Kurella: Der eine meiner Großväter war Bürgermeister von München, der andere Leibarzt des Prinzregenten – wir sind eine ausgesprochen alteingesessene Münchener Familie.

Nachforschungen haben ergeben, daß Alfred Kurella zweimal als Besucher Lenins eingetragen ist. Wie war das bei Ihnen?

LUDWIG KROEBER-KENETH: In der Regel bin ich dabei niemandem begegnet. Zum Teil bin ich einfach von einem Unteroffizier der Kremlwache geholt und hingeführt worden in das – glaube ich – Senatsgebäude.

Lenins Sekretärin hat sich eine Notiz gemacht?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Es war zum Teil gar keine Sekretärin da. Manchmal war es spät abends, ich erinnere mich an den einen oder anderen Transport zu ihm, wo ich in all den Sälen – dem »Saal der Volkskommissare«, dem »Uhrensaal« usw. – überhaupt keinem Menschen begegnet bin, außer einem Posten wiederum am Gebäude, aber keinem politischen oder Büromitarbeiter.

Kennen Sie den kleinen Thronsaal im alten Teil des Kreml? Ein gotischer, buntbemalter, niedriger Saal mit einem Riesenthron? Durch den lief ich immer, wenn ich rübergerufen wurde zu Lenin. Das war eine Abkürzung – sonst mußte man über den Kremlhof gehen, an der »zar kolokol« und der »zar puschka«¹⁷ vorbei. Wenn's eilig war, liefen der »Gusar«¹⁸ und ich durch den alten Kremlteil aus der Zeit des Iwan Grosny. Ungeheuer eindrucksvoll. Dort scheint das Hofgericht getagt zu haben. Der »Gusar« war immer böse, wenn ich mich auf den Thron setzte.

Da war wohl das Bewußtsein wach, wir müssen alles unverfälscht für die Museumsbesucher der Zukunft bewahren, während Sie als unbedarfter Bayer...

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ja, ich setzte mich einfach drauf, vielleicht häufiger als vormals der Zar.

Sprach der »Gusar« deutsch?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ein paar Brocken. Aber um die Zeit sprach ich schon ganz ordentlich Russisch. Wenn man jung ist, faßt man enorm rasch auf.

Wie oft wurden Sie zu Wladimir Iljitsch gerufen?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Vielleicht sechs oder sieben Mal. Später war ich noch ein, zwei Mal bei ihm, als ich von Petrograd zurückkam.

Hier ist für Sie noch die Anthologie »Smoking braucht man nicht«, mit Alfred Kurellas Bericht vom Mai 1919 und dem Hinweis auf Ihre damalige Ansprache ...

17 »zar kolokol« und »zar puschka« – überdimensionale Schaustücke innerhalb des Kremls: Glocke und Kanone.

18 Russische Schreibweise von Husar.

LUDWIG KROEBER-KENETH: (L. K. in dem Buche blättern) Paquet kannte ich natürlich. Neben ihm bin ich während einer Moskauer Demonstration marschiert. Da waren Paquet, Kurella und ich in einer Reihe. Und der französische Kommunist Guilbeaux, der in Frankreich zum Tode verurteilt war.

Wann war das?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Vielleicht war es der 1. Mai 1919 oder extra noch eine Parade.

Hatten Sie Gespräche mit Guilbeaux?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ja, viele. Er gehörte zu unserm engsten Kreis. Auch Heinrich Vogeler kannte ich gut. Sein Sohn Jan hieß, als er geboren wurde, Kroeber. Ich habe Sonja geheiratet, wie sie schwanger war, damit sie deutsche Staatsbürgerin würde. Ich habe ihren Vater, Julian Marchlewski, heiß geliebt. Bucharin und Marchlewski waren die beiden, die mir menschlich am nächsten standen.

(Ludwig Kroeber zeigt ein Zettelchen, 10,4 x 7 Zentimeter groß, mit dem Lenin Kroeber-Keneth an den Kriegskommissar des Moskauer Rayons, I. T. Smilga verweist, durchweg handschriftlich, wobei der Lateinschrift die kyrillische Entsprechung folgt, dann aber, variierend Lenin nur lateinisch und Kreber – für Kroeber – nur kyrillisch geschrieben steht. Verliest sodann):

»Srietienski bulevard 6 (Lenin) Smilga (Kreber)«

Lenin hatte mir angeboten, ihn Iljitsch zu nennen – also sagte ich: »Genosse Iljitsch, wenn Sie schon schreiben, schreiben Sie doch bitte ihren Namen dazu.« So hat er seinen Namen deutsch geschrieben. Mir wäre russisch lieber gewesen. Es dürfte einer der ganz wenigen Autographen sein, wo Lenin seinen Namen deutsch geschrieben hat. Und er sagte, er würde bei Smilga anläuten. Und so ist es auch geschehen. Es ging um die Meldung (Entsendung E. S.) nach Petrograd. Deshalb für Smilga. Ich habe zweimal bei Smilga vorgesprochen: als ich, auf Lenins Geheiß, Ersatz für meine gestohlene Taschenuhr erhielt. Und als ich nach Petrograd an die Front wollte.

Was machte I. T. Smilga damals?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Smilga war Kriegskommissar des Moskauer Rayons.

Woher stammt das alte vergilbte Lenin-Foto?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich hab es mir von drüben mitgebracht.

Wie haben Sie diese Dinge, das wertvolle Autograph, über die Zeiten gerettet.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich vermute, daß sie in meinem Elternhaus in Neuhaus bei Schliersee verborgen waren.

Bitte erzählen Sie von Lenin. Haben Sie die Fragen beantworten können, die er an Sie richtete?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Die Fragen, die Lenin an mich gestellt hat, waren einfacher Art. Sie bezogen sich auf den Ätherverkehr, der bei mir einlief.

In Form von Papierstreifen?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Alles, was im Äther war. Von mir aus war es ein dauernder Fluß, beinahe täglich. Kommentare gingen hinüber zu Lenin, wenn mir etwas eingefallen ist. Ich bekam eine

Art Kasten hingesezt mit den Funksprüchen, die waren offen oder bereits entschlüsselt.

War es eine schwere Arbeit, etwas Vernünftiges zu den Nachrichten zu sagen? Sie waren doch vollkommen unbefangen?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Unbefangen war ich insofern nicht, als ich nicht an den Erfolg der Münchener Räterepublik glaubte. Es kamen Nachrichten von dreierlei Art an: von der Bayrischen Räterepublik selbst, die hochtrabend ihre Erfolge schilderte; von der geflüchteten bayrischen Regierung Hoffmann, die in Bamberg saß; es kamen Nachrichten von der bereits bedrängten ungarischen Räteregierung unter Béla Kun. Unglücklicherweise sprechen alle drei Quellen etwa übereinstimmend von den großen Erfolgen der Münchener Räterepublik. Wenn drei so unterschiedliche Informanten etwa das gleiche sagen, sollte man annehmen, es müsse wohl stimmen. In Wirklichkeit verfolgten alle drei mit ihren Falschnachrichten unterschiedliche Zwecke: Die Regierung Hoffmann wünschte die Reichsexekutive durch die Reichswehr, die Bayern wollten sich mit dem Erreichten rühmen, die Regierung Béla Kun wünschte sich gute Nachricht von der Flankensicherung in Bayern.

Und der Empfänger in Moskau rechnete mit der Weltrevolution.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Das brachte mich in eine schwierige Situation, weil ich an die Münchener Räterepublik nicht glaubte. Nicht, weil ich ein großer politischer Prophet gewesen wäre, sondern weil ich die Hauptdarsteller kannte, von denen ich nichts hielt.

Ja, ich denke an Ihre Schilderung Ernst Tollers, den Sie angesichts unausweichlicher revolutionärer Entscheidungen im geblühten Schlafrock auf dem Sofa liegend fanden, Oscar Wildes Buch »Die Fehler des Menschen unter der Sozialisierung« lesend.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Diese Schilderung hat Eindruck auf Lenin gemacht. »Dummheiten, Dummheiten!« hat er dazu gesagt. Solche stories wollte er von mir haben. Die konnte ich ihm liefern. Hätte er Analysen von mir gefordert, wäre ich überfordert gewesen. Nun hat er München sehr gern gehabt ...

Er war ja auch zwischen Herbst 1900 und Frühling 1902 viele Monate dort ...

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ja, er hat einfach auch auf Schilderungen von München gewartet.

Sie meinen: über das politisch Zweckmäßige hinaus?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Wesentlich hinaus. Das Politische spielte in diesen Unterhaltungen natürlich eine Rolle ...

Er nahm sich Zeit für das architektonische und kulturelle München? War es in seiner Erinnerung?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Absolut. Aber er hat mir auch von den Schwierigkeiten erzählt, mit vielen Büchern umzuziehen. Sowas hat ihn sehr verdrossen. Das waren bescheidene Gespräche, aber ich möchte annehmen, daß es für ihn eine Art Erholung war, mit einem unbedarften Jungen zu sprechen.

Offenbar sprachen zwei Dinge für Sie: ein Münchener, ein wirklicher Bayer zu sein, und Ihre jugenhafte Spontaneität.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Das möchte ich annehmen.

Sie hatten damals noch keine Zeile von Marx gelesen – oder überreiben Sie?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Damals hatte ich keine Zeile gelesen. Marx habe ich dann im Gefängnis sehr ausführlich gelesen. Ich habe ja zwei Jahre gesessen. Da hat man Zeit.

Und da wollte Lenin etwas nachholen mit Ihnen?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Nein, nein, absolut nicht. Er nahm mich so hin wie ich war. Was Lenin interessierte, das waren Kommentare zu den Münchener Persönlichkeiten, die im Vordergrund standen. Wenn er Toller gelesen hat, dann wollte er schriftlich oder mündlich – das war ganz unterschiedlich – einen Kommentar zu Toller haben. Dann habe ich gesagt: »ein jüdischer Literat« – denn judenfreundlich war Lenin nicht, nicht wahr?

Mit dem kleinbürgerlich-nationalistischen »Bund« hatte er immer wieder Streit, das ist sicher, aber ein »Rasse«-Denken war Lenin fremd.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ja, sicher. (...) Dazu kam, daß Lenin und ich eine philologische Ader hatten. Wir tauschten unsere Ansichten über die Herkunft ungezählter deutscher Lehnwörter in der russischen Sprache aus, die ein Teil der Kulturgeschichte, auch ein Teil der russischen Wirtschaftsgeschichte sind. Wir gingen beide davon aus, daß diese Worte Einbringsel durch Peter den Großen sind; aber es stellte sich heraus, daß zweifellos auch noch frühere Worteinsprengsel wie »komnata«, »gost« usw., die mindestens ins 16. Jahrhundert zurückreichen, in großer Zahl vorhanden sind. Das hat Lenin im Gespräch Spaß gemacht. Die ganz alte Garde, die Zimmerwaldgarde, hatte merkwürdigerweise schulmeisterliche Züge.¹⁹

Lenin ist Sohn eines Schulinspektors ...

LUDWIG KROEBER-KENETH: Diese ganzen Leute, wie Bucharin, hatten schulmeisterliche Züge. Das hängt vielleicht mit dem rabbinischen Zug des Marxismus zusammen. Sie alle hatten philologische Interessen, was zum Teil auch damit zusammenhing, daß sie Russen waren, Deutsch aber können mußten, um die marxistischen Schriften lesen zu können. Dann hatten sie in der Regel Französisch als Gesellschaftssprache gehabt, und durch diese mindestens Dreisprachigkeit kam ein etwas philologischer Zug in diese alte Garde um Zimmerwald.

Hochgebildete Leute.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Aber selbstverständlich. Grundgescheit war Radek, liebenswert Bucharin; Sinowjew, würde ich sagen, etwas ein Schwatzkopf, Trotzki und Tschitscherin grundgescheit, und ebenso Karachan, sein Stellvertreter, der mir die sowjetische Staatsbürgerschaft ausgestellt hat.

Und dann hat Lenin bemerkt, daß Sie krank geworden sind.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Nein, er hat gemerkt, daß er keine Berichte (aus Bayern, E. S.) mehr bekam. Ich vermute, er hat den »Gusar« danach gefragt. Seine eigentliche Bezeichnung war »Offizier«, aber erstere war ihm lieber. Und beauftragte ihn, einmal nachzusehen. Da standen die Eßschalen unberührt, die er täglich brachte, drang dann ein in die großen mönchartigen Zellen an der vorderen Kremelfront, und fand mich in einem traumaartigen Fieberzustand. Es war das Moskwa-Fieber, eine damals weit verbreitete, offenbar typhöse Erkrankung, die im wesentlichen Zugereiste betraf. Es kann sein, daß sie mit unzulänglicher Trinkwasseraufbereitung zusam-

19 L. Kroeber-Keneth, ...
»Fetzen ...«, a. a. O., S. 61.

menhing. Sie äußerte sich in Durchfall oder in typhusartiger Form. Ich habe sie massiv bekommen, ich bin magenanfällig. Ich bin also im Kremllazarett aufgewacht, das dem »kavalerski korpus« (Kavaliersflügel) im wesentlichen gegenüber lag. Niemand wollte mir sagen, wie ich dort reingekommen bin. Dort wurden die Leute aus dem ZK behandelt.

Na, Sie waren schließlich Mitarbeiter.

LUDWIG KROEBER-KENETH: So fein war ich auch wieder nicht, daß ich in dieses noble Lazarett kommen mußte. Niemand wollte mir sagen, wie ich da hineingekommen bin, bis mir eine Krankenschwester sagte: »Das hat Iljitsch besorgt.« Mehr weiß ich nicht.

Wie war Ihr Status? Waren Sie zu der Zeit Offizier? Die Uniform trugen Sie wie alle anderen. (...) Waren Sie nicht selber »Gusar«?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Das wechselte so. Teils war man nichts, zum Teil war ich Kommissar der Internationalen Brigade.

Was war das genau?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ein zusammengelaufener Haufen junger Leute – Deutsche, Tschechen, hauptsächlich wohl Slawen, Polen, Balten – der in Petrograd stationiert war, eine Einheit der Roten Armee.

Mit unterschiedlichen Sprachgepflogenheiten – wie kann man da kämpfen?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Das notwendigste Russisch haben sie inzwischen gekonnt.

Und Sie galten als Spezialist, auch als Militärspezialist?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ja, das war man dort rasch.

Immerhin hatten Sie Weltkriegserfahrung ...

LUDWIG KROEBER-KENETH: ... als Unteroffizier!

Die Köchin mußte regieren – da mußte der Unteroffizier ...

LUDWIG KROEBER-KENETH: ... die Brigade anführen.

Was war eine Brigade?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Im deutschen Heer bestand eine Brigade aus zwei Regimentern. Das hier war ein zusammengelaufener Haufen aus, ich schätze sieben- bis achthundert Menschen.

Das entsprach ja Lenins Meinung: Revolution muß man mit denen machen, die man hat.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ja. Ja.

Und wie kamen Sie zur Reiterei?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ach Gott, sportlich wie ich damals war, konnte ich mich auf dem Pferd halten. Aber ich verabscheue Pferde. »Das Pferd ist ein wildes Tier – und trachtet dem Reiter nach dem Leben«, heißt ein Spruch. Sie haben treue Augen und sonst nichts.

Die Weißen waren eben sehr nahe. Und alles, was irgendwie transportfähig war, mußte sich auf die Pferde setzen – und ihnen nach! Und da deren Pferde besser gefüttert waren als die unseren, sind sie schnell wieder weggekommen. Das nennt man dann einen Sieg – *pobeda*.²⁰

Auf Ihrem Weg nach Hause entgehen Sie Mitte Juli 1919 in Riga mit knapper Not der Erschießung durch die Weißen, um wenig später der Reaktion in Bayern in die Hände zu fallen. Welche Aufgabe hatten Sie für ihre Rückkehr nach Deutschland.

20 Hier sitz' ich auf Rasen/
mit Veilchen bekränzt;
hier will ich auch trinken,/
bis lächelnd am Himmel mir
Hesperus glänzt!
Zum Schenktisch erwähl'
ich/das duftende Grün,
und Amor zum Schenken;/
ein Posten wie dieser, der
schickt sich für ihn.
Das menschliche Leben/
eilt schneller dahin
als Räder am Wagen./
Wer weiß, ob ich morgen
am Leben noch bin?
Vom Weibe geboren,/
wir alle sind Staub;
der früher, der später,/
wir werden einst alle des
Sensenmanns Raub.
Und deckt mich des Grabes
/unendliche Nacht;
was hilft's, daß ein Arzt mich
/mit köstlichen Salben zur
Mumie macht?
Ach lieber, solange es/
auf Erden noch geht,
bekränzt mich mit Rosen
/und gebt mir ein Mädchen,
die's Küssen versteht!
Ich will mich noch laben/
am Wein und am Kuß:
bevor ich hinunter/
zum traurigen Reigen der
Schattenwelt muß.
Lied um 1790. Worte:
Klamer Eberhard Karl
Schmidt (1746-1824).

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich bekam den Auftrag, in München die Kommunistische Partei Deutschlands wieder aufzubauen, harmlos, harmlos.

Von wem bekamen Sie den Auftrag?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Von Sinowjew. Alle Dummheiten kamen von Sinowjew. Es war eine vollkommene Verkennung der revolutionären Situation.

Wieso wieder aufzubauen?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Sie war ja verboten. Am 2. Mai wurde München von den weißen Garden eingenommen. Das hat ungefähr sechshundert Tote auf der roten Seite gekostet, eine ganze Menge. – Ich bin an meinem 20. Geburtstag in München angekommen (5. August 1919, E. S.). Mit ein paar Adressen, die ich zuvor in Berlin von Paul Levi erhalten hatte, oder, ich weiß nicht, war es Ruth Fischer? Die Ruth Fischer war ein ganz großes Mistviech. (...) Ich bekam also ein paar Münchener Adressen, wo ich wieder anklopfen konnte. Das war gerade, als die Geiselmörder exekutiert wurden – jene, die die, ich glaube sechzehn Leute von der Thule-Gesellschaft als Geiseln an der Mauer des Luitpold-Gymnasiums erschossen hatten. Man sieht die Einschüsse heute noch. Die Thule-Gesellschaft war eine deutsch-tümelnde reaktionäre Gesellschaft, die in jeder »Geschichte der Münchener Räterepublik« eine Rolle spielt. Hier begann der tragische Umschwung. Die Münchener Räterepublik genoss eine gewisse Popularität, die nach der Erschießung – es waren auch ein paar Frauenzimmer dabei, brutal an die Wand gestellt – verloren ging. Natürlich waren es Reaktionäre, das ist gar keine Frage.

Die Konterrevolution danach war, wie so oft in der Geschichte, wesentlich schlimmer.

LUDWIG KROEBER-KENETH: (...) war viel schlimmer, ja. Aber darum hat die Münchener Bevölkerung keinerlei Widerstand gegen die anrückenden weißen Garden geleistet. Diese Geiselmörder, sechs, acht, zehn – etwa in der Größenordnung – wurden nun am Münchener Ostfriedhof bestattet, und ich Idiot habe als illegaler Leiter der Kommunistischen Partei dort die Grabrede gehalten. Es war mir klar, daß unter den wenigen Zuhörern die Hälfte Kriminalpolizei war. Aber nun spricht mein schriftstellerischer Schwachsinn mit: Ich habe mir eine Zeitung gekauft und hab vergessen, daß ich illegal bin. Und hab auf der Straßenbahn Zeitung gelesen. Am Sendlinger Tor – ich weiß noch die beiden Bäume, wo's geschah – legt sich mir eine Hand auf die Schulter: »Folgen Sie uns. Kriminalpolizei!« Und da bin ich in die Ettstraße eingeliefert worden und hab dort zunächst einen sehr ruhigen Karfreitag 1920²¹ verbracht.

Nun hatte ich außerdem das Pech, daß mein Vetter, Ritter von Kahr, Staatskommissar, praktisch der Staatspräsident von Bayern war. Und der Staatsanwalt hatte ihm mitgeteilt: »Ich muß sechs Jahre Zuchthaus gegen Ihren Vetter beantragen.« – Das war ihm sehr unangenehm. Daraufhin wurde die »Lex Kroeber« geschaffen, das nach dem Krieg abgeschaffte Schutzhaftgesetz wieder eingesetzt – damit der Vetter des Staatspräsidenten nicht ins Zuchthaus wandert.

Eine echte Vetternwirtschaft.

21 In dem Buch »Fetzen ...«, a. a. O., S. 100 ist angegeben, daß L. Kroeber-Keneth vom 15. November 1919 bis August 1921 Staatsgefangener des Freistaates Bayern war.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Das kann man sagen. So hat mich meine Leidenschaft für Zeitungen dorthin gerissen. Ich hatte völlig vergessen, daß ich Kommunist und illegal bin. Das ist der beste Beleg, daß ich nicht wirklich politisch bin.

Ja, Sie behaupten das in Ihrem Buch, aber beweisen konnten Sie es keinesfalls.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich wollte sagen: Ich bin politisch denkend. Ich bin kein politischer Täter. Im Gegensatz zu Kurella, der immerhin *tätig* war. Ich bin kein politischer Täter, wohl aber politisch interessiert, im Sinn der Geschichte.

Haben Ihre Eltern Sie im Gefängnis unterstützt?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Meine Eltern waren nicht beglückt mit mir. Während meiner bayrischen Haftzeit haben sie sich sehr gekümmert und gesorgt, aber wir hatten wenig echten Kontakt miteinander.

Sie kamen zu den Besuchszeiten?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Natürlich. Nun war ich ja zum Teil auch außerhalb Münchens inhaftiert, so in Landsberg, wo Hitler später sein Buch »Mein Kampf« geschrieben hat. Ich war jedenfalls im Krankenflügel von Landsberg.

Und was brachte die Mutter mit?

LUDWIG KROEBER-KENETH: 1920/21 – das waren ausgesprochene Notzeiten. (...) Als ich im Gefängnis war, wollte sich das ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands für mich verwenden, daß die ewige Verlängerung der Schutzhaft, die alle drei Monate erfolgte, endlich aufhören sollte. Aber da soll sich, wie ich hörte, Kurella in dem Sinne dagegen ausgesprochen haben, daß er, Kroeber-Keneth, uns im Gefängnis nützlicher sei als wenn er draußen wäre. So ist es mir berichtet worden.

Ich hätte ja Zweifel an solchem Bericht, nicht allein, weil Alfred Kurella überhaupt nicht im Lande war und wohl damit nicht befaßt.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich kann's nicht sagen. Es wurde mir nur so gesagt.

Von Lenin schreiben Sie, daß er faszinierend war.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Lenin hatte die Gabe der Faszination in einem ganz ungewöhnlichen Sinn auch über seine Zeitgenossen hinaus.

H. G. Wells hielt Lenin, der ihm die Zukunftspläne Sowjetrußlands, besonders die geplante Elektrifizierung des ganzen Landes erläuterte, für einen Phantasten und Träumer.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Also Ahnungsvermögen gehört sicherlich mit zur Faszination. Ob er ein eigenpersönlicher Denker war – ich möchte es dahingestellt sein lassen, ich wage das Urteil nicht. Daß er eine weltbewegende Persönlichkeit war, das ist sicher.

Für die Rückkehr nach Bayern bekamen Sie einen Brief mit?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Einen Brief von Lenin – nein. Eine Beauftragung, von ihm angeregt, die jemand im Zentralkomitee unterschrieben hat.

Sie berichten von einem Detail: Sie hatten von Lenin die Kenntnis und nutzten sie entsprechend, wie man rohe Milch als Geheimitinte verwendet. Ich weiß, Lenin hat es in der Illegalität so gehalten – aber wie kam das zu Ihnen?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Das hat er mir erzählt. Ich besitze einen dieser Briefe, die ich vor dem Ausbruch aus Günzburg geschrieben habe. Den mußte man mit dem Bügeleisen behandeln, damit die Schrift wieder sichtbar wurde – und das beruht auf einem Hinweis von Lenin.

Wie kam er dazu?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Manchmal hatte er Lust zu erzählen. Er hat mir auch erzählt, woher sein Name kommt, was damals merkwürdigerweise auch Leute seiner Umgebung nicht genau wußten: »der Mann von der Lena her«, der von der Lena kommende Mann. Er hatte manchmal Lust zu plaudern – er hatte keine Gesprächspartner mehr, er war für seine alten Zimmerwalder Genossen zum Monument geworden.

Und da kam der Jüngling aus Bayern ...

LUDWIG KROEBER-KENETH: Und da hatte er Lust, in Erinnerungen zu graben, sein Deutsch zu projizieren und zu reproduzieren, er bekam Lust zu sprechen. Wenn ich nicht so jung und dumm gewesen wäre, hätte ich jedes dieser Gespräche nachträglich aufzeichnen müssen, obwohl sie nichts enthielten, was irgendwie den Weltgang betraf. – Nein, es waren persönliche Erinnerungen, an seinen Hauswirt in München ...

Was sagte er von ihm?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Daß er ein Ekel war!

Und trotzdem blieb er?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Nein, er mußte umziehen, und es gab dann Ärger mit den vielen Büchern. (...) Aber, wie gesagt, ich habe diese kleinen stories erlebt und nie aufgeschrieben. Das bedaure ich heute sehr.

Haben Sie ihn mit der Katz gesehen? Er mochte eine Katz.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Nein, ich habe nie bei ihm eine Katze gesehen.

Sie werden verstehen, viele Menschen beneiden Sie natürlich. Sie halten Lenin für einen ganz Großen dieser Welt, Alfred Kurella selbstverständlich, ich ebenso. »Unterwegs zu Kurella« – meine Fahrt zu Ihnen – das ist schon spannend. Aber unvergleichlich ist »Unterwegs zu Lenin«.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Allein schon dieser Titel, nicht wahr? Also der Titel ist glänzend gemacht. Und auch die Erzählung ist blendend. Es ist natürlich ein Titel ex posteriori, denn ich glaube, wir hatten für unseren Brief einen anderen Adressaten.

Swerdlow! Und als Sie in Moskau eintrafen, war Jakow M. Swerdlow grad gestorben.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ach, daher meine Zweifel, denn unser Adressat war nicht Uljanow.

Und dann kamen die bayrischen Ereignisse, und alles kam in Fluß. Es war interessant, daß Sie erklären, Ihnen habe die Geschichte am nächsten gelegen, jedenfalls näher als die Psychologie.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Viel näher. Die Psychologie ist der Versuch, aus der Unfähigkeit, mit Menschen etwas anzufangen, einen leidlich gewinnträchtigen Job zu machen.

Ich war in der festen Absicht zu Ihnen gefahren, nicht mit Ihnen zu streiten, aber wenn Sie Ihre Zweifel anmelden, daß die bürgerliche

Revolution von 1848 durchweg gescheitert und die Novemberrevolution von 1918 siegreich gewesen sein soll, so kann ich Ihnen ohnehin nur zustimmen.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Die 48er Revolution wurde zwar militärisch niedergeschlagen, sie brachte aber das Großbürgertum an die Macht. Die Revolution von 1918 ist im Grunde eine verlorene. Die Aushängeschilder hatten sich geändert, aber es blieb beim Alten. *Hier ist ein Bild aus der frühen Komsomol-Zeit. Ist Ihnen jemand davon bekannt?*

LUDWIG KROEBER-KENETH: Wer steht da hinter Kurella?

Wir wissen es nicht ... Sie erkennen keinen weiteren?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Es kommt mir so vor, als ob ich die alle kennen würde. Ich kann keinen benennen und habe das merkwürdige Gefühl, daß ich sie alle kenne.

In Leipzigs Deutscher Bücherei hatte ich nur flüchtig Gelegenheit, Ihr nach einem chassidischen Lied geschriebenes Gedicht vom Glück zu lesen. Es hat mir auf Anhieb gefallen:

Massel
weit hinten in Polen
am Ufer des Dnjester
liegt sich es Dörf
im Dreck

Warm ist der Ofen
der Tisch ist gericht
fehlt nur a bissel
a bissel a Licht.

Iber dem Ufer
beten die Jidden
nach Osten gebickt
um a bissel, a bissel
a Glick.

Es schien mir so treffend die Atmosphäre einzufangen, die Sie damals auf Ihrem langen Wege kennengelernt haben mögen und von der man ein wenig durch Scholem Alechem weiß.«

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ja, es hat die Atmosphäre des Chassidischen. Aus diesem Chassidentum kommen die berühmten russischen Geiger wie Oistrach, Menuhin und wie sie alle heißen. Und zwar wird beim Schabbes gefiedelt, gesungen und getanzt. Dort ist die hohe Musikalität zu Hause.

Vielbödig und sehr interessant fand ich auch Ihr:

Narrenlied
*Ich bin der lust'ge Rat
der großen Herrn.
Die möchten bitter sich beschwern
tät ihnen mein verdorrter Mund
die ungeschminkte Wahrheit kund.*

*So lass' ich meine Schellen klirren
so lass' ich meine Peitsche schwirren
so hörn sie's gern
die großen Herrn.*

Wann wurde es denn geschrieben?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Vor 20 Jahren.

So festgelegt, wie es in Ihrem Buche als Vorspruch zitiert wird, ist es gar nicht ...²²

22 L. Kroeber-Keneth,
»Fetzen ...«, a. a. O., S.75.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Nein, nein. Es bezieht sich letztenendes auf die beiden Chefs, die ich am liebsten mochte. Das eine ist Philipp Reemtsma, der die Zigarette geschaffen hat, das andere ist der Professor Messerschmitt, der das Flugzeug geschaffen hat. Das waren die beiden Chefs, die mir nahestanden sind.

(Tilla Kroeber: Echt große Leute!)

Und wissen Sie, ich hab's eigentlich heute satt. Ich mag dieses Bourgeoisiegesindel nicht mehr. Und ich mag aber auch die sowjetischen Kleinbürger nicht, die sowjetischen Oberbuchhalter nicht.

Es ist Zeit, daß man geht. Ich hab mein Soll erfüllt. Es ist gut, daß Sie gekommen sind. Es dauert nicht mehr lang.

(11. Januar 1978) Ihr Kronberg ist ein hübsch gelegenes Städtchen, mit überschaubarer Einwohnerzahl. Herrschen hier strenge Konventionen?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Man weiß zu genau voneinander Bescheid. Es lohnt hier nicht anzugeben. Große Toiletten sind hier nicht üblich.

Keine Neureichen?!

LUDWIG KROEBER-KENETH: Es sind Normalbesitzer, Geschäftsleute und so weiter, Ärzte. Was an wirklich reichen Leuten da ist – wir gehören nicht dazu – das sind Altreiche, die zwei Inflationen überstanden haben, die seit Generationen ihre Häuser hier haben und höchstens Besorgnis haben, wie man heute noch Dienstkräfte bekommt.

Und Sie sind gern hier?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ja. Manchmal denke ich, ich gehöre eigentlich nach München, aber mit den Jahren ist man dort wohl etwas fremd geworden.

Schreiben Sie, Herr Kroeber, heutzutage auch ab und an noch ein Gedicht?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Es war eine Zeitlang, wo ich gern Verse geschrieben habe. Dann war diese Ader plötzlich versiegt. Ich glaube, ich habe vor zehn Jahren aufgehört. Ich wäre heute nicht mehr in der Lage, einen echt empfundenen Vers zu schreiben – reimen kann man immer.

Gern möchte ich die Gelegenheit nutzen, Sie um ein paar zusätzliche Auskünfte zu den besprochenen zu bitten – vielleicht erst einmal nach dem Jahr 1913, das als Jahrhundertfeier bereits chauvinistisch genutzt wurde, in dem es aber auch das große Jugendtreffen auf dem Hohen Meißner gab.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Als 14jähriger habe ich daran teilgenommen, aber Erinnerungen eines 14jährigen wären so unreif und

so unfertig, daß sie nicht aufzeichnungsreif wären. Ich weiß nur, daß Wyneken eine Rede gehalten hat – dem sind wir weit aus dem Weg gegangen. Ich war mit der Wandervogelgruppe aus München gekommen und war einer der jüngsten Teilnehmer. 1908/09 war ich in den Wandervogel e.V. München eingetreten.

Seit ich von Alfred Kurella und seinem Freundeskreis weiß, interessiert mich das Phänomen von Jugendfreundschaften, die Tatsache, daß sie, Jahrzehnte überdauernd und über Schranken hinweg, ein weiterwirkender Stimulus bleiben. (...) Nun ist es schon möglich, daß Alfred Kurella sich geärgert hat, als Sie ihm 1954 anläßlich der Übersendung seines Buches »Ich lebe in Moskau« antworteten: »Wunschgemäß übersende ich Dir mein letztes Buch: »Menschenführung – Menschenkunde«. Es zeigt, wo ich stehe. Dein Buch über Moskau kenne ich. Es zeigt, wo Du stehengeblieben bist.«²³ Eigentlich ist das eine Auszeichnung.

LUDWIG KROEBER-KENETH: In gewissem Sinne: ja!

1976 schreiben Sie über Ihren Reisegenossen von 1919: »Ich habe kaum je einen begabteren Menschen erlebt als Kurella: Zeichner, Bänkelsänger, Lautenspieler. Politisch unvergleichlich begabter als ich (...).«²⁴

LUDWIG KROEBER-KENETH: Kurella hatte unendlich faszinierende Züge. Er war eine faszinierende Persönlichkeit, nur er war auch eine schillernde Persönlichkeit in seiner Jugend. Es tritt ja mit der Zeit auch eine Altersverholzung ein, die aber auch zu einer stärkeren Gradlinigkeit führt.

Eigentlich ist deutlich geworden, warum man Sie Zwei zusammenge-spannt hat. Alfred Kurellas Bericht ist zu entnehmen, daß er aus mehreren Gründen München verlassen mußte und daß er bereits vor Ihnen in Berlin war und Sie ausgewählt hat, als er den Reiseauftrag erhielt. Was hat Sie gereizt, zuzusagen?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich wollte aus München fort, wo die Räterepublik heraufzog, die meines Erachtens keine Basis hatte und in die ich im Grunde nicht verwickelt werden wollte.

Nun schreibt Alfred Kurella, im Unterschied zu Ihrer Darstellung – die Erinnerungen von Ihnen beiden sind ja unabhängig voneinander geschrieben worden ...

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ja, völlig unabhängig voneinander ...

... daß er in Berlin bei der Zentrale der damals verbotenen KPD für die Reise von einem Genossen Pfeiffer instruiert wurde.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Also ich bin mit Paul Levi zusammengetroffen. Das ist ganz sicher. Ich habe ihn erst in Berlin, und zwar in einem Café kennengelernt, das spricht dafür, daß die Zentrale geschlossen war. Es war der Gastraum eines altmodischen, nicht modernen Cafés.

In welchem Stadtteil?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich schätze Charlottenburg, aber es wäre gelogen, wenn ich es beschwören würde. Ich erinnere mich an eine komische Episode: Er sprach etwas laut von den russischen Genossen. Und ich sagte: »Pst, Pst! Wir sind in einem öffentlichen Lokal!«

Sie, der Junge, belehrten den Vorsitzenden?!

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ja, aber er sagte darauf: »Und Sie haben gerade von Lenin gesprochen!«

23 Brief L. Kroeber-Keneths an A. Kurella am 1. 10. 1954.

24 L. Kroeber-Keneth: »Fetzen ...«, a. a. O., S. 6.

Was auch nicht richtig war.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Nein. Ein belangloses Intermezzo, nicht wahr. Und haften geblieben ist mir der Schlußsatz: »Wenn die Vertreter der Münchener Räterepublik nicht rechtzeitig nach Moskau kommen, müßt Ihr sie vertreten.«

Und es ist möglich, daß Alfred Kurella als Leiter der Delegation an diesem Gespräch teilnahm.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Es ist durchaus denkbar. Es wäre eigentlich selbstverständlich, daß er dabei war. Aber ich entsinne mich seiner nicht. Sein Reisebericht jedenfalls ist so präzise, daß er entweder ein phänomenales Gedächtnis besaß, oder unmittelbar nachher in Moskau ein Tagebuch geführt hat. Jedenfalls bezweifle ich seinen Reisebericht nach keiner Richtung. Vergessen Sie auch nicht, daß Kurella seine Sache ein Leben lang verfolgt hat. Drum sind seine Erinnerungen auch füllig und sind immer präsent geblieben, während sich für mich ganz andere Welten dazwischengeschoben haben.

Ja, gewiß. Sagen Sie bitte, wie viele Tage waren Sie, aus München kommend, noch in Berlin?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich glaube, wir waren in erheblicher Eile. Ich muß sagen, keinesfalls länger als an drei Tage.

Einen Monat dauerte die Reise?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Das dürfte stimmen.

Gern möchte ich Sie noch einmal an diesen ungewöhnlichen 1. Mai 1919 erinnern ...

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich wurde von einem Mann der Kremllwache aus dem Kavalerski Korpus an das Spasski-Tor geholt. Dort wartete ein kleiner Musikzug mit Pfeifen, und ich wurde mit den Ehren eines Delegierten zur Tribüne gebracht. Ich stand, während Lenin sprach, an der linken Seite der hölzernen Rednertribüne, die einem Schafott ähnlich sah. Nach der kurzen Ansprache von Lenin, meiner Erinnerung nach als zweiter, wurde ich auf die Bühne gehievt und hatte die Räterepublik zu begrüßen. Was ich gestern schon erwähnte, ich hatte angedeutet: »Wenn die Bayrische Räterepublik heute schon niedergeworfen sein sollte, so wird sie doch ein Fanal auf dem Weg zur Weltrevolution sein.« Und in der Übersetzung hat Bucharin diesen Satz weggelassen.

Gab es für die Ansprachen irgendwelche akustische Verstärkung?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Meiner Erinnerung nach: nein.

War von Ihrem Platz aus Lenins Rede zu hören?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ja, natürlich. Ich stand unmittelbar daneben, drei, vier Stufen unterhalb seines Podests.

Lenin sprach frei?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich kann mich nicht erinnern, daß er einen Zettel in der Hand gehabt hätte.

Zog derweil der Demonstrationzug vorüber?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Die Menge unten stand, meiner Erinnerung nach.

Hatten Sie Ihren Text notiert?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich hatte einen kurzen Zettel, den ich auch Bucharin schon gegeben hatte. Den Auftrag zu der kleinen Ansprache habe ich, wie ich meine, erst am Vortag erhalten. Es war

nicht so aufregend. Zugespitzt war mein Zweifel am Bestand der Bayrischen Räterepublik.

Und nun lernten Sie viele neue Freunde kennen. (...) Lasar Schatzkin?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ja, ganz dunkel erinnere ich mich. Er gehörte zum engeren Kreis. Im Kreml war ich sehr isoliert, ich erinnere mich nicht, dort einen Besucher gehabt zu haben. Das eine oder andere Mal war ich in der Stadt bei Bucharin und Marchlewski, die im Hotel wohnten. Ich glaube, Bucharin wohnte im Metropol.

Sagen Sie bitte auch etwas über Ihre zweite Reise in die Sowjetunion 1923. Alfred Kurella haben Sie nicht mehr getroffen, aber vielleicht andere Freunde von 1919?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Kurella – nein. Bucharin habe ich noch etliche Male gesehen, auch Marchlewski, aber nur flüchtig.

Und Ihre Pro-forma-Braut?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich glaube nicht, daß sie in Moskau war. Sie dürfte mit Vogeler auf dem Barkenhof gelebt haben. Ich kann es nicht beschwören. Die zweite Reise war eine Verkettung von Zufällen. Ich schrieb damals für den Berliner Börsen-Courier, ein links-liberales ostfreundliches Blatt, nicht zu verwechseln mit der scharf rechts gerichteten Deutschen Zeitung. Der Besitzer war ein Kommerzienrat Goldschmidt, der mir wohlgesonnen war. Ich schrieb Theaterkritiken und hatte aber noch Beziehungen zur russischen Botschaft, vor allem zu Krestinski, dem Botschafter. Auch zur Botschafterin in Schweden, Kollontai, sie war besuchsweise in München, waren Beziehungen. Krestinski fragte mich ganz unerwartet bei einem großen Botschaftsempfang Unter den Linden, ob ich nicht wieder nach Moskau wolle. Offenbar wollte man dort ein Gremium von dem Osten wohlgesinnten Korrespondenten schaffen. »Doyen« war Paul Schäffer vom Berliner Tageblatt, die einwandfrei überragende Gestalt, dann gab es einen Nicolaus Bassachess von einer großen Wiener Zeitung, ich glaube, der Wiener »Presse«, ein sehr fähiger Mann. Man wollte ein »corps diplomatique de la presse« schaffen. Rapallo war schon gelaufen, und da wünschte man drüben eine Presseunterstützung. Man hatte meine offenbar ganz flüssig geschriebenen Theaterberichte gelesen. (...) Ich mochte Moskau. Die ganze Entwicklung hat mich interessiert. Also habe ich das Visumangebot gerne angenommen. Ich bin zum Kommerzienrat Goldschmidt gegangen, der freudig auf den Vorschlag einging, denn einen Korrespondenten in Moskau zu haben, war für eine deutsche Zeitung ungewöhnlich und war ein Gewinn. Wenn ich mich recht erinnere, wurde ich in Moskau in einer großen aufgeteilten, ehemals großbürgerlichen Wohnung etabliert. Damals wurde in Moskau nackt gebadet.

Das wurde später viel strenger.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Viel pröder. Männlein und Weiblein badeten damals nackt. Im Gegenteil: Es galt als unanständig, etwas anzuhaben. Ich weiß nicht, ich hatte ein Boot gemietet, das gab's damals sogar, und hatte eine Art Shorts an, und man rief mir zu, ob ich was zu verbergen hätte ...

Fidus hätte seine Freude gehabt!

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ja. Ja.

Wie lange blieben Sie in Moskau?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich würde sagen, daß ich ein gutes halbes Jahr in Moskau geblieben bin. Ich weiß nicht, ob in meinem Buch etwas darüber steht. Meine Tagebücher habe ich weggeworfen.

Wie haben Sie das nur machen können?!

LUDWIG KROEBER-KENETH: Für meine »Fetzen...« habe ich sie exzerpiert. Die beruhen noch auf den Tagebüchern. Wenn die Tagebücher aussetzen, setzt mein Gedächtnis aus. Nur einige markante Blätter habe ich behalten. Ich werfe alles weg, was ich nicht unbedingt brauche. Ich will mich vom Papierballast entlasten.

Sagen Sie bitte, weshalb erhielten Sie, der Neuling, den Auftrag, kommissarischer Pressechef der Deutschen Botschaft zu werden?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Der echte Presseattaché war nach Berlin abberufen worden, wobei ich nie erfahren habe, ob aus dienstlichen Gründen, krankheitshalber oder ob er in Ungnade gefallen war. Das Grüppchen von fünf, sechs deutschen Journalisten wurde von der Botschaft aufgefordert, einen kommissarischen Pressesprecher zu stellen. Das war das sicherste Mittel, sich zwischen alle vorhandenen Stühle zu setzen, um dann abberufen zu werden, wenn der echte aus Berlin kam. So traf das Schicksal mich als den Jüngsten und Unbedarftesten.

Ich wurde also in die Deutsche Botschaft zu Generalkonsul Grabowski gerufen, der mir ausgesprochen ungnädig gesonnen war, wiewohl ich ihn sehr bewunderte. Früher war er Generalkonsul in Kiew gewesen. Durch den kam ich dann mit einiger Mühe zu Botschafter Brockdorff-Rantzau. Das war ein berühmt-berüchtigter Nachtarbeiter, und das hat ihn mit Tschitscherin verbunden, der auch ein ausgesprochener Nachtarbeiter war. Ich bin auch mitten in der Nacht von Brockdorff-Rantzau empfangen worden. Er war zunächst durchaus voreingenommen, war mir dann später aber freundschaftlich zugetan. Diese Tätigkeit schloß nach kurzer Zeit ein, weil die Stelle definitiv anders besetzt wurde. Ich wurde in Gnaden entlassen.

Das war ohne Gehalt?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Es war ein Ehrenamt.

Es bedeutete nicht unbedingt, an den Beratungen des Leitungsgremiums der Botschaft teilzunehmen?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Nein. Nein. Damals war Botschaftsrat G. Hilger, ich glaube, er lebt noch irgendwo, die Seele der Botschaft. Den inneren Betrieb hat Grabowski geleitet. Brockdorff-Rantzau schwebte irgendwie über den Wassern und hielt vor allem den Kontakt mit Tschitscherin.

Wie würden Sie heute das politische Credo dieses Führungsgremiums der damaligen Deutschen Botschaft einschätzen?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Sie waren in erster Linie Gegner des Versailler Vertrages. Das einte sie. Da war ihnen jedes Mittel recht.

Zwischen Brockdorff-Rantzau und Tschitscherin bestanden freundschaftliche Beziehungen. Grabowski hatte wohl unterirdische Beziehungen zum russischen Nachrichtendienst: Die tauschten wohl untereinander Nachrichten aus. Und Hilger war ein gewandter Routediplomat. Was sie vereint hat, waren die Ablehnung und der Kampf gegen den Versailler Vertrag.

Haben Sie sich in Moskau auch im kulturellen Bereich umgetan?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ja, besonders im Theater. Ich hatte mit Meyerhold eine Begegnung. Mit Kandinski bin ich ein paarmal zusammengetroffen. Kandinski wollte gern, daß ich zwei seiner Bilder nach Berlin mitnehme: eins sollte sein Kunsthändler, Flechtheim, bekommen, das andere sollte ich behalten. Heute wäre ich ungefähr Millionär. (...) Aber ich habe das nicht gemacht, da ich nichts von seiner Kunst halte. Ich bin der Ansicht, daß Kandinskis expressionistische Malerei einfach daher kommt, daß er nicht zeichnen kann.

Hier ähneln Sie Alfred Kurella, der ähnlich böse Gedanken gegenüber diversen Ismen hatte ...

LUDWIG KROEBER-KENETH: Ich hielt das ganze für einen Rückfall in die russische Lackmalerei. Ich bin dann nicht mehr hingegangen zu Kandinski und bereue natürlich, daß ich die zwei Bilder nicht mitgenommen habe. (...) Ich reiste damals fein mit Diplomatenpaß.

Mit der Berichterstattung nach den abendlichen Theaterbesuchen war ich nicht ausgelastet. Eine deutsch-russische Handelsgesellschaft Wostwag (»West-Ost-Europäische Warenaustauschgesellschaft«) ist an mich herangetreten, die einen Sitz in Berlin, in der Victoria-Straße hatte. Sie hat mir das Leben in Moskau möglich gemacht, denn in Deutschland war Inflation und das Salär war sofort davongeflossen. Ich wurde als Dolmetscher gebraucht, habe Übersetzungen gemacht, Schriftwechsel geführt, Besuche gemacht, nicht als Großkaufmann, sondern immer im Auftrag. Hauptsächlich wurden Pelze gehandelt. So sehr groß waren damals die Handelsgeschäfte mit Deutschland gar nicht. Ich erinnere mich vor allem an Pelzgeschäfte. Auch aus einem persönlichen Grund: Ich kaufte mir einen Pelz aus Zibetkatze, der vor allem den Nachteil hatte, daß er, wenn es warm wurde, entsetzlich stank.

Für sich selber kauften Sie den?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Für mich, ausnahmsweise. Sehr häufig waren die Felle, die aus der Wolgagegend kamen, schlecht gerbt. Es fehlte da wohl noch an Chemikalien. Und da gab es eben auch mit der Wostwag Verdruß, weil die damaligen russischen Waren zum Teil den deutschen Ansprüchen nicht genügten.

Vor allem aber haben Sie für Ihre Zeitung Artikel geschrieben und Interviews gemacht?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Mit Krassin, Volkskommissar für Außenhandel, hatte ich ein Interview, und ich muß auch den Präsidenten der Gosbank, Scheinmann, erwähnen, der uns Pressevertretern die Goldbarren zeigte. Meine Tätigkeiten, das waren Interviews, abends Theater und zwischendurch Vermittlungsgespräche für die Wostwag. Das war das zweite Bein, auf dem ich in Moskau stand. Als dann der damalige Leiter der Wostwag abberufen wurde, ihm waren verschwenderische Geschäftsgebaren vorgeworfen worden, womit man seinerzeit alles und jedes begründen konnte, hörte diese Geldquelle auf.

Ich kam dann zurück nach Berlin, schrieb weiter für den »Börsen-Courier«, und der alte Kommerzienrat Goldschmidt empfing mich: »Schön haben Sie geschrieben, fleißig haben Sie geschrieben. Brav haben wir alles gedruckt. A Journalist wern Sie nie!« – »Aber Herr Kommerzienrat«, sagte ich, »wenn ich schön geschrieben hab und

Sie brav alles gedruckt haben, wieso werde ich dann kein Journalist?« Darauf sagte er: »Wissen's, Sie haben genauer recherchiert als die anderen und weniger Fehler gemacht als die anderen – aber Sie waren immer 24 Stunden später.«

Das war für mich eine außerordentliche Lehre: Journalismus verlangt den Tagesschriftsteller – das bin ich nicht. Ich bin Fachschriftsteller. Ich schreibe auch heute noch in Zeitungen, wie Sie wissen, in der *Frankfurter Allgemeinen* und in der *Welt* – ich bin wohl der einzige, der in beiden Zeitungen schreibt – aber ich weiß, daß ich im Sinne der flotten, cleveren Tagesberichterstattung kein Journalist bin.

Haben Sie Ihre alten Artikel später noch einmal nachgeblättert?

LUDWIG KROEBER-KENETH: Nein. Ich lese nie noch mal, was ich geschrieben habe, es sei denn, ich muß etwas Bestimmtes nachschlagen. Was geschrieben ist, fällt von mir ab.

Vielleicht haben wir in etwa den Kreis ausgesritten, der auszusprechen war. Ich möchte Sie nur herzlich bitten, dasjenige, was morgen, übermorgen, in einer Woche und später zum Thema aus Ihrer Erinnerung hervortauchen sollte, freundlicher Weise zu notieren und nachzutragen.

LUDWIG KROEBER-KENETH: Aber gern.

Ich danke herzlich für die so freundlich und geduldig gegebenen Auskünfte. Ich danke Ihnen und Ihrer Gattin für die gastliche Aufnahme.

Nachbemerkung

Die Vorahnung Kroeber-Keneths, sein Soll erfüllt zu haben, hatte nicht getrogen. Sein weiteres Buch, »Macchiavelli und wir« (Stuttgart 1980), übersandt von Frau Tilla Kroeber, war schon die Gabe eines Toten.

Dankbar und mit Respekt sehe ich nach 30 Jahren die Aufzeichnung des Gesprächs durch – die aufrichtig und erstaunlich konzentriert vorgetragenen Erinnerungen Ludwig Kroeber-Keneths. Mögen sie Widersprüche, auch Fehleinschätzungen aufweisen, bleiben sie doch Zeugnis für außerordentliche Menschen, den Berichtenden eingeschlossen, und für eine verschollene Zeit.

DETLEF KANNAPIN

Im Garten der Beliebigkeit.

Krise und Zerfall der spätimperialistischen Philosophie

Das, was einmal Philosophie hieß, wird heute seinen eigentlichen Bestimmungen nicht mehr gerecht, und ich kann mich nur schwer des Verdikts erwehren, hier wären geheime Mächte am Werk, die genau diesen Zustand wollten, den wir heute haben. Ich versuche, dialektischer Materialist genug zu sein, um mich solcher Versuchungen zu erwehren, denn hier soll die wissenschaftliche Auseinandersetzung geführt werden. Tatsächlich allerdings spiegelt der Zustand des philosophischen Denkens der Gegenwart diese selbst so gerade heraus, weil offenbar die ungleichmäßige Entwicklung von Basis und Überbau nicht länger gilt, sondern ihre Identität. Der Eintritt des Menschen in seine selbst verschuldete Barbarei im Zeitalter der Hochtechnologie wird begleitet von der vorgeblich philosophischen Begründung, daß das, was ist, gut, richtig und unantastbar sei. Genau in diesem Moment hätte normalerweise die Stunde wirklicher Philosophie zu schlagen.

Detlef Kannapin – Jg. 1969, Historiker; Dissertation zum Nationalsozialismus im Film der Nachkriegszeit; zahlreiche Veröffentlichungen im DEFAJahrbuch, in Sammelbänden, in *Jungle World*, Berliner Debatte, Das Blättchen etc. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Die internationale Ideologie. Anmerkungen zu Hardt/Negri »Multitude«, Heft 174 (April 2005).

Gegenwärtige Bestandsaufnahme

Wer sind wir? Was wollen wir? Wo kommen wir her? Was können wir wissen? Wo wollen wir hin? Das sind die Fragen der Philosophie, oder besser: das waren sie. Philosophie ist eigentlich nur als Weltentwurf zu denken, als Versuch, dem menschlichen Leben einen rationalen Sinn zu verleihen. 1951 widmete Theodor W. Adorno seinem Freund Max Horkheimer die Aphorismensammlung »Minima Moralia« mit dem Eingangsspruch, daß die Suche nach dem richtigen Leben nicht mehr der Gegenstand der Philosophie wäre, weswegen sie als traurige Wissenschaft in die Geschichte eingehen würde.¹ Traurig ist zu wenig. Philosophie ist mittlerweile Farce, weil sie sich nicht mehr die Mühe macht, nach Auswegen aus dem Dilemma von Ausbeutung und Unterdrückung inmitten möglichen gesellschaftlichen Reichtums zu suchen. Der letzte große Gesamtheitsphilosoph scheint in dieser aufklärerischen Hinsicht Ernst Bloch gewesen zu sein, als er in seinem Spätwerk »Experimentum Mundi« das Programm der Philosophie für die Zukunft folgendermaßen umriß: »Die systematischen Kategorien aber von historisch-ideologischen Trübungen der Statik zu befreien, dazu dient die ideologische Durchsicht ihres Entstehens, also des bisherigen geschichtlichen Ablaufs, des bisherigen gesellschaftlichen Aufbaus, der bisherigen moralisch-religiösen Wertungen, der jeweils überlieferten Schichten, Sphärenordnungen innerhalb des philosophischen Systems selber. Man denke gegen die fortwirkende Gewohnheit hierarchischen

1 Vgl. Theodor W. Adorno: *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*, Frankfurt/M. 1951, 1994 (22. Aufl.), S. 7.

Denkens nur an die keineswegs gelösten, im Gegenteil höchst offenen Stellungsprobleme von Werden und Ruhe, von Sittlichem, Ästhetischem, Religiösem (auch minus Aberglauben) im Verhältnis zueinander, an das Stellungsproblem der Natur, gar nach der menschlichen Geschichte, mindestens um sie herum. Gewiß also, sperrende Überbleibsel aus bisheriger Herrundknechtzeit müssen notiert werden, gerade weil wir erst in einer Übergangszeit leben, noch in einer solchen leben. Doch freilich ist damit das Ganze an überkommener Nebelei, gar Schönfärberei von Ideologie noch nicht erschöpft; denn indem ein anderes Maß als das des Geschäfts bewußt geworden ist, kann Ideologie von diesem marxistischen Maß her bereits durchschaut und ebenso ganz anders parteiisch wider ihre bloß vernebelnde Funktion in unseren Dienst gestellt werden.»²

Denken gegen die fortwirkende Gewohnheit hierarchischen Denkens? Offene Stellungsprobleme von Natur und Gesellschaft? Übergangszeit? Sind das nicht altbackene Thesen eines Zurückgebliebenen? Das Problem der Philosophie in der Jetztzeit besteht gerade darin, daß ihr institutionalisierter Arm das genau so sieht. Hierarchisches Denken, selbstbefangen, wird nicht reflektiert. Natur und Gesellschaft werden durch die Technik ausgesöhnt, nicht durch Moral. Am angeblichen »Ende der Geschichte« ist das Gerede von einer Übergangszeit schlechthin anachronistisch. Zu diesem Behufe wurden sämtliche theoretischen und methodischen Kategorien des systematischen Denkens mit Mißtrauen belegt: theoretische Kohärenz, methodische Konsequenz, Spekulation und Metaphysik, schließlich und vor allem der gesetzmäßige Ablauf der Geschichte vom Niederen zum Höheren.

Oder um es plastischer zu formulieren, der Vorzug der Reaktion vor dem Fortschritt ist der Gegenwartsphilosophie so deutlich eingeschrieben, daß es schwer fällt, sie in irgendeiner Form zu verteidigen. Der rastlose Umgang mit neuen, bahnbrechenden Dekonstruktivismen, Kontingenzen, Kognitionen, Parallelismen und Differentialen hat aus der Philosophie in den letzten vier Jahrzehnten wirklich das gemacht, was der Alltagsverstand von ihr hält: Geseiere. Dabei ist der Verlust der Systematik wirklich zu beklagen, denn er verhindert die Einordnung des Unübersichtlichen, worauf es heute ankäme. Hans Heinz Holz formuliert das eindeutig: *»Der Verfall der klassischen Metaphysik in der Philosophie nach Hegel erweist sich als ein Verzicht auf die weltanschaulich organisierende Kraft der Philosophie, als ein Verzicht auf eine mit dem Anspruch auf Allgemeinverbindlichkeit auftretende Orientierung des Menschen in der Welt und damit auf den Entwurf von gesellschaftlichen Zielen und Perspektiven. Der Irrationalismus lebensphilosophischer Prägung ist der gemeinsame Nenner für ebenso zahlreiche wie beliebige private Sinnentwürfe, und die Varianten positivistischer Denkweise in ihrer Beschränkung auf wissenschaftstheoretische und erkenntnistheoretische Probleme münden in einen Pluralismus, dessen konsequente Zuspitzung im »erkenntnistheoretischen Anarchismus« Paul Feyerabends zur Konkursklärung jeder auf Wahrheit gerichteten philosophischen Theoriebildung führt. Feyerabends Proklamation »anything goes« ist der extreme Gegenpol zu Hegels Feststellung, die Philosophie habe »die Wahrheit zu ihrem Gegenstande.«³ Die*

2 Vgl. Ernst Bloch: Experimentum Mundi. Frage, Kategorien des Herausbringens, Praxis (1975), Frankfurt/M. 1985, S. 24/25.

3 Vgl. Hans Heinz Holz: Weltentwurf und Reflexion. Versuch einer Grundlegung der Dialektik, Stuttgart-Weimar 2005, S. 46. Wobei Feyerabend höchstens der Aufhänger gewesen sein dürfte, denn sein Buch ist eher spaßig und für die Zerstörung des philosophischen Diskurses von recht geringer Bedeutung. Das liegt daran, daß bei ihm der Fokus auf den Naturwissenschaften liegt und der »fröhliche Anarchismus« der Theorie eigentlich funktionären des Gegebenen wie Luhmann, Marquard und Strauss zur bedeutenderen Unehre gereichen müßte. Zum Hauptakteur des »anything goes« avanciert jedoch die zeitgenössische französische Philosophie. Dazu später mehr.

Wahrheit zu ihrem Gegenstande hat die Philosophie nun tatsächlich nicht mehr. Sie weigert sich, Fragen des menschlichen Zusammenlebens auf ihre Agenda zu setzen. Sie sucht stattdessen nach Ausreden. Drei Thesen illustrieren dies:

a) Die Philosophie der Gegenwart hat ihren Ordnungscharakter verloren; sie ist nicht länger eine Generalwissenschaft oder die Wissenschaft von den Wissenschaften.

b) Der Verzicht der Philosophie auf den Fortschrittsaspekt macht sie in der jetzigen Form überflüssig und überantwortet den philosophischen Begründungszusammenhang der menschlichen Existenz allein auf Machbarkeitskriterien innerhalb von Systemen, Ordnungen und Rubriken.

c) Die akademische Philosophie reduziert sich selbst auf Philosophiegeschichte, weil ihr der Maßstab fehlt, über die bürgerliche Seinswelt hinauszudenken.

Solche Thesen bedürfen der Begründung und des Beweises.

Zur Begrifflichkeit

Krise, Zerfall und Spätimperialismus erscheinen als Begriffe hoffnungsloser Rückständigkeit. Sie entspringen dem dialektischen Materialismus, der instinktiv weiß, daß die Waffen der Bourgeoisie stumpf sind und der Kommunismus unter dem Fundament der Paläste des Kapitals bereits an dessen Aufhebung arbeitet. Aber gerade dieser himmelschreiende Optimismus der Emanzipation führt angesichts der drückenden Relevanz der Realität ins Abseits. Wer glaubt denn, daß wir im Spätimperialismus leben, in dem die Krise und der Zerfall des philosophischen Denkens die Hauptursache der allgemeinen grassierenden Ratlosigkeit sind? Ist nicht die Ratlosigkeit selbst der abzufeiernde Dauerzustand, damit man nicht mehr mit Fragen belästigt wird wie: Haben wir ein Recht auf moralische Empörung? Wollen wir wirklich politisch korrekt sein, wollen wir Frauenrechte, Kinderfreundlichkeit, eine intakte Umwelt? Ist es essentialistisch, Ausbeutung als Gesellschaftsproblem vor der überholten Rolle des Parlamentarismus zu thematisieren? Wer soweit ist, braucht nicht weiter zu denken; er hat verloren, denn jedes Ding hat seine zwei oder mehrere Seiten (»Multikausalität«!), und die eine gegen die andere aufzurechnen, hat immer den Tod des Rechte einklagenden Subjekts zur Folge.

Also Spätimperialismus: Der Begriff ist *so* nicht überliefert. Wir verdanken zumindest seine Bedeutung Peter Hacks, der in einer Polemik gegen einen Wirtschaftswissenschaftler nachrechnete, daß die Frist des Imperialismus im Wesentlichen seit dem Jahre 2000 um ist. Und zwar aus Gründen, die nur zu klar sind: »*seine Eisenbahnen, die gegen die Autobahnbrücken donnern, seine Transatlantikflugzeuge, die neben ihrer Startbahn aus der Luft fallen, seine Autos, die die Fabrikare verlassen, um in die Reparaturwerkstätten gerollt zu werden. Seine Marsautomaten erreichen den Mars nicht. Seine Telegramme benötigen mehr Zeit als seine Briefe. Weltzeitungen schämen sich nicht mehr bei Druckfehlern. In seiner Wurst befindet sich kein Fleisch, in seinen Marmeladen ist keine Himbeere. Das Essen ist so schlecht, daß sich heute schon sagen läßt, der deutsche Mittelstand habe nichts zu essen.*«⁴ Spätimperialismus ist eine Art negati-

4 Vgl. Peter Hacks: Georg Nostradamus oder Professor Fülberths Vorhersage, in: Ders.: Die Maßgaben der Kunst I. Hacks Werke, Dreizehnter Band, Berlin 2003, S. 540-553, hier S.541 und S. 552.

ver Imperialismus: Besetzen des Landes, des Ortes, der Umgebung – kaputt machen der ursprünglichen Struktur – nichts Produktives an seine Stelle setzen – abwarten, was die UNO sagt. Spätimperialismus ist somit die letzte Stufe innerhalb der bürgerlichen Ordnung. Die spätimperialistische Philosophie ist ihr systematischer Ausdruck. Es ist berechtigt, sie so zu benennen, denn sie legitimiert einen zunehmend zerstörerischen Weltzustand als letzte Antwort des Geistes und kann dabei nur Rückgriffe auf Althergebrachtes anbieten (hier minus Sozialismus). Bleiben die Krise und der Zerfall des philosophischen Denkens, denn sie entsprechen augenfällig den herrschenden Zeitläuften. Georg Lukács hat bereits 1946/47 auf die Krise der bürgerlichen Philosophie im Angesicht der Niederlage des deutschen Faschismus hingewiesen: »So ist die Entfernung zwischen der Wirklichkeit und den die Oberflächenerscheinungen widerspiegelnden Gedanken so groß, daß jede Veränderung der gesellschaftlichen Entwicklung sich vor dem Denken als unerwarteter, klaffender Abgrund auftut, sich als Krise, als eine unaufhörliche Kette von Krisen manifestiert.«⁵

Krise und Zerfall der spätimperialistischen Philosophie heißen demnach hier, daß eine sinnvolle Struktur dessen, was früher gutes Leben hieß, verteuft wird. Heißt, der Glaube an die rationale Vernunft wird verworfen, weil er sich selber nichts mehr eingestehen darf. Heißt, die unaufhörliche Kette von Krisen als das zu besingen, was angesagt ist: Ich weiß nicht, was soll es bedeuten, daß ich nicht weiter denken kann, als über den Horizont meiner subjektiven Existenz hinaus. Und derlei mehr...

Zweifellos handelt es sich bei all diesen Begriffen um teleologische Termini, und es ist bestimmt unschwer zu erkennen, daß gerade die Zielorientierung in den Geisteswissenschaften als verrufen gebrandmarkt worden ist, gibt sie doch vor, mehr zu wissen, als den gegenwärtigen Tatsachen entnommen werden kann. Und gerade deshalb: Wo den Philosophen zu Barbarismen wie Angriffskriegen, einer Legitimation von Folter, der imperialistischen Weltwirtschaftsordnung und einer für das 21. Jahrhundert nur unheimlich zu nennenden Retheologisierung des Denkens nichts Kritisches mehr einfällt, da kann man nur sagen, daß dann ihre eigene Legitimation genauso verteidigungsunwert ist, wie die der Gesellschaft überhaupt.⁶ Das Gegenargument hierzu muß lauten: Wer spekulativ über den herrschenden Ist-Zustand nicht hinauszudenken vermag, der verteidigt, bewußt oder unbewußt, den status quo, der normalerweise, philosophisch gedacht, immer zu verändern wäre.

Internationale Tendenzen

Im Allgemeinen muß der Übergang zur spätimperialistischen Philosophie mit der Ausrufung des sogenannten postmodernen Denkens assoziiert werden. Ist es schon schwierig, definitorische Kriterien für den Begriff Moderne zu konstituieren (Was ist sie? Wann begann sie? Wann hörte sie auf? Wie ist sie zu beschreiben?), so gilt das erst recht für die Postmoderne, die als kleinsten gemeinsamen Nenner vielleicht den hat, alle Gewißheiten in Frage zu stellen, die von der Aufklärung stammen. Bereits dieser Tatbestand ist als rückschrittlich zu bezeichnen und hat viel vom Geschmack der Scholastik.⁷

5 Vgl. Georg Lukács: Die Krise der bürgerlichen Philosophie (1946/47), in: Ders.: Existenzialismus oder Marxismus?, Berlin 1951, S. 7-32, hier S. 10.

6 Das Problem der Retheologisierung des Denkens im Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution harret einer gesonderten Abhandlung. Hier soll vorerst der Verweis genügen, daß die gegenwärtige Tendenz darauf angelegt ist, »den inneren Zusammenhang von idealistischer Beantwortung der Grundfrage der Philosophie, Struktur der Weltanschauungskonzeption, irrationalistischer Methodologie und dem in diesen reproduzierten und normierten Verhalten gegenüber der gesellschaftlichen Realität« zu verstetigen. Daß das Problem nicht neu ist und damit erst recht auf eine allgemeine Überwindung drängt, zeigt die Quelle des Zitats. Vgl. Wolfgang Heise: Aufbruch in die Illusion. Zur Kritik der bürgerlichen Philosophie in Deutschland, Berlin 1964, S. 11.

7 Vgl. dazu den Kommentar von Terry Eagleton: Die Illusionen der Postmoderne. Ein Essay (1996), Stuttgart-Weimar 1997.

Man sollte aber von solchen unsystematischen Periodisierungen die Finger lassen. Sie erklären nichts und sorgen dafür, daß Behauptungen als Realität angenommen werden. So ist es zum Beispiel falsch anzunehmen, daß die Postmoderne das philosophische Denken erst seit den 1980er Jahren beeinflußt hätte, falsch, daß ihre Zeit schon wieder vorbei sei, und auch falsch, daß Baudrillard oder Lyotard ihre Urheber gewesen wären (wiewohl die französische Philosophie bei der Entstehung dieser Denkrichtung eine entscheidende Rolle spielt). Das Ganze reicht tiefer und weiter. Es gibt einen elementaren materiellen Grund für die Positionierung einer voraufklärerischen Philosophie im Zeitalter ihrer eigentlichen Realisation, wie es auch einen weiteren Grund dafür gibt, daß sie heute als non plus ultra des Denkens gilt. Als geistiger Indikator für die zunehmende Desorganisation des Verwaltungskapitalismus seit dem Eintritt des Kapitals in seine eigene Selbstbespiegelung entsteht der Postmodernismus genau dann, als die Erosion des Wohlfahrtsstaates westeuropäischer und nordamerikanischer Prägung erstmals handgreiflich wird. Die frühesten Anzeichen dafür gibt es schon in den 1960er Jahren, ab da vollziehen sich die Bedenken am und schließlich die Destruktion des Projekts der Aufklärung. Das Denkproblem hat seine klassische (»identische«) soziale Dimension: Wo die Produktion des Kapitals perspektivisch mit immer weniger Fachkräften realisiert werden kann, bedarf es auch immer weniger eines Wissens über die Produktionszusammenhänge, in welcher Form auch sonst. Ist, darüber hinaus, der Zweifel daran, daß es möglicherweise nützlich wäre, religiöse Toleranz zu üben, Frauen als Menschen zu akzeptieren, Bürgerrechte mit den Verfassungsrechten in Übereinstimmung zu bringen und unwürdige Lebensumstände zu verändern, als »Groß-erzählung«, »Metaphysik«, »Spekulation« und »unterwürfiger Totalitarismus« einmal denunziert und damit in der Welt, wird es ganz schwer, wenn nicht unmöglich, diesen Zerstörungswahn jeglicher Systematik umzukehren und aufzuheben. Denn der Rubikon wird genau in dem Moment überschritten, wo er sich ausgetrocknet zeigt: Wenn die Suche nach objektiver Wahrheit generell zum Scheitern verurteilt ist, dann muß mit der Suche gar nicht erst begonnen werden, denn wir sind subjektiv in die Welt geworfen worden, und jeder darf seine Meinung als eigene Wahrheit, die gilt, artikulieren. Was zu zeigen war, freilich ohne einen selbständigen Gedanken.

Auslöser der Krise und des Zerfalls der spätimperialistischen Philosophie ist Frankreich. Das ist zunächst erstaunlich, schließlich hat Frankreich mit seiner bürgerlichen Revolution überhaupt erst dafür gesorgt, daß der Feudalismus politisch abtreten mußte und wir im bis dato besseren Zeitalter des Individualismus angelangt sind. Erstaunlich auch, weil der wichtigste vorrevolutionäre Dialektiker Rousseau und der wichtigste politisch wirksame Literat Balzac in ihrer Zeit mit ihrem Denken weit voraus waren. Ist es nun so, daß der französische Dekonstruktivismus, der die ganze Welt zu erfassen im Begriff zu sein scheint, vielleicht nichts weiter als der Ausdruck dessen ist, womit wir es in der Krise und dem Zerfall des philosophischen Denkens überhaupt zu tun haben, nämlich mit der Vorwegnahme des Vorscheins einer wiedererlangten und wieder genesenen Vernunft? Ich kann nicht daran glauben, denn die Zusammen-

führung von Einzelkenntnissen zu einer neuen philosophischen Totalität war nie das Ziel des Dekonstruktivismus.

Wir müssen davon ausgehen, daß die zeitgenössische *französische Philosophie* den Daseinsgrund und die Wesensmitte der heutigen Ratlosigkeit im philosophischen Denken darstellt. Drei Beispiele, ein frühes, ein mittleres und ein spätes, sollen das beweisen.

Michel Foucault gilt bis heute für sich selbst als tief emanzipatorisch begreifende Zeitgenossen als *der* Philosoph der Machtkritik, der mit seinen Studien zur Biopolitik, zum Diskurs und zur Disziplinargesellschaft die Auswüchse der herrschaftlichen Ignoranz bis ins Kleinste sezierte. Unterschlagen wird dabei in der Regel, daß Foucault definitiv angelastet werden muß, den Machtbegriff diversifiziert und damit unkenntlich gemacht zu haben. Eine Mikrophysik der Macht untergräbt die genaue Benennung der systematischen Konfliktlinien von Machtkalkülen und Machtrelevanzen in der kapitalistischen Gesellschaft. Eines seiner Erstlingswerke gibt Aufschluß, Foucaults Geschichte des Wahnsinns. Darin heißt es programmatisch einleitend: »*Es handelt sich nicht um eine Geschichte der Erkenntnis, sondern der rudimentären Bewegungen einer Erfahrung. Es ist nicht die Geschichte der Psychiatrie, sondern des Wahnsinns selbst in seinen Aufwallungen vor jedem Erfasstwerden durch die Gelehrsamkeit. Man müßte also mit aufmerksamem Ohr sich jenem Geraune der Welt zuneigen und versuchen, so viele der Bilder, die nie in der Poesie ihren Niederschlag gefunden haben, so viele Phantasmen wahrzunehmen, die nie die Farben des Wachzustandes erlangt haben.*«⁸ Zweifelsfrei erkennt auch Foucault die Unmöglichkeit dieses Vorhabens in praxi, aber theoretisch und methodologisch sind alle seine Arbeiten dem Prinzip gefolgt, Erfahrungen vor Erkenntnisse zu stellen und das Geraune als Quelle für den Beweis zu nehmen, daß es hierarchische Machtverhältnisse zwar gibt, eine »horizontale« Machtverteilung jedoch die viel schlimmere Unterdrückung darstellt, wo also die häusliche Gewalt zwischen Eheleuten dieselbe Qualität hat wie die strukturelle Gewalt der Ausbeutung auf dem Arbeitsmarkt, obwohl letztere ursächlich der ersten vorgeordnet ist. Diese philosophische Irritation hat seither Schule gemacht.

Gilles Deleuze, als Co-Autor mit Felix Guattari Urheber einer gut tausend Seiten starken Abhandlung über »Kapitalismus und Schizophrenie«, ist unser mittleres Beispiel aus einer Zeit, als die dekonstruktivistische Postmoderne ihren atemberaubenden Höhenflug in der akademischen Welt genoß, in Deutschland nicht zufällig Anfang der 1990er Jahre. Wir nehmen auch hier ein philosophisch eher unbekanntes oder kaum erhebliches Dokument, den Anfang des zweiten Bandes der Filmtheorie von Deleuze, die sich bei näherem Hinsehen insgesamt höchstens als rein subjektive Bergson-Interpretation lesen läßt⁹ und wenig von dem beinhaltet, was sie verspricht, nämlich die Entschlüsselung filmischer Wahrnehmungsprozesse voranzutreiben. Die filmtheoretischen Implikationen des folgenden Zitats sind für uns hier unerheblich, wesentlich ist der erkenntnistheoretische Zugang zum Abbildrealismus oder besser: zum Ausdrucksrealismus. Deleuze beginnt ebenso programmatisch wie Foucault: »*Gegenüber denen, die den italienischen Neorealismus durch*

8 Vgl. Michel Foucault: *Wahnsinn und Gesellschaft. Eine Geschichte des Wahns im Zeitalter der Vernunft* (1961), Frankfurt/M. 1973, 1995 (11. Aufl.), S. 13.

9 Nebenbei: Georg Lukács hat Bergson in einem seiner frühen politischen Aufsätze kaum zufällig *den* Philosophen des Syndikalismus seiner Zeit genannt. Vgl. Georg Lukács: *Taktik und Ethik* (1919), in: Ders.: *Taktik und Ethik. Politische Aufsätze I 1918-1920*, Darmstadt und Neuwied 1975, S. 43-84, hier S. 69.

seinen sozialen Inhalt definierten (was man mit entschiedenem Recht tun sollte – D. K.), *berief sich Bazin* (französischer Filmkritiker der Ontologie – D. K.) *auf die Notwendigkeit formal-ästhetischer Kriterien. Er führte dabei an, daß es sich um eine neue Realitätsform handele, die man sich dispersiv, elliptisch, richtungslos oder schwankend* (ballante) *zu denken habe und die durch Blöcke mit betont schwachen Verbindungen und fließenden Ereignissen charakterisiert ist. Das Reale werde nicht mehr repräsentiert oder reproduziert, sondern ›gemeint‹. Statt ein bereits dechiffriertes Reales zu repräsentieren, meine der Neorealismus ein zu dechiffrierendes und stets zweideutiges Reales; aus diesem Grunde trete die Plansequenz zunehmend an die Stelle der Montage von Repräsentationen.*¹⁰ Wir vernachlässigen an dieser Stelle sowohl die Redundanz der Wiederholung als auch die filmtheoretische Fahrlässigkeit im Inhalt der Aussage, sondern fragen einzig nach der erkenntnistheoretischen Bewandnis. Und diese lautet: Es gibt nach Deleuze keine durchstrukturierten, klaren Herrschaftsverhältnisse, es gibt nur noch Dispersionen, Schwankungen, schwache Verbindungen, die innerhalb der Philosophie auf nichts anderes hinauslaufen, als Systematik zu negieren und in der Realität nur noch Formgebundenes zu sehen. Marx hätte geantwortet, daß der Hautausschlag so positiv wäre wie die Haut, aber das dürfte heute abtropfen. Denn die Art und Weise, mit der hier elementare Erkenntnisse von 250 Jahren Aufklärung in den Orkus gewandert sind, ist bezeichnend. Die Richtungslosigkeit der Philosophie entspricht der Richtungslosigkeit der Gesellschaft.

So auch und gerade beim Lehrmeister des Dekonstruktivismus, Jacques Derrida. Dessen letzte Arbeit war eine Antwort an Kritiker zu seinem Buch »Marx' Gespenster« und versuchte, den ganzen Karl Marx in eine politische Philosophie als Ontologie hineinzu-zwängen (was an sich vielleicht in Ordnung wäre, wenn nicht die sprachwissenschaftliche Deduktion Derridas dem Kern der Marx-schen Philosophie so deutlich zuwider liefe). Ich referiere erneut, indem ich zitiere: »Ohne hier jene Bewegung rekonstruieren zu wollen, (gemeint ist die Geschichte des Marxismus als Erbe der Aufklärung – D. K.) *erlaube ich mir, daran zu erinnern, was zu einer bestimmten Zeit einerseits ›die Möglichkeit (...) und die Phänomenalität des Politischen‹ oder auch ›was die Bestimmung des Politischen ermöglicht‹ und andererseits die Möglichkeit einer ›Lehre vom Spuk‹ (hantologie) miteinander verknüpfte, und zwar an der Stelle, wo ein Diskurs (ich sage nicht, eine Wissenschaft) über das Gespenstische ›(...) irreduzibel auf all das (bleibt), was durch sie (die Lehre vom Spuk) erst möglich wird: die Ontologie, die Theologie, die positive oder negative Onto-Theologie‹. Das bezieht sich auch, bevor wir noch von der ›marxistischen Philosophie‹ sprechen, auf jene ›Philosophie‹, deren Grenze Marx meines Erachtens niemals thematisieren konnte.*«¹¹

Ich habe, der doppelte Einwand wird bestimmt zwingend angebracht, zwei elementare Fehler begangen. Nämlich erstens, das Zitat bezieht sich auf das Vorgängerbuch, und zweitens, die Stelle ist aus dem Zusammenhang gerissen. Aber, versteht einer Derrida? Ist nicht der Sinn der Dekonstruktion der, das angeblich Verständliche zu

10 Vgl. Gilles Deleuze: Das Zeit-Bild. Kino 2 (1985), Frankfurt/M. 1991, S. 11.

11 Vgl. Jacques Derrida: Marx & Sons (2002), Frankfurt/M. 2004, S. 25/26.

verkomplizieren und damit dem Wesen der Kompliziertheit des Denkens ein Stück näher zu kommen? Ist es nicht gar so, wie Derrida sich selber dünkt, daß der Dekonstruktivismus die radikalisierte Variante des Marxismus darstellt?¹² Das kann man alles getrost vergessen. Derrida hat nicht mehr gemacht, als die philosophische Sprachbildung zum Wesen der Philosophie selbst zu erheben, und er hat damit dem Kern der Philosophie den Todesstoß versetzt. Spuk und Irreduzibilität (Unzerlegbarkeit) als vollkommen abgehobene Begriffe erscheinen vor jeder Besprechung der »marxistischen Philosophie« (die in »Marx & Sons« auch gar nicht mehr aufgenommen wird) und sollen als Zentrum des philosophischen Sinns gelten, wiewohl sie höchstens weit entfernte und gänzlich abgeleitete Termini sind, die, wenn überhaupt, eine Relevanz erst dann entfalten würden, wenn sie materialistisch gefüttert werden könnten. Ein hoffnungsloses Unterfangen. Marx konnte »diese« Grenze der Philosophie niemals thematisieren, weil sie für die Enthüllung der Widersprüche des Kapitals ohne Belang war.

An dieser Stelle läßt sich eine Zusammenfassung der zeitgenössischen *französischen Philosophie* anbringen, die stellvertretend durchaus für einen allgemeinen Trend stehen kann. Sie stammt von der niederländischen Netzkommune »agentur bilwet« und führt die wesentlichen Kriterien aus, die dafür gesorgt haben, daß die heutige Philosophie tatsächlich nur noch als Phrasendreschmaschine wahrgenommen wird. Man höre ganzheitlich zu: »Irrtum an zwei Fronten: Man kann den falschen Standpunkt zum richtigen Gegenstand einnehmen oder das falsche Thema am Schopf packen und darüber die richtige Theorie aufstellen. Nach der Pose des Losers in der Popkultur sehen wir heute die Einsicht vom Scheitern in der Theorie aufkommen. Derrida bekennt: »Ich lag mit meiner Grammatologie daneben.« Ebenso wie Lacan, der zugibt, daß das Unbewußte doch nicht sprachlich strukturiert ist. Schade für eine ganze Generation Doktoranden. Man wartet nun auf eine Studie über Nietzsches völlige Fehlschläge: Die ewige Wiederkehr ist gar nicht möglich! Der Übermensch ist nur ein Bastard. Lediglich von Marx wird ex cathedra gesagt, daß er sich irrte. (...) Das Zeitalter des Drauflosdenkens bricht nunmehr an. Totale Falsifikation schmälert nicht den möglichen Wert der lügendestraften Theorie. Im Grunde genommen beschäftigt sich das Denken nicht mit der Frage, wie die Welt zusammengesetzt ist, sondern wie sie sich organisiert, wenn man sie auf eine bestimmte Weise betrachtet.

Im heutigen Denkklima herrscht ein skeptischer Diskurskonsum: kann man etwas damit anfangen, stellt es etwas dar, geht es um etwas, kann man etwas Praktisches damit tun, sind Bilder drin, ist es einfach zu lesen, ist es nicht zu kompliziert, bringt es etwas, verkauft es sich einigermaßen, kommt es ein bißchen überzeugend rüber, ist das alles wirklich wahr, kann man damit Punkte gewinnen? Das Problem von Foucaults Diskursidee ist, daß sie nicht entzwei gehen kann (das behauptet zumindest der Klappentext). Der Diskurs kann zwar schwächer werden, abschweifen, radikale Wendungen nehmen, sich über das gesamte Feld der Wirklichkeit ausbreiten, bis zu den intimsten Stellen vordringen, unterdrückt werden, an die Macht kommen oder eine Gegenmacht bilden, aber er kann nicht

12 Vgl. Terry Eagleton: *After Theory* (2003), London 2004, S. 35.

13 Vgl. *agentur bilwet: elektronische einsamkeit. was kommt, wenn der spaß aufhört?*, Köln 1997, S. 27/28.

14 Zur Ehrenrettung der Franzosen: Die gibt es dort auch noch (Badiou, Balibar, Rancière), und sie sind alle durch die Schule von Louis Althusser gegangen, wie übrigens sogar Foucault, der das später verleugnete. Vgl. Slavoj Žižek: *Die Tücke des Subjekts* (1999), Frankfurt/M. 2001, S. 231-236. Dominant ist aber weiterhin die andere Richtung.

15 Das wird mittlerweile auch in neueren Abhandlungen über solche, dem Kapitalismus wesensinhärente komplizierte gesellschaftliche Prozesse, die der Spätimperialismus verdrängt, als bahnbrechend angesehen. Vgl. z. B. Axel Honneth: *Verdinglichung. Eine anerkennungstheoretische Studie*, Frankfurt/M. 2005, S. 41.

von einem Lügendetektor entlarvt werden. Es kommt stets mehr von derselben Wahrheit heraus. Der Diskurs wird im allgemeinen nicht öffentlich verhandelt, funktioniert aber hinterlistig hinter den Kulissen. Wird der Mediendiskurs je scheitern, völlig im Nebel stehen, so daß jeder auf der Stelle beschließt, etwas Vernünftigeres zu tun? Davon kann man wohl ausgehen.¹³

Dieser hellsichtigen Analyse zum Trotz bin ich mir nicht sicher, ob wir bald etwas Vernünftigeres tun, als der dekonstruktivistischen Diskursphraseologie hinterherzulaufen. Tatsächlich ist es in gewissen Kreisen auf der einen Seite weiterhin äußerst schick, dem Geschwafel der Postmodernen zu folgen. Auf der anderen Seite ist es nicht ausgemacht, daß wir überhaupt noch entscheiden können, was das Vernünftigere wirklich ist. So sollte man lieber vorerst vorsichtig festhalten, sich das eigenständige Denken nicht abzugewöhnen.

Im Gegensatz zu Frankreich ist in der *angloamerikanischen Philosophie* die Bezugnahme auf Postmoderne und Dekonstruktivismus nicht so weit verbreitet. Zwar gibt es auch hier ihre Protagonisten (wie MacIntyre oder Taylor und/oder die Verbrämung des Vertrauensverlusts in die Sinnhaftigkeit des Ganzheitsdenkens unter dem Signum des »Kommunitarismus«), aber insgesamt gesehen war der englischsprachige Philosophieraum gegenüber postmodernen Angriffen relativ immun. Dies erstaunt bei genauem Hinsehen allerdings kaum. Denn abgesehen von den wenigen versprengten Einzelkämpfern in den Nischen des akademischen Marxismus (Anderson, Eagleton, Jameson, Postone)¹⁴, die von vornherein mißtrauisch gegenüber jeglichem Machbarkeitsdenken waren und sind, beherrscht die angloamerikanische Philosophietradition eigentlich nur ein einziger Gedanke: »Wenn etwas möglich ist, dann wird es getan.«, oder mit anderen Worten: »Wenn Du auf eine Grenze stößt, dann überschreite sie.« Nicht umsonst steht diese Borderlineideologie am Beginn der kapitalistischen Erfolgsgeschichte der repressiven Landnahme im 17. und 18. Jahrhundert. Seitdem haben die meisten englischsprachigen Länder nichts anderes gekannt als den Kapitalismus, und deshalb stoßen paradoxerweise ihre Vorstellungen vom Sein auf der Erde an die klassische bürgerliche Grenze, daß es außerhalb des Kapitalismus nur noch Gott geben kann und nichts sonst. Hier war es im Prinzip nicht vonnöten, die Aufklärung durch massive Verzweiflung zu absorbieren. In gewissem Sinne ist deshalb die angloamerikanische Philosophie so herzerfrischend offen und so hoffnungslos auf sich selbst bezogen, weil sie weder Großerzählungen noch romantische Flausen noch sprachliche Zerwürfnisse befürchten muß. Das heißt im Klartext: Seit der schottischen Moralphilosophie, die sich ernstlich darüber Gedanken machte, wie man die Auswüchse des Kapitalismus einhegen, nicht jedoch das von vornherein defekte System beseitigen könnte, beherrscht die Diskussion hier der Pragmatismus, dessen führender Vertreter im 20. Jahrhundert Dewey war, der bis heute von vielen Linksliberalen wegen seiner pragmatischen Klarheit bewundert wird. Diese Klarheit beruht auf der simplen Vorstellung, daß alle Erkenntnis durch die subjektive persönliche Erfahrung gefiltert wird und somit eine außerhalb der Individualität stehende objektive Position zur Welt dem Menschen nicht möglich ist.¹⁵ Man könnte auch sagen, von hier

aus generiert sich die Einstellung, daß der von einer Entlassung Betroffene zunächst einmal die Schuld bei sich selber sucht, anstatt zu fragen, warum es Entlassungen überhaupt geben muß. So argumentiert beispielsweise Walzer, daß der Intellektuelle, der die Welt kritisiert, Teil dieser Welt sein muß und es ihm nicht ansteht, etwas Utopisches zu fordern, weil dies gegen die Machbarkeitsregeln des Pragmatismus verstößt. Das Verfahren ist natürlich zu durchsichtig, um es ernst zu nehmen. Ich will indes auf etwas anderes aufmerksam machen.

In der angloamerikanischen Philosophie gilt man in der Regel bereits als »links«, wenn man Meinungen vertritt, die nicht aus dem *State Department* oder der *Downing Street No. 10* kommen. Nur so ist zu verstehen, wie manche ganz gewöhnliche Kathedergelehrte zu Ikonen einer angeblichen Veränderung werden können. Richard Rorty ist dafür ein treffendes Beispiel. Hatte er zunächst (unnötigerweise) den Postmodernediskurs mitgetragen, so verlegte er sich in seinen Spätschriften auf die Ausmessung des Wahrheitsproblems. Für ihn begann unter anderen Vorzeichen die Auseinandersetzung um die Weltfragen mit der veränderten Lage nach der selbst initiierten Zerstörung des Staatssozialismus, die offenbar eher die Linksliberalen in der westlichen Hemisphäre in eine Identitätskrise stürzte als die zwangsläufig Daheimgebliebenen. Rorty hat 1990 unter dem Eindruck der umwälzenden Ereignisse in Osteuropa einen Aufsatz mit dem Titel »Das Ende des Leninismus, Havel und die soziale Hoffnung« veröffentlicht und ihn mindestens bis 1998 bzw. 2000 und 2003 gelten lassen, weil er des öfteren nachgedruckt wurde.¹⁶ Interessant ist hier die Verschiebung der Maßgaben für linke Philosophieentwürfe. Rorty schreibt: »Die Ereignisse des Jahres 1989 haben diejenigen, die nach wie vor am Marxismus festhalten wollten, davon überzeugt, daß wir ein Verfahren brauchen, um unsere Zeit in Gedanken zu fassen, und einen Plan, um die Zukunft besser zu gestalten als die Gegenwart, ohne dabei auf den Kapitalismus, die bürgerlichen Lebensformen, die bürgerliche Ideologie und die Arbeiterklasse Bezug zu nehmen. Wir müssen das verschwommene Ziel des Marxismus ebenso aufgeben, wie Marx und Dewey das verschwommene Ziel Hegels fallenließen. Wir können den Ausdruck ›Kapitalismus‹ nicht mehr so verwenden, daß damit sowohl ›die Marktwirtschaft‹ als auch ›die Ursache aller heutigen Ungerechtigkeiten‹ gemeint sind. Wir können nicht mehr die Mehrdeutigkeit dulden, aufgrund deren (derer? – D. K.) der Kapitalismus zum einen als Möglichkeit zur Finanzierung der industriellen Produktion und zum anderen als der Große Bösewicht erscheint, der an den meisten Formen unseres heutigen Elends schuld ist. Ebenso wenig können wir den Ausdruck ›bürgerliche Ideologie‹ so verwenden, daß er soviel wie ›für marktwirtschaftlich orientierte Gesellschaften geeignete Überzeugungen‹ bedeutet und gleichzeitig soviel wie ›alles an unserer Sprache und unseren Denkgewohnheiten, dessen Ersetzung zu einer leichteren Verwirklichung menschlichen Glücks und menschlicher Freiheit führen würde‹. Und genauso ausgeschlossen ist es, den Ausdruck ›Arbeiterklasse‹ so zu verwenden, daß damit sowohl ›diejenigen, die in marktwirtschaftlichen Gesellschaften das wenigste Geld und am wenigsten Sicherheit bekommen‹, gemeint sind als

16 Vgl. Richard Rorty: *Wahrheit und Fortschritt* (1998), Frankfurt/M. 2003 (2. Aufl.), S. 329-351.

17 Vgl. ebenda, S. 337.

auch »diejenigen, die das wahre Wesen des Menschen verkörpern.«¹⁷

Kann man angesichts der offenen Tatsachen unserer Zeit beredter kapitulieren? Wohl kaum. Rorty empfiehlt uns eine terminologische und sachliche Zurückhaltung, die umgedreht an Karl Kautskys Zentrismus erinnert, auf daß wir vorerst den Kapitalismus reformieren sollten, weil für uns der Sozialismus qua historischer Notwendigkeit sowieso sicher (laut Rorty: unerreichbar) ist. Es dürfte wahrscheinlich sein, daß der künftige Sozialismus nicht »Sozialismus« heißen wird, weil die Verbrechen des historischen Staatssozialismus zu groß waren. Aber deswegen muß man doch nicht ohne Not staubverbunden abschwören und sich damit bescheiden, ein wenig Reformismus zu üben. Rorty ist in dieser Hinsicht der typische Kleinbürger, der im Angesicht einer neuen Lage das Handtuch wirft, weil ihm der Haken abhanden gekommen ist, an dem man das Handtuch getrost aufhängen könnte. Die Ideologie Rortys manifestiert sich anschaulich da, wo er die Arbeiterklasse, die er nicht kennt, denunziert und mutmaßt, die bürgerliche Ideologie sei eben nicht die für den Kapitalismus geeignete Überzeugungsform und folglich auch nicht überwindbar.¹⁸

18 Er hat überdies vergessen, daß die Anlässe für die Umwälzungen der Jahre 1989 folgende tatsächlich zu großen Teilen hausgemacht waren. Der Reformbedarf des Staatssozialismus wurde genutzt, um das ganze System abzuschaffen. Für die DDR: »Kein Arbeiter, kein Bauer und kein Wirtschaftsleiter beteiligte sich an der Abschaffung des SED-Staats, freilich eine größere Anzahl von Amtsinhabern von der SED.« Vgl. Peter Hacks: Zur Romantik (2000), in: Ders.: Die Maßgaben der Kunst III. Hacks Werke, 15. Band, Berlin 2003, S. 5-107, hier S. 84. Welche philosophischen Konsequenzen das haben könnte, werden wir noch sehen.

19 Vgl. Chantal Mouffe: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion (2005), Frankfurt/M. 2007, S. 151-155.

20 Vgl. Zizek: Die Tücke des Subjekts, a. a. O., S. 281/282.

Wie die Ausgestaltung dieser Variante des Pragmatismus in der politischen Philosophie aussieht, demonstriert Chantal Mouffe in einer aktuellen Arbeit über Politik im 21. Jahrhundert. Ausgehend von der von ihr handzahn abgeschwächten Logik des »Freund-Feind-Schemas« in der Politik nach Carl Schmitt kritisiert Mouffe zurecht die postpolitische Logik des behaupteten Verschwindens einer »Rechts-Links-Konstellation« im politischen Geschäft, um daraufhin aber schlicht zu behaupten, das Heil der Demokratie liege im Pluralismus, und wenn dies beachtet würde, dann käme man politisch, selbst weltpolitisch, schon zurecht.¹⁹ Hier liegt eine demonstrative pragmatische Mißachtung des »postpolitischen« Phänomens vor. Das Problem ist doch nicht, daß eine Macht oder eine Nation ohne Gegner dasteht, sondern daß die öffentliche Aushandlung sozialer Probleme, gemeinhin Politik genannt, inzwischen auf reines Verwaltungshandeln reduziert worden ist und daß damit vor allem essentielle Interessen von Ausgestoßenen, die sonst niemals gehört werden würden, sozusagen auf dem Verwaltungswege neutralisiert werden.²⁰ Die pragmatische Lösung müßte diese Tendenz eigentlich gutheißen. Sie vernebelt aber aus den Heiligkeitsgründen, die nur zu klar sind, weil Freiheit und Demokratie die politischen Wesensbedingungen des Kapitals zwingend darstellen, den falschen Weg, den sie in Wirklichkeit befürwortet und vorantreibt. *Angloamerikanische Philosophie* ist somit deswegen spätimperialistische Philosophie reinsten Wassers, weil sie einerseits symbolisch die Zulassung von Lenins »Staat und Revolution« als Lektüre im Pentagon gestattet und andererseits auch aus der letzten Hunger- oder Klimakatastrophe ableiten würde, daß genmanipulierte Nahrung oder die künstliche Zurichtung des Wetters der Menschheit schon weiterhelfen werden.

Dekonstruktivismus und Pragmatismus haben durch den hohen Stand von Studierenden aus aller Welt in den westlichen Ländern auch andere Regionen erreicht und nicht selten präformiert. Zwei-

felsfrei gilt das Augenmerk für den Westen durch die aufgebauschte »Bedrohung« »des Islams« momentan der arabischen Welt. Und tatsächlich ist dabei der afrikanische Marxist Samir Amin einer der wenigen Denker des Trikonts, der die angeblich veraltete Dependenztheorie hochgehalten und sich damit sowohl dem westatlantischen Konformismus als auch der fragwürdigen religiösen Weihe von Schriftgelehrten jeder Couleur zur Wehr gesetzt hat. Vieles spricht im übrigen dafür, daß Christentum und Islam dieselbe Münze werfen und sich am Schluß darüber wundern, daß Avers und Revers zwei verschiedene Dinge sind. Aber darum geht es nicht. Leider hat die Philosophie in *Rußland, China und der Vernachlässigten Welt* nicht mehr den Stellenwert, den sie einmal hatte, oder es kommt in Europa von den womöglich neuen Ideen nichts an. Ich muß mich hier an das Rudimentäre halten, was die Berichterstattung hergibt.

Rußland hatte nach der Abschwörung vom dialektischen und historischen Materialismus zunächst die Geschichte zwischen 1917 und 1991 aus seinem kollektiven Gedächtnis zu verbannen versucht, um unterdessen dazu überzugehen, die Zeit der Sowjetunion wieder als das zu sehen, was sie war: die einzige Phase in seiner modernen Geschichte, in der das Wort aus Eurasien galt.²¹ Seit einigen Jahren gibt es eine brüchige Allianz zwischen Rußland und China, die naturgemäß vor allem den USA, aber auch Westeuropa Kopfzerbrechen bereiten könnte. Allerdings entspricht, nach allen Informationen, die hier vorliegen, der philosophische Stand keineswegs dem Machtgebaren der Staatswesen, oder andersherum: man versucht, den eigenen autoritären Kapitalismus schönzureden, was wohl kaum mit den ursprünglichen geistigen Traditionen und Intentionen in Übereinstimmung zu bringen ist. Aus China sickert fast gar nichts durch, obwohl die Staatsführung an den ursprünglichen revolutionären Zielen festhält, und in Rußland herrscht, philosophisch gesehen, absolute Konfusion.²²

Die Ausbeutung der vernachlässigten Erdteile des Trikonts durch die hochentwickelte kapitalistische Welt hingegen war noch bis in die 1990er Jahre Thema erregter Debatten, in denen sich Überlegungen von Fanon, Galeano, Chomsky oder Ziegler zu einem Konglomerat vereinigten, das aussagte, die Entwicklungsländer seien als Opfer der kapitalistischen Expansion prädestiniert, für die Schwachen der Welt zu sprechen. In der Tat würde ich immer noch der Aussage einer Marokkanerin über ihre desolate soziale Lage mehr trauen als dem Seelenleiden von Woody Allen oder Juliette Binoche. Jedoch, und damit schließt sich der Kreis, hat die Unterwanderung der Sozialtheorie durch Dekonstruktivismus und Pragmatismus auch in Asien, Afrika und Lateinamerika dafür gesorgt, daß die wichtigsten Probleme des menschlichen Zusammenlebens durch Marginalien eines individualistischen Egoismus verdrängt wurden. Nicht nur, daß die ehemals marxistisch inspirierten »Cultural Studies« (Raymond Williams würde im Grab rotieren) von einem manischen Kult zur berühmten »Ausdifferenzierung« als »Postcolonial Studies« soweit diversifiziert wurden, daß zwischen »Black-Atlantic-Studies«, »Queer-Politics« und »South-East-Asia-Studies« der Wald vor lauter Bäumen nicht mehr gesehen wird. Nein, die möglicher-

21 Vgl. dazu z. B. Franz Jung: *Asien als Träger der Weltrevolution* (1919), in: Ders.: *Nach Russland! Schriften zur russischen Revolution*. Werke 5, Hamburg 1991, S. 7-10.

22 Zum Verständnis Chinas vgl. Giovanni Arrighi: *Auf revolutionärer Basis. Soziale Ursprünge des ökonomischen Aufstiegs Chinas*, in: *Junge Welt* vom 18. März 2008, S. 10/11; zur philosophischen Lage in Rußland vgl. Günter Mayer, Wolfgang Küttler: *Postsowjetische Marxisten in Russland*, in: *UTOPIE kreativ*, Heft 201/202, S. 740-763.

weise fruchtbringenden Einzelerkenntnisse dieser Studienrichtungen werden von den Vertreterinnen und Vertretern ihres Fachs auch noch mit Demutsgesten versehen, wonach sie sich dafür entschuldigen, daß sie ausgebeutet wurden und werden. Wir reden dabei hier von denen, die als Mitglieder der herrschenden Kasten, Clans und Familien die Gelegenheit hatten, ein teures Studium in den reichen Ländern zu absolvieren, dann zurückkamen und behaupteten, sie hätten die Lippen des »Ein-für-allemal-Weisen« geküßt. Nur so ist erklärbar, warum vormals emanzipatorische Denker der außerwestlichen Welt wie Ahmad, Bhabha, Sen oder Spivak sich so offenbaren müssen, als würden sie dem Schah, Suharto und Pinochet noch nachträglich die Absolution für ihre Politik geben müssen. Derrida zitiert das genüßlich, indem er fragt, ob Spivak nicht vielleicht der Meinung sei, sie hätte »ihren« Marx gepachtet, also ein Besitzstandsdenken angewandt, das sonst nur im Westen üblich wäre?²³ Damit hat die Falle zugeschnappt. *Rußland, China und die Vernachlässigte Welt* kommen sich und der Emanzipation nicht näher, wenn sie das nachbeten, was Solschenizyns im Westen geborgte Vorstellungen mit denen der US-amerikanischen Präsidentialregentschaft gemein haben.

23 Vgl. Derrida: Marx & Sons, a. a. O., S. 31.

Deutsche Tendenzen

Ein deutscher Philosophieprofessor hat deutschen Philosophiestudenten vor geraumer Zeit medienwirksam anempfohlen, die Heimat zu verlassen und in die USA zu gehen, wenn sie Philosophie auf der Höhe der Zeit studieren wollen. In Deutschland ginge das nicht mehr, nur in den USA sei Philosophie noch das, was das Wort einmal umschrieb. Wie kann er das gemeint haben? Es ist für den Professor sicher nicht das Ziel gewesen, daß die Studierenden nun zum Beispiel bei Fredric Jameson Schlange stehen und danach fragen würden, warum ein wesentlicher Strang des Zeitgeistes historische Erinnerung durch reine Nostalgie ersetzt und welche Funktion diese Steuerung des Gedächtnisses für die Begradigung und Befriedung des kapitalistischen Systems hat.²⁴ Er ist wohl eher davon überzeugt, daß die US-amerikanischen Philosophen viel flexibler auf neue Situationen reagieren und auch ab und zu Tabus brechen, was in der deutschen Gesellschaft mit dem Hauch der verkrampten »political correctness« (die übrigens aus den USA kommt) undenkbar wäre. Das kann im Land der eingebildeten Mission soweit gehen, daß irgendwelche Sozialwissenschaftler kaum widersprochen die »These« aufstellen, daß Schwarze deswegen schneller rennen als Weiße, weil sie viel öfter ums Überleben kämpfen müßten. Unser Professor liegt trotz dieser menschenverachtenden Blütenbildung, was nun Deutschland betrifft, dennoch nicht ganz falsch. Und Tabus werden hier auch gebrochen.

24 Vgl. Fredric Jameson: Postmodernism, or, the Cultural Logic of Late Capitalism, Durham 1991, 1995 (6. Heft), S. 279-296.

Grundsätzlich läßt sich von der *deutschen akademischen Philosophie* sagen, daß sie ihrer Verantwortung in Traditionspflege und inhaltlicher Ausrichtung nicht gerecht wird. Worüber müßte man sich alles auseinandersetzen, welche Potentiale des Denkens der letzten Jahrhunderte liegen brach? Philosophie wird hierzulande auf Philosophiegeschichte reduziert. Es wird ja noch nicht einmal Kant verstanden, und wenn er zitiert wird, dann nur aus Gründen, um die

Linie Hegel-Marx abzuwürgen. Kant gilt im Elfenbeinturm weniger als Strategie der Aufklärung, sondern eher als derjenige, der vor den teleologischen Spitzfindigkeiten der Utopie gewarnt hat. Georg Lukács hat diesen Trend zu gegebener Zeit erkannt: »Die Kantsche Philosophie hat im 19. Jahrhundert in typischer Form die Theorie von der synthetischen Entstehung der jeweiligen konkreten Gegenständlichkeit im Gegensatz zur Bewußtseinsjenseitigkeit und darum Unerkennbarkeit des abstrakten Dinges an sich vertreten, wo bei ersterer das erkennende Subjekt die jeweilige konkrete Synthese vollzieht, freilich in einer ihm gesetzmäßig vorgeschriebenen Weise. Da die Abwendung von der Marxschen Ontologie zuerst und lange Zeit hindurch vorwiegend unter kantianischem Einfluß vollzogen wurde, ist es nützlich, auf diesen ausschließenden Gegensatz kurz hinzuweisen, da er, trotz vielfachen Änderungen in den bürgerlichen Weltanschauungen, seine Aktualität noch immer nicht ganz verloren hat.«²⁵ Es ist nicht nur nützlich, darauf hinzuweisen, sondern notwendig. Und die Aktualität für die Abhaltung von offenem Denken hat gerade der arme Kant immer wieder und heute verstärkt zu spüren bekommen, denn kein Name wird öfter im Munde geführt als seiner, so mißverstanden und verraten wie sonst niemand. Man erwartet ja fast gar nicht mehr, daß Hegel gelesen, geschweige denn verstanden wird. Nein, der Gott der Philosophie in Deutschland ist ein anderer: Heidegger. Dazu gäbe es an sich viel zu sagen, und man könnte zu dieser Person noch retrospektiv angebliche Antipoden der kritischen Philosophie versöhnend wieder zusammenführen, nutzten jene doch in der Ablehnung Heideggers im Abstand von gut fünfzehn Jahren dasselbe Hegel-Zitat.²⁶ Jedoch ist Heidegger an sich hier nicht das Thema. Es geht eher um die beiden Klein-Heideggers der deutschen Gegenwartsphilosophie. Für sie, wie für viele philosophisch Interessierte, wird der folgende sachliche und personelle Zusammenhang womöglich überraschend erscheinen, vielleicht jedoch auch nicht. Jedenfalls spielt sich die traurige Veranstaltung, mit der in Deutschland Philosophie simuliert wird, zwischen diesen beiden Polen des Denkens ab. »Rechts« ist der Posten des Heidegger-Erbens von Peter Sloterdijk besetzt, »links« von Robert Kurz.

Wie ist das zu begründen? Bekanntlich wurde Martin Heidegger nach der Veröffentlichung seines Hauptwerkes »Sein und Zeit« im Jahre 1927 berühmt. Die Hauptaussage dieses Buches besteht darin, daß der Mensch in die Welt »geworfen« wird und mit diesen Weltumständen »im Dasein« nun umgehen muß. Das wird lang und breit ausgewalzt mit dem Ergebnis, daß die Faszination des Buches offenbar daher rührt, wie ausführlich um diesen einzigen Gedanken (der zudem bereits damals nicht neu war) gekreist wird. Ein zweiter Band zur gleichen Problematik scheiterte, wahrscheinlich, weil nicht mehr genügend deskriptive Ausschmückungsutensilien zur Verfügung standen.²⁷ Heideggers Philosophie könnte man als »Philosophie des Unausweichlichen« bezeichnen: Die Welt ist nicht veränderbar, und wenn der Philosoph mit seinem Bauernfreund auf der Alm schweigend in die Landschaft blickt, dann weiß er instinktiv, daß er Recht hat. Und genauso gerieren sich bei allen Unterschieden seine Jünger in der Jetztzeit, Sloterdijk und Kurz.

25 Vgl. Georg Lukács: Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins. Die ontologischen Grundprinzipien von Marx, Darmstadt und Neuwied 1972, S. 33.

26 Bei Georg Lukács steht: »Heideggers Selbstverteidigung gegen den Irrationalismus steht also auf tönernen Füßen. Mit Recht spricht Hegel in methodologisch ähnlich gelagerten Stellen von einer ›erhabenen Hohlheit‹ und von einer ›reinen und eklen Höhe‹ der Abstraktion.« Vgl. Georg Lukács: Anhang: Heidegger redivivus (1947), in: Ders.: Existenzialismus oder Marxismus?, a. a. O., S. 161-183, hier S. 163. Bei Theodor W. Adorno steht: »Gesprochen wird wie aus einer Tiefe, die geschändet würde als der Gehalt, der sie doch wieder sein und der sich aussprechen möchte. Heideggers Abwehrtechnik des sich Entziehens in Ewigkeit hat zum Schauplatz jene ›reinen und eklen Höhe‹, von der Hegel in der Polemik wider Reinhold handelt; wie dieser kann auch Heidegger in rituellen Präliminarien zum ›Schritt in den Tempel‹ nicht sich genug tun; nur daß kaum einer mehr wagt, der Katze die Schelle anzuhängen.« Vgl. Theodor W. Adorno: Jargon der Eigentlichkeit. Zur deutschen Ideologie, Frankfurt/M. 1964, 1992 (13. Aufl.), S. 79.

27 Die philosophie-immanente Begründung, die Zizek dafür anführt, warum »Sein und Zeit« unvollendet blieb, teile ich nicht, weil ich meine, daß in Heideggers Denken von Anfang keine »Leerstelle« vorhanden war, die noch zu füllen gewesen wäre. Vgl. Zizek: Die Tücke des Subjekts, a. a. O., S. 34.

Beide sehen die Globalisierung (ein Wortungetüm mit dreifacher semantischer Multiplikation) als unausweichlich an. Beide glauben daran, daß es sich bei der Durchsetzung des Kapitalismus im Weltmaßstab um einen unumkehrbaren Prozeß handelt. Beide vertreten den Standpunkt, daß die Rolle des Individuums unter der Herrschaft des Kapitals unbedeutend ist. Beide sind der Meinung, daß wir in einer Epoche leben, in der die Geschichte still steht. Und beide vertrauen auf die »invisible hand of the market« bei der Lösung von Weltproblemen, hier freilich unter umgekehrten Vorzeichen. Bei Sloterdijk entsteht globale Langeweile, bei Kurz kommt es (ebenefalls »unausweichlich«) zum Zusammenbruch des warenproduzierenden Systems.²⁸

28 Vgl. Peter Sloterdijk: Im Weltinnenraum des Kapitals. Für eine philosophische Theorie der Globalisierung, Frankfurt/M. 2005, S. 270/271 (mit direkten Bezügen zu Heidegger); Robert Kurz: Das Weltkapital. Globalisierung und innere Schranken des modernen warenproduzierenden Systems, Berlin 2005, S. 220-298.

Wie immer marketingtechnisch hellwach, ist Sloterdijk, zumindest in der Diktion, auf den Zug der Kritik am Kapitalismus aufgesprungen und hat den Begriff des Kapitals auch für sich als Forschungsobjekt in Anspruch genommen. Allerdings ist seine Weltinnenraummetapher ähnlich nichtssagend wie Heideggers »Man«, da sie nur das illustrieren will, was sowieso offensichtlich ist. Zu diesem Zweck muß Sloterdijk ahistorisch argumentieren und versteigt sich dabei zu folgender Denunziation: »Man kann der Einsicht in den nachgeschichtlichen Charakter des Weltsystems im Global Age mühelos ausweichen, indem man weiterhin, wie in der Zukunft (der Historiker – D. K.) üblich, jede Sequenz von Ereignissen im Makro- wie im Mikrobereich als Geschichte bezeichnet. Dank dieser terminologischen Festsetzung läßt sich jeder Gegenstand ›historisch nehmen‹ – in der großen Geschichtsnacht kommt es auf eine graue Kuh mehr oder weniger nicht an. Nichts von all dem, was zwischen Himmel und Erde einen Unterschied macht, vermag so den unermüdeten Historikern zu entgehen. Was wo auch immer vorkommt, schreiben sie als geschichtliches Material zurecht, überzeugt wie sie sind vom Sinn und Nutzen ihres Tuns für das Wohl der Allgemeinheit.«²⁹

29 Vgl. Sloterdijk: Im Weltinnenraum des Kapitals, a. a. O., S. 260.

Man hat es ihm offenbar nicht gesagt, daß der Kapitalismus historisch entstanden ist und also so auch wieder vergehen wird. Man hat ihm nicht gesagt, daß Marx und Engels nur eine Wissenschaft anerkannten, die der Geschichte. Ist Sloterdijk nun Heidegger oder nicht vielmehr Henry Ford, der gesagt haben soll, Geschichte sei »Quatsch«?³⁰ Wie dem auch sei, in die Fußstapfen seiner Idole tritt Sloterdijk exakt in dem Moment, wo in ihm alle Dämme der Toleranz brechen und er Tacheles redet. Ist das noch Philosophie? Sloterdijk: »Das Hauptgewicht der aktuellen exploitation (Ausbeutung – D. K.) ist auf die Nutztiere übergegangen, für welche Dank der Industrialisierung der Landwirtschaft die Ära ihrer massenhaften Erzeugung und Verwertung angebrochen ist. Bei diesem Thema sagen Zahlen mehr als sentimentale Argumente: Nach dem Tiererschutzbericht der Bundesregierung von 2003 wurden im Jahr 2002 in Deutschland nahezu 400 Millionen Hühner geschlachtet, dazu 31 Millionen Puten und annähernd 14 Millionen Enten; an großen Säugetieren wurden 44,3 Millionen Schweine, 4,3 Millionen Rinder und 2,1 Millionen Schafe und Ziegen ihrer finalen Verwertung zugeführt. Analoge Zahlen sind für die meisten Marktgesellschaften anzusetzen, wobei zu den Angaben der nationalen Statistiken enorme Mengen an Importen hinzugerechnet werden müssen. Die tierischen

30 Vgl. Terry Eagleton: Ästhetik. Die Geschichte ihrer Ideologie (1990), Stuttgart-Weimar 1994, S. 388.

Proteine bilden den größten legalen Drogenmarkt. Die Monstrosität der Zahlen übersteigt jede affektive Bewertung – auch die Analogien zu den kämpferischen Holocausten der Nationalsozialisten, der Bolschewisten und der Maoisten schöpfen die abgründigen Routinen bei der Erzeugung und Verwertung von animalischem Leben nicht aus (wobei wir uns zu den moralischen und metaphysischen Implikationen des Vergleichs zwischen menschlichen und tierischen Exterminismen großen Stils an dieser Stelle nicht äußern).«³¹ Wenn wir das alles, vorsichtig gesprochen, als Polemik abtun würden, was wäre dann der rationale Kern einer solchen Auffassung? Der rationale Kern besteht aus meiner Sicht schlicht darin, daß der Herr nicht mehr weiter weiß und deshalb die Totalitarismuskonzeption auf die Tierwelt angewandt wissen will, wobei er natürlich »zu den moralischen und metaphysischen Implikationen (die gibt's also noch) des Vergleichs« nicht Stellung nimmt. Die Sache hat genau hier ihre philosophisch bedeutende Matrix erreicht. Wer so spricht, den interessiert doch das Subjekt-Objekt-Problem nicht mehr. Hat er etwas zu sagen zu den verhungerten Kindern im Sudan? Hat er etwas zu sagen zur gesellschaftlichen Mißachtung der Frauen in der Welt? Fällt ihm etwas zur Folter in den USA, in Albanien, der Ukraine oder Südafrika ein? Denkt der Philosoph der Tierwelt an den Artenschutz? Ich fürchte, daß Sloterdijk das alles ernst meint, was zwingend dazu führen muß, daß wir doch in die USA auswandern sollten, denn ein schlaffer Professor mit wenigstens rudimentären Kenntnissen in der antiken Philosophie ist immer noch besser als so ein Zeitgeistpionier, der aus Gründen der Aufmerksamkeit das Kapital heraus schlagen will, das er aus seiner sozialen Lage niemals erreichen würde. Was sind übrigens »kämpferische Holocauste«? Die Antwort wäre ebenso tödlich wie die Fahrlässigkeit Sloterdijks verantwortungslos ist.

Da ist Robert Kurz natürlich aus anderem Holz geschnitzt. Er mert zwar geistiges Eigentum wie weiland das Heideggerianertum, aber er steht auf der »richtigen« Seite, denn er prophezeit seit mindestens zwanzig Jahren den Untergang des Kapitalismus. Ihm müßte jedoch aufgefallen sein, daß die Realität spätestens bis zum Zeitpunkt der Niederschrift dieser Zeilen anders aussieht als in seinen Büchern. Bemerkenswert ist auch, daß Kurz zwar starke 800 Seiten lang einen »Abgesang auf die Marktwirtschaft« zelebriert, diese ihm aber den Gefallen des Abtritts nicht tut, so daß sein Werk offenbar nur unverständlich in den Bücherregalen steht.³² Aus diesem Grund setzt der Meister der Wiederholung als »Rufer in der Wüste« unermüdlich neu an und erklärt und erklärt..., warum das Kapital am Ende ist. Seine Situation ist komfortabel: Entweder der Zusammenbruch tritt ein, dann hatte Kurz recht und es schon immer gesagt. Oder der Zusammenbruch tritt nicht ein, dann kann aber das theoretische Gerüst richtig sein, und das fatale Ende ist nur herausgeschoben.

Gerechterweise muß bemerkt werden, daß Kurz in zweierlei Hinsicht nicht falsch liegt. Erstens dort nicht, wo es ihm treffend gelingt, die deutsche Szene der Pseudo-Linken in den Salons und Bars der Berliner Republik ihrer Heuchelei zu überführen.³³ Und zweitens dabei, daß er, marxistisch konsequent, ständig betont, daß das Kapital insofern an seiner eigenen Aufhebung arbeitet, weil es durch die

31 Vgl. Sloterdijk: *Im Weltinnenraum des Kapitals*, a. a. O., S. 360/361.

32 Vgl. Robert Kurz: *Schwarzbuch Kapitalismus. Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft*, Frankfurt/M. 1999.

33 Vgl. Robert Kurz: *Die Welt als Wille und Design. Postmoderne, Lifestyle-Linker und die Ästhetisierung der Krise*, Berlin 1999.

34 Vgl. Kurz: Das Weltkapital, a. a. O., z. B. S. 60.

35 Den letzten großen Versuch, den Staat aus emanzipatorischer Perspektive analytisch zu begreifen, machte Nicos Poulantzas 1977. Vgl. Nicos Poulantzas: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus (1977), Hamburg 2002. Seine Epigonen dieses Jahrhunderts sind zwar begeistert, bleiben aber originäre Antworten zur Problematik des Staates in seiner jetzigen Form weithin schuldig. Vgl. Lars Brettbauer, Alexander Gallas, John Kannankulam, Ingo Stütze (Hrsg.): Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie, Hamburg 2006. Ich fürchte, das wird sich noch einmal rächen.

36 Vgl. Kurz: Das Weltkapital, a. a. O., S. 394-411.

37 Vgl. Kurz: Das Weltkapital, a. a. O., S. 350.

Freisetzung von Arbeitskräften und die nicht beabsichtigte Wiedereingliederung dieser Freigesetzten in den Arbeitsmarkt sich seiner Wertgrundlage beraubt, der lebendigen Arbeit.³⁴

An dieser Stelle müßte die theoretische Auseinandersetzung allerdings erst beginnen und nicht wie bei Kurz als Endpunkt der Debatte erscheinen. Denn offensichtlich hat das Kapital immer wieder Auswege aus den selbst vertrackten Krisen gefunden, und dann hätte sich die philosophische Aufmerksamkeit auf eine andere Instanz zu richten, nämlich auf den Staat, der dem Kapital stets helfend zur Seite springt und der die sich auftürmenden Kosten der Spekulation und Standortverlagerung vergesellschaftet. Im Staat liegt der eigentliche Schlüssel zur Entzauberung des Kapitals. Und gerade hier bestehen die größten denkerischen und analytischen Defizite der Gegenwartsphilosophie, weil nicht gesehen wird oder nicht gesehen werden will, daß der Staat wie in einer Kristallkugel alle Probleme bündelt und kanalisiert, mit denen wir es heute zu tun haben.³⁵ Auch Kurz lehnt als gläubiger Nationalökonom den Primat der Politik als »Illusion« ab und verfällt damit in jenen Zustand, den er selbst zu kritisieren beabsichtigt, in den Zustand einer verkürzten kleinbürgerlichen Kapitalismuskritik.³⁶

Ein ausführliches letztes Beispiel soll abschließend zeigen, warum Robert Kurz zum einen den »linken« Flügel der Heidegger-Tradition vertritt und wieso er zum anderen durchaus ein Pendant zu Sloterdijk darstellt. Wir hören ihn selbst: *»Es ist nun keineswegs eine denunziatorische, sondern eine historisch-analytische Feststellung, die gemeinsame Verankerung dieser gegensätzlichen Positionen (gemeint sind im Kurzschen Universum die Kritik an der Lohnarbeit sowie die Kritik am arbeitsfreien Einkommen – D. K.) in der modernen bürgerlichen Arbeitsontologie (mitzudenken ist dabei stets das geschlechtliche Abspaltungsverhältnis) nachzuweisen. Die Bedingung der Möglichkeit für diese weitergehende Kritik bildet die objektive Krise dieser Arbeitsontologie in der dritten industriellen Revolution. Dabei geht es nicht um eine ahistorische Kritik des Arbeiterbewegungsmarxismus, sondern darum, daß dessen Position unter den neuen Bedingungen von Entsubstantialisierung und Globalisierung des Kapitals unhaltbar geworden ist, wovon das Erlöschen der klassischen Arbeiterbewegung unübersehbar Zeugnis ablegt. Das Resultat ist aber eben keineswegs von selbst die Transformation der Kapitalismuskritik zum neuen Paradigma einer Kritik der sich selbst ad absurdum führenden Fetischkonstitution der »abstrakten Arbeit«, sondern im Gegenteil jener allgemeine Rückfall auf die Positionen der verkürzten, kleinbürgerlichen Kapitalismuskritik, modifiziert durch die Prozesse der postmodernen Individualisierung und der Mutation des Finanzkapitals zum zirkulativen Investment.«³⁷* Und so geht das seiten- und kapitelweise eintönig weiter, bis dem Leser entnervt der Kopf brummt. Ich könnte nun noch eine längere Abhandlung darüber schreiben, warum Kurz doch eine »ahistorische Kritik« am Marxismus abgeliefert hat, aber darauf käme es hier nicht weiter an. Man braucht eigentlich nur die Wortfassungen und den hohen Ton der Selbstgerechtigkeit wirken zu lassen, um zu erkennen, warum sich manche Philosophen für Götter halten. Sie meinen, etwas entdeckt zu haben, daß weder jemals vor ihnen noch

auch in späteren Äonen so erfaßt werden wird, wie von ihnen. Die Sprache, die Adorno zurecht Jargon nannte, verdeckt die innere Hohlheit des Inhalts, die Komplexität der Satzkonstruktionen verschleiern das Fehlen klarer Gedanken und die Sucht nach Aufmerksamkeit untergräbt manch richtige Beobachtung. Sloterdijk und Kurz können sich guten Gewissens als Schüler Heideggers positionieren.

Der deutschen Philosophie wird das nicht weiterhelfen. Sie versagt ja größtenteils auch dort, wo die brennenden Probleme unserer Gesellschaft nahezu nackt auf dem Tisch liegen. In die Randzonen der Ästhetik abgeschoben, verkümmert die nötige Diskussion um Begriffe wie Entfremdung, Totalität und Fetischismus in der Schmutzecke der Regression, und solange sie aus diesem Käfig nicht befreit wird, wandeln wir weiter entspannt in die Barbarei.³⁸ Es ist bezeichnend, daß der institutionelle Philosophiebetrieb viele der doch vorhandenen »Ansätze«, die kritisch gemeint sind, durch den langen Weg ins exekutive Nirwana unschädlich macht.

Indikatoren des Machbaren

Trotz solch niederschmetternder Urteile ist es jedoch beileibe nicht so, als gäbe es keine Philosophen mehr, die sich den Schlüsselfragen der Gegenwart zuwenden würden. Es gibt sie in der Tat, und diejenigen drei, die jetzt in den Mittelpunkt der Betrachtung kommen, sind allesamt Universalgelehrte. Ihre nationalen Wurzeln und ihre Ausbildung stammen aber nur zu ganz geringen Teilen aus den oben genannten Philosophieapparaten Frankreichs, Großbritanniens, den USA oder Deutschlands, obwohl alle ihren Rousseau, ihren Hegel und ihren Marx genau kennen. Es handelt sich um Giorgio Agamben, Slavoj Žižek und Boris Groys.

Agamben wurde nach der schnellen Veröffentlichung der ersten Beiträge zu seinem »Homo sacer«-Projekt von Feuilleton und Rezeption schon als der neue »Meisterdenker« gefeiert. Mit diesem Etikett, das vorher besonders gern die deutsche Literaturbesprechung an Leute heftete, die nur schwerlich im Ernst als seriöse Philosophen betrachtet werden können, schien die vernichtende Beurteilung schon getroffen worden zu sein und die Vermutung nahezuliegen, daß da wieder jemand bejubelt wird, der das Gegebene philosophisch verbrämt. Das Grundkorsett Agambens, ausgearbeitet im Buch über die Souveränität der Macht, ist in dieser Hinsicht wirklich fatal, denn es nimmt Foucaults Begriff der Biopolitik zum Anlaß, um mit einem Rundumschlag die Geschichte des menschlichen Leids über den Leisten der Selbstkontrolle und Selbstverstümmelung zu ziehen.³⁹ Auch der dritte Teil von »Homo sacer« über Auschwitz, der danach erschien, ergeht sich stellenweise seitenlang in linguistic turns, Selbstaffektionen und Pseudonymbestimmungen, die geeignet gewesen wären, dem Stigma des »Meisterdenkers« im Sinne der Medien zu entsprechen.⁴⁰ Aber offenbar erzeugt der Gegenstand, über den Agamben reflektiert, auch andere Einsichten. Zum Beispiel ist es in der Forschung über die Vernichtung der europäischen Juden durch Deutschland im Zweiten Weltkrieg alles andere als Konsens, den Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus gerade auf der Ebene des Völkermordes an den Juden

38 Vgl. z. B. Rahel Jaeggi: Entfremdung. Zur Aktualität eines sozialphilosophischen Problems, Frankfurt/M. 2005; Dieter Thomä: Totalität und Mitleid. Richard Wagner, Sergej Eisenstein und unsere ethisch-ästhetische Moderne, Frankfurt/M. 2006; Christoph Hesse: Filmform und Fetisch, Bielefeld 2006.

39 Vgl. Giorgio Agamben: Homo sacer. Die Souveränität der Macht und das nackte Leben (1995), Frankfurt/M. 2002, 2006 (6. Aufl.), besonders S. 127-198.

40 Vgl. Giorgio Agamben: Was von Auschwitz bleibt. Das Archiv und der Zeuge (Homo sacer III) (1998), Frankfurt/M. 2003, ab S. 94.

zu betonen, ist doch landauf landab immer die Sinnlosigkeit des Tötens in den Vernichtungslagern hervorgehoben worden. Hier setzt Agamben zwei wichtige Kontrapunkte. Zum einen stellt er heraus: »Zu sagen, Auschwitz sei ›unsagbar‹ oder ›unbegreiflich‹, heißt also so viel wie euphemein, heißt, es schweigend anzubeten, wie man es einem Gott gegenüber tut; heißt also, was auch immer die Absichten jedes einzelnen sein mögen, zu seinem Ruhm beizutragen.«⁴¹ Und zum anderen teilt er mit, warum Auschwitz ohne Frage in die Logik der kapitalistischen Verwertung paßt. Das Produktionsprinzip wurde nämlich perfektioniert angewandt. Agamben: »In Auschwitz starb man nicht, es wurden Leichen produziert. Leichen ohne Tod, Nicht-Menschen, deren Umkommen zum Serienprodukt entwürdigt wurde. Und eben diese Erniedrigung des Todes bedeutet, einer möglichen und verbreiteten Interpretation zufolge, das spezifische Verbrechen von Auschwitz, den wahren Namen seines Schreckens.«⁴² Man sollte sich also immer vor Augen halten, daß die Schmach der Menschheit namens Auschwitz aktienbeladen ist.

In seiner bislang stärksten Studie, einer Betrachtung des Ausnahmezustandes in der Geschichte des Parlamentarismus, wird Agamben noch deutlicher. Weit entfernt von der harmlosen Anwendung durch Chantal Mouffe durchdenkt Agamben die Resultate der politischen Formeln von Carl Schmitt viel klarer und muß ihm letztlich darin folgen, daß das moderne Staatswesen vor allem seine repressiven Instrumentarien nutzen muß, wenn es überlebensfähig bleiben will. Das gilt für alle repressiven Herrschaftstechniken, von der Verwaltung über die Rechtsprechung bis hin zum Ausnahmezustand. Er führt aus: »Angesichts der unaufhaltsamen Steigerung dessen, was als ›weltweiter Bürgerkrieg‹ bestimmt worden ist, erweist sich der Ausnahmezustand in der Politik der Gegenwart immer mehr als das herrschende Paradigma des Regierens. Diese Verschiebung von einer ausnahmsweise ergriffenen provisorischen Maßnahme zu einer Technik des Regierens droht die Struktur und den Sinn der traditionellen Unterscheidung der Verfassungsformen radikal zu verändern – und hat es tatsächlich schon merklich getan. Der Ausnahmezustand erweist sich in dieser Hinsicht als eine Schwelle der Unbestimmtheit zwischen Demokratie und Absolutismus.«⁴³ Über das Revolutionäre dieser Aussage und die Konsequenzen für die Perspektiven der repräsentativen Demokratie schweigen die dafür Verantwortlichen. Sie werden wahrscheinlich sowieso bei ihrer genuinen Ratlosigkeit bleiben, wenn sie lesen, was für Agamben lediglich ein offenes Geheimnis ist: »Ja, der Ausnahmezustand hat heute erst seine weltweit größte Ausbreitung erreicht. Der normative Aspekt des Rechts kann so ungestraft entwertet werden, ihm kann widersprochen werden von einer Regierungsgewalt (violenza governamentale), die im Ausland internationales Recht ignoriert, im Inneren einen permanenten Ausnahmezustand schafft und dann vorgibt, immer noch das Recht anzuwenden.«⁴⁴ Da muß erst der Nicht-Marxist Giorgio Agamben kommen, um den vermeintlich emanzipatorisch eingestellten Zeitgenossen Hinweise zur Rolle des Staates in der Gegenwart zu geben. Ist die zunehmende Dominanz des Ausnahmezustandes in der Regierungsführung nicht Grund genug, philosophische Aspekte im gesellschaftlichen Leben wieder zu beleben?

41 Vgl. ebenda, S. 29.

42 Vgl. ebenda, S. 62/63.

43 Vgl. Giorgio Agamben: Ausnahmezustand (Homo sacer II.1) (2003), Frankfurt/M. 2004, S. 9.

44 Vgl. ebenda, S. 102. Wenn man derlei Erkenntnisse in der Politikberatung berücksichtigen würde, dann läge das Ergebnis im Schicksal Alfred Herrhausens.

Agambens Diktum erinnert ziemlich an Marx. Das eine sagen (»Wir führen keinen Krieg.«) und das andere tun (»Wir führen doch Krieg, aber wir meinen das so nicht.«), war im übertragenen Sinne der durchdringende Anlaß für Marx, sich mit den Widersprüchen des Kapitalismus zu befassen. Giorgio Agamben ist auf anderen Wegen in die gleiche Spur geraten und wenn er so weitermacht, dann wird es nichts mit dem Label eines »Meisterdenkers« nach Gnaden des Boulevards.

Da wir hier sofort medias in res bleiben wollen, korrespondiert Slavoj Žižek eindeutig mit Agamben. An einer Stelle in seiner Einleitung der politischen Schriften Lenins zwischen Februar und Oktober 1917, die in Deutschland als eigenständige Monographie veröffentlicht wurde, insistiert Žižek, daß das Hauptproblem der Gegenwart darin besteht, daß man, wenn man wirklich antikapitalistisch werden will (was Agamben wohl nicht will, aber in Balzacscher Tradition immerhin herausfindet, daß so etwas im Erkenntnisprozeß möglich ist), daß man dann deutlich machen muß, »daß die liberale Demokratie a priori, schon ihrem Begriff nach (wie Hegel gesagt hätte) nicht ohne das kapitalistische Privatvermögen überleben kann. Lieferte der Zerfall des Kommunismus im Jahre 1990 nicht die endgültige Bestätigung der ›gewöhnlichsten‹ marxistischen These, daß die tatsächliche wirtschaftliche Grundlage der politischen Demokratie das Privateigentum an Produktionsmitteln ist, d. h. der Kapitalismus mit seinen Klassenunterschieden? Das vorherrschende Interesse nach der Einführung der politischen Demokratie war ›Privatisierung‹, das hektische Bemühen, um jeden Preis neue Eigentümer zu finden, bei denen es sich um die Nachkommen der alten Eigentümer handeln kann, deren Eigentum verstaatlicht wurde, als die Kommunisten die Macht übernahmen, um ehemalige kommunistische Apparatschiks, Mafiosi, wen auch immer, um so die ›Grundlage‹ der Demokratie zu schaffen. Die eigentliche tragische Ironie ist die, daß all dies zu spät stattfindet, nämlich genau in dem Augenblick, in dem das Privateigentum in den ›postindustriellen‹ Gesellschaften der Ersten Welt begann, seine zentrale Regulierungsfunktion einzubüßen.«⁴⁵ Die Liberalen zu spät, Foucault zu spät, Rorty zu spät – lauter Zugverspätungen, und Žižek, der Irre, der besinnungslos an Lacan festhält, obszöne Witze macht, Fäkalsprache unter anderem deshalb für zulässig hält, weil sie dem Menschlichen eignet, und einmal überflüssige Bücher schreibt, weil er wie weiland Kurz perpetuiert, was man vorher schon hätte wissen können, und ein anderes Mal den genialen Streich des erinnerungswürdigen Gedankens heraushebt, der so seit langem nicht mehr gesagt worden ist, der verströmt schon eine gewisse Größe, zumal in Zeiten, in denen Kritik als Unfaßbarkeit gilt.⁴⁶

Žižek geht aber an einer Stelle über Agamben hinaus, wenn er konstatiert, daß der Ausnahmezustand zwar zu einem möglichen Paradigma des Regierens werden kann, wir es jedoch auf dem Feld der allgemeinen Politik und des Politikbegriffes mit einem viel schwerwiegenderen Strukturdefekt zu tun haben, den er »Post-Politik« nennt. Die zunehmende Reduktion des Politischen auf Verwaltungsakte und die Verlagerung der Entscheidungsträger von den Repräsentanten der Parlamente und Versammlungen auf die Ebene selbst-

45 Vgl. Slavoj Žižek: Die Revolution steht bevor. Dreizehn Versuche über Lenin, Frankfurt/M. 2002, S. 101.

46 Überflüssig ist m. E. Slavoj Žižek: Parallaxe, Frankfurt/M. 2006, weil es eine Paraphrase auf sein schon zitiertes Buch »Die Tücke des Subjekts« darstellt. Wesentlich ist hingegen Slavoj Žižek: Did Someone Say Totalitarianism? Five Interventions in the (Mis-)Use of a Notion, London 2001, weil hier die Inflation dieses Begriffs auf seine Armseligkeit zurückgestutzt worden ist.

47 Vgl. Zizek: Die Tücke des Subjekts, a. a. O., S. 273.

ernannter Experten und Lobbyisten ist unter den heutigen Vorzeichen des Mißverhältnisses von globalen Problemen und dem Minimalismus der dazugehörigen »Lösungen« eine gewaltsame Aushöhung politischen Handelns »von oben«. ⁴⁷ Ob dieser Trend für das kapitalistische System gefährlich werden kann, ist nicht ausgemacht. Die Restbestände einer formalen demokratischen Mitsprache sind hierdurch allerdings sehr akut bedroht. Denn daraus folgt laut Zizek ein tendenzieller Ausschluß des qualitativen Sprungs aus einer partikularen politischen Forderung in eine allgemeine politische Forderung, ein Zusammenhang, den schon Lenin immer gebetsmühlenartig wiederholte, wenn er darauf bestand, daß der ökonomische Protest (z. B. für Lohnerhöhungen) in einen politischen Protest (z. B. Rücktritt der Regierung) überführt werden muß, um überhaupt vernünftige Resultate für die subalternen Klassen zu erzielen. Ins 21. Jahrhundert übersetzt heißt das: *»Erinnern wir uns an das gängige Beispiel eines öffentlichen Protestes (Massendemonstrationen, Streiks, Boykotte), der auf ein spezifisches Ziel ausgerichtet, das heißt auf eine spezielle Forderung fokussiert ist (›Schafft die neue Steuer ab!‹, ›Gerechtigkeit für die Inhaftierten!‹, ›Stoppt den Raubbau an der Natur!‹ ...). Eine solche Situation wird politisiert, wenn die partikulare Forderung beginnt, als eine metaphorische Verdichtung des umfassenden Widerstandes gegen die da oben, gegen die, die an der Macht sind, zu funktionieren, so daß der Protest in Wirklichkeit nicht länger allein von dieser speziellen Sachfrage handelt, sondern von der allgemeinen Dimension, die in jenem partikularen Anliegen mitschwingt. (...) Die Post-Politik versucht gerade diese metaphorische Verallgemeinerung partikulärer Forderungen zu verhindern. Post-Politik mobilisiert den ganzen Apparat von Experten, Sozialarbeitern usw., um die Gesamtforderung einer partikularen Gruppe genau auf eben diese Forderung mit ihrem bloß besonderen Inhalt zu reduzieren. Es verwundert deshalb also nicht, daß ein derartiger, alles erstickender Abschluß ›irrationale‹ Gewaltausbrüche hervorruft, weil darin die einzige Möglichkeit gesehen wird, die Dimension jenseits der Besonderheit zum Ausdruck zu bringen.«* ⁴⁸ Wir haben es also mit einem Status der permanenten Kampfansage an das Projekt der öffentlichen Aushandlung sozialer Probleme zu tun, das einmal Politik hieß. Um nichts weniger ist hier die politische Philosophie gefordert.

48 Ebenda, S. 281/282.

In diese Reihe paßt Boris Groys nicht so richtig, da er, wenn ich das korrekt wiedergeben kann, bisher auf dem Gebiet der Kunst- und Medientheorie bemüht war, keine systemkritischen Fehler zu machen. Um so erstaunlicher ist die Tatsache, daß er mit einer Untersuchung zu den philosophischen und ideologischen Grundlagen der Sowjetunion in ein Wespennest gestochen hat – in das Wespennest der Gralshüter des Bürgertums. Gemeint ist eine kleine Schrift, die sich bescheiden als »kommunistisches Postskriptum« ausgibt, in Wirklichkeit aber sowohl aus dem Kanon des Groys'schen Schrifttums ausbricht, als auch offenbar weit über den Denkhorizont der bürgerlichen Interpretation des staatssozialistischen Systems hinausgeht. Im Klartext bedeutet das, daß die philosophische Idee der UdSSR ernstzunehmen ist.

Groys beginnt zwar mit einer semantischen Verwirrung, indem er die sozialistischen Elemente der sowjetischen Gesellschaft auf den

Begriff des Kommunismus in Gänze zurückführt. Er läßt jedoch danach inhaltlich keinen Zweifel daran aufkommen, daß im Sowjet-system ein Paradigmenwechsel stattgefunden hat: die Macht und ihre Kritik operierten im selben Medium, dem der Sprache, und ökonomische Belange hatten für die Steuerung der Gesellschaft eine Zeit lang keine Rolle mehr gespielt, weswegen man auch nicht sagen kann, daß die Sowjetunion wirtschaftlich gescheitert sei.⁴⁹ Das Argument reicht im übrigen weiter, denn dadurch ist eine bürgerliche Kritik an den Zuständen im Staatssozialismus logisch unmöglich geworden. Wenn ich die Maßstäbe nicht kenne, nach denen alternative soziale Entwicklungen vonstatten gehen, dann kann ich auch nicht mit traditionellen Modellen deren Ergebnisse beurteilen.⁵⁰ Wesentlich für Groys ist, daß der »Zusammenbruch« oder die »Implosion« des Staatssozialismus sehr wenig mit der Aktivität von überlebten und konzeptionslosen Bürgerbewegungen zu tun hat (vgl. Fn. 18). Vielmehr ist die Abschaffung des Staatssozialismus ein konzertiertes Projekt nach Vorstellungen aus dem inneren Kreis der kommunistischen Parteien und Akademien selbst gewesen, weil erkannt wurde, daß die herkömmliche Art des Funktionierens im System an die Grenzen der tatsächlichen Funktionsfähigkeit des Systems schlechthin gestoßen ist. Klassisch hegelianisch sieht das so aus, »da der Kontext des sowjetischen Kommunismus der Kapitalismus war, mußte der nächste Schritt in der Realisierung des Kommunismus der Übergang vom Kommunismus zum Kapitalismus sein.«⁵¹ Die Folge davon ist wirklich konsequent und radikal: »Die eigentliche Zumutung des Sozialismus Stalinscher Prägung (hier terminologisch richtig – D. K.) bestand in seinem Anti-Utopismus, d. h. in der Behauptung, daß in der Sowjetunion die Utopie im Grunde schon realisiert ist. (...) Die nicht weniger paradoxe Metanoia (Sinnesänderung – D. K.) der Re-Privatisierung hat dem Ereignis des Kommunismus endgültig seine historische Form gegeben. Damit ist der Kommunismus in der Tat keine Utopie mehr – seine irdische Inkarnation ist vollendet. Vollendet bedeutet hier: abgeschlossen und somit zu einer Wiederholung freigestellt.«⁵² »Zu einer Wiederholung freigestellt« heißt nichts weniger, als daß dem Ausgang des Menschen aus seiner eigenen verschuldeten Unmündigkeit wieder die Zukunft gehören muß, egal, was die Tarotkartenleser der Gegenwart an Denunziationen bereithalten.

Warum nun aber müssen Agamben, Žižek und Groys nach all dem nichtsdestotrotz als Indikatoren des Machbaren herhalten, wo sie doch nachweislich gegen die Krise und den Zerfall der spätimperialistischen Philosophie ankämpfen? Dafür gibt es vier Gründe. *Erstens* sind sie nicht gefeit vor der Versuchung, der dekonstruktivistischen Dominanz insoweit aufzusitzen, indem sie ihr Platz in der Auseinandersetzung (auch qua Stellung in der akademischen Hierarchie) einräumen (müssen), der anders genutzt eine bessere Verwendung hätte finden können. *Zweitens* beschleicht sie (mit Ausnahme von Groys) das Gespenst der Retheologisierung des Denkens derart, daß sie ihre eigene Radikalität durch den Rückgriff auf die christliche Symbolik abschwächen.⁵³ *Drittens* ist die Form der Wiedergabe ihrer Thesen denkbar schlecht für eine Überführung ins Politische geeignet. Das heißt, die fehlende Systematik des Denkens, die Ab-

49 Vgl. Boris Groys: Das kommunistische Postskriptum, Frankfurt/M. 2006, S. 9.

50 Ein Gedanke, der in anderen Zusammenhängen von Maurice Merleau-Ponty herrührt, der formulierte, daß jede westliche Kritik an der UdSSR, selbst in der Zeit des »Großen Terrors« von 1936 bis 1938, als Kriegshandlung verstanden werden muß, weil List und Gewalt im Stalinismus offiziell, in den westlichen Demokratien aber inoffiziell, geheim und tabuisiert waren, obwohl sie hier in der Praxis zur Tagesordnung gehörten und noch gehören. Vgl. Maurice Merleau-Ponty: Humanismus und Terror (1947) 2, Frankfurt/M. 1966, 1968 (2. Aufl.), S. 90-92.

51 Vgl. Groys: Das kommunistische Postskriptum, a. a. O., S. 80.

52 Vgl. ebenda, S. 95/96.

53 Vgl. dazu z.B. Giorgio Agamben: Profanierungen, Frankfurt/M. 2005 oder Slavoj Žižek: Die politische Suspension des Ethischen, Frankfurt/M. 2005, S. 62-73. Die angekündigte deutsche Übersetzung vom zweiten Band des zweiten Teils von Agambens »Homo sacer«-Projekt suggeriert laut Verlagsankündigung eine weit hin irrationale Ableitung von Wirtschaft und Politik aus dem Monotheismus. Vgl. Giorgio Agamben: Das Reich und die Herrlichkeit. Zur theologischen Genealogie von Ökonomie und Regierung (Homo sacer II.2), Veröffentlichung geplant Frankfurt/M. Januar 2009. (<http://www.buchhandel.de/> Zugriff: 25. März 2008).

schweifungen und Wendungen verhindern die Brauchbarkeit für die notwendige Kristallisation in einer politischen Dimension, die alle drei Denker wohl einklagen, aber nicht erfüllen. *Viertens* schließlich erzeugen die philosophischen Theoreme stets den Verdacht, daß es Agamben, Žižek und Groys weniger darauf ankommt, politisch einzugreifen, als mit ihren Auffassungen Aufmerksamkeit zu gewinnen. Dieses zutiefst bürgerliche Verhalten, das selbst Gegenstand theoretischer Betrachtungen geworden ist, illustriert am besten den Zustand des Denkens heute.⁵⁴

54 Vgl. hier im bürgerlichen Sinne Georg Franck: *Mentaler Kapitalismus. Eine politische Ökonomie des Geistes*, München/Wien 2005.

»Der Rest aus der Kanne«

In dem einzigen westdeutschen Film, der sich zu Zeiten des Kalten Krieges halbwegs fair mit der Geschichte der DDR beschäftigte, in der Komödie »Meier« von Peter Timm (1986), sagt einer der Protagonisten an einer Stelle: »Als Arbeiter und Bauer biste doch im Arbeiter- und Bauern-Staat der Rest aus der Kanne.« Er hat vergessen hinzuzufügen, daß man im Kapitalismus als Arbeiter und Bauer inzwischen viel weniger als »der Rest aus der Kanne« ist. Welche philosophischen Schlußfolgerungen lassen sich daraus ziehen? Einerseits die, daß es sich mit der gegenwärtigen Lage so verhält, daß der Gegenstand der Philosophie wieder der sein sollte, den Ausgegrenzten und Ausgestoßenen eine wirksame Stimme zu verleihen. Und andererseits ist die Situation die, daß, einmal mehr, ein hartes Holz einen harten Keil verlangt.

Wirkliche Gegner der Krise und des Zerfalls sind deshalb nur diejenigen, die aus der Abstraktion der Begriffsvirtuosität ausgestiegen sind. Und da bieten sich aus hiesiger Perspektive leider nur zwei Namen an: Guy Debord und Edward Palmer Thompson. Die schrofte Wertigkeit mag erstaunen. Man muß auch nicht alles mittragen, was aus dieser Ecke gekommen ist. Aber die Relektüre der m. E. beiden wichtigsten theoretischen Plädoyers für eine wirkliche Restitution philosophischen Denkens hat gezeigt, daß Debord und Thompson auf verschiedenen Wegen die Gefahr erkannt hatten, die sich aus der »Unkonzentriertheit« und Ungeschichtlichkeit des modernen philosophischen Diskurses zwangsläufig ergeben würde. Debords »Gesellschaft des Spektakels« von 1967 nahm als kompromißlose Hegel-Interpretation sowohl die Abschaffung des Staatssozialismus als auch die Dauerkrise der westlichen Demokratie vorweg.⁵⁵ Bezüglich Thompsons stehen wir heute gegenüber dem Dekonstruktivismus in einer ähnlich fatalen Lage, wie Thompson sie 1978 in seinem »Elend der Theorie« gegenüber dem Strukturalismus empfunden haben muß, nur mit dem Unterschied, daß in der Gegenwart die Bedingungen für eine konstruktive Korrektur des Weges der Philosophie ungleich schwieriger sind.

Ich nenne nur jeweils eine These dieser an sich erkenntnisleitend so weit voneinander entfernt scheinenden Denker, welche allerdings so dermaßen miteinander korrespondieren, wenn es um die Unbestechlichkeit gegenüber der Parteinahme für die Verlassenen der Welt geht. Debord sagt: »Das Spektakel ist das Kapital in einem solchen Grad der Akkumulation, daß es zum Bild wird.«⁵⁶ Hinter diesem einen, scheinbar leicht hingeworfenen Satz, verbirgt sich ein ganzes Denkprogramm. Behauptet wird nämlich, daß sich das Kapi-

55 Debord setzte hierbei die in Frankreich lange dominierende negative Hegel-Lesart von Alexandre Kojève faktisch außer Kraft. Zu Kojève vgl. Perry Anderson: *Zum Ende der Geschichte* (1992), Berlin 1993, S. 57-83.

56 Guy Debord: *Die Gesellschaft des Spektakels* (1967/1988), Berlin 1996, S. 27.

tal sein eigenes Ebenbild schafft und dadurch »verdoppelt«, was für die beherrschten Klassen zu einer unüberwindlichen Barriere werden kann. Hier das »harte« Kapital der ökonomischen Effizienz um jeden Preis (Geißel Nr. 1), da die spektakuläre Schönfärberei des Kapitals in Bildern der Segnung und Verheißung ohne wirkliche Hoffnung auf Realisation unter den gegebenen Umständen (Geißel Nr. 2).⁵⁷ Es käme darauf an, den Kern der Philosophie auf dieses wesentliche Kriterium auszurichten, weil es tatsächlich erklärt, warum es so schwierig ist, Alternativen des emanzipatorischen Willens in praktikable Handlungsoptionen zu übersetzen.

Wir können die derzeitige Lage der Philosophie auch mit Thompson umschreiben, der in seiner Polemik gegen den Strukturalismus seinerzeit eine Kategorie aus dem Briefwechsel zwischen Marx und Engels verwendete: Scheiße. Thompsons Attacken zielten zunächst auf die Verwässerung von Sozialwissenschaften und Philosophie durch haltlose Anleihen aus der Statistik, der Geometrie und der Physik. Schließlich kommt eine Passage, die heute noch genauso gilt wie 1978 oder im 19. Jahrhundert. Mit dem Kapitalismus erblüht ein entwickeltes Zeitalter der Schönfärberei: »*Sie quälen uns auf der Folterbank ihrer endlosen Formulierungen bis an die Grenze des Erträglichen. Wir dürfen in keiner anderen Sprache darauf antworten: nur die ihre ist rigoros und annehmbar. Über unseren Köpfen, in den hohen Akademien, disputieren unsere Inquisitoren; ihre Ansichten gehen scharf auseinander, doch sie erkennen gegenseitig ihre Komplexität und Reputation an. Schließlich pressen sie uns einen Widerruf ab: den Widerruf menschlichen Handelns und menschlicher Kreativität, ja sogar des Selbst. Doch während wir uns von ihrer theoretischen Folterbank erheben, sehen wir durch das Fenster, wie draußen der Prozeß der Geschichte weitergeht. »E per si muove!« – »und sie bewegt sich doch!« Wir wissen – denn in einem fernen Teil unserer Persönlichkeit bleiben wir doch vernunftbestimmt –, daß wir irgendwie den Mut aufbringen müssen, unseren Widerruf zu widerrufen.*«⁵⁸ Damit ist das Manifest formuliert, mit der die Probleme des 21. Jahrhunderts philosophisch angepackt werden müßten. Dazu bedarf es einer stringenten Theoriebildung mit der Wiederkehr einer von der Vernunft geleiteten Art und Weise des Denkens. »*We can never be »after theory«*«, schreibt Terry Eagleton, »*in the sense that there can be no reflective human life without it. We can simply run out of particular styles of thinking, as our situation changes. With the launch of a new global narrative of capitalism, along with the so-called war on terror, it may well be that the style of thinking known as postmodernism is now approaching an end.*«⁵⁹ Da kann man nur hoffen.

Philosophie, die einmal überholt schien, erhält sich also nicht deswegen am Leben, weil der Augenblick ihrer Verwirklichung versäumt wurde⁶⁰, sondern weil vernachlässigt worden ist, ihre Reputation wiederherzustellen. Es ist höchste Zeit, die Vernunft aus dem Garten der Beliebigkeit abzuholen.

57 Daß der Kapitalismus als »äußerste Phase« in seine spektakuläre eingetreten ist, in der alles unendlich voyeuristisch zur Schau gestellt und dem Gebrauch entzogen wird, meint auch Agamben. Vgl. Agamben: Profanierungen, a. a. O., S. 79/80.

58 Edward Palmer Thompson: Das Elend der Theorie. Zur Produktion geschichtlicher Erfahrung (1978), Frankfurt/M. 1980, S. 160.

59 Eagleton: After Theory, a. a. O., S. 221.

60 Vgl. Theodor W. Adorno: Negative Dialektik, Frankfurt/M. 1966, 1992 (7. Aufl.), S. 15.